DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 10. Juli 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 157 - 28. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Bei der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Luftverschmutzung will Bonn den östlichen Nachbarstaaten sein technisches Wissen und auch finanzielle Hilfe anbieten, erklärte Staatssekretär Kroppenstedt vom Bundesinnenministerium.

Kampagne: Die Moskauer Führung verlangt von Ost-Berlin, sich aktiver, beredter und konsequenter an der „Revanchismus"-Kampagne des Ostblocks gegen Bonn zu beteiligen. (S. 8)

Schadstoffarme Autos: Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth will die Automobilindustrie im Südwesten dazu veranlassen, alle Neufahrzeuge mit Katalysator auszurüsten. Für den 16. Juli hat Späth die Chefs der betroffenen Unternehmen deshalb zu einem Spitzengespräch nach Stuttgart eingeladen.

UdSSR: Zum neuen Parteichef von Leningrad, der zweitgrößten sowjetischen Stadt, ist Jurij Solowjow gewählt worden. Der frühere Erste Sekretär des Leningrader Stadtkomitees der KP wurde Nachfolger von Lew Sajkow, der zum Sekretär des Zentralkomitees befördert worden war.

Frankreich: Der neue spanische Außenminister Ordonez und sein französischer Kollege Dumas haben in Gegenwart von König Juan Carlos und Staatspräsident Mitterrand in Paris ein Abkommen über die Ausweitung der spanisch-französischen Zusammenarbeit unterzeichnet. (S. 5)

Guinea: Nach Ansicht von Außenminister Touré werden die Verantwortlichen für den fehlgeschlagenen Umsturzversuch in der vergangenen Woche ihre Tat „mit dem Leben bezahlen". Ein Prozeß gegen die Verschwörer sei allerdings nicht vorgesehen.

Silicon Valley – der Glanz verblaßt

Lange Zeit galt das kalifornische Tal als Vorbild für wirtschaftliches Wachstum, nicht nur in den USA. Der Boom der amerikanischen Computerindustrie schien ohne Ende. Doch mittlerweile geht im Silicon Valley die Sorge um. Es häufen sich Verluste, an den Aktienmärkten purzeln die Kurse, Konkursrichter haben Hochkonjunktur. Seite 3

WIRTSCHAFT

US-Gewinne: Stagnierende Unternehmensgewinne in den USA sagt das Wirtschaftsinstitut Data Resources für die nächsten zwölf Monate voraus. Im ersten Quartal 1985 sanken die Gewinne bereits um 2,8 und gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs um neun Prozent. (S. 9)

„DDR"-Kredit: Ein internationales Bankenkonsortium, dem fast 100 westliche und japanische Banken angehören, hat der „DDR" einen Kredit in Höhe von 600 Millionen Dollar gewährt. Ost-Berlin hat damit in diesem Jahr Kredite von mehr als einer Milliarde Dollar aufgenommen.

Japan: Der Überschuß in der japanischen Handelsbilanz hat im ersten Halbjahr 1985 den Rekordwert von 17,66 Milliarden Dollar (52,8 Milliarden DM) erreicht. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug der Überschuß 13,5 Milliarden Dollar.

Börse: Am Aktienmarkt kam es gestern zu einem ausgeprägten Kurseinbruch. WELT-Aktienindex 205,27 (208,26). Der Rentenmarkt war kaum verändert. BHF-Rentenindex 103,810 (103,785). Performance-Index 104,789 (104,844). Dollar-Mittelkurs 2,9720 (3,0063) Mark. Goldpreis je Feinunze 314,85 (309,25) Dollar.

KULTUR

Talente: Die Teilnehmerzahlen des internationalen Klavierwettbewerbs „Concours Géza Anda", der alle drei Jahre ausgetragen wird und jetzt zum dritten Mal in Zürich stattfand, haben sich rapide zurückentwickelt. Von etwa 40 Kandidaten 1979 über 28 im Jahre 1982 auf elf 1985 in diesem Jahr. (S. 17)

Wohnen: Im dritten Wiener Gemeindebezirk steht jetzt ein Wohnhaus vor seiner Eröffnung, das alle umgebenden, städtischen langweiligen Bauten überstrahlt. Der Maler Friedensreich Hundertwasser hat darin seine umstrittenen Versuche, zum Beispiel aus dem Fenster wachsende Bäume, umgesetzt. (S. 17)

ZITAT DES TAGES



„Es zeigt sich, daß eine sichere und billige Energieversorgung am besten auf dem freien Markt zu erreichen ist. Das Scheitern der Opec-Konferenz beweist, daß auch auf dem Energiemarkt Kartelle keine Zukunft haben"

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) in einem „Bild"-Interview
FOTO: MATTHIAS KÜSCHKE

SPORT

Tennis: Wimbledon-Sieger Boris Becker kletterte in der Grand-Prix-Wertung auf den fünften Rang. Die besten zwölf qualifizieren sich für das Masters-Finale im Januar 1986 in New York.

Rad: Dietrich Thurau droht nach dem Ausschluß von der Tour de France wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Schiedsrichter obendrein ein Jahr Sperre – auch für Sechstagerennen. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Weltraum: Sowjetische und amerikanische Astronauten, die am nächsten Dienstag in Washington aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Apollo-Sojus-Unternehmens zusammenkommen, wollen in der amerikanischen Hauptstadt auch Möglichkeiten für eine gemeinsame bemannte Mission zum Mars erörtern. (S. 18)

Prozeß: Je sechs Jahre Jugendstrafe wegen Mordes hat der Staatsanwalt für die beiden Brüder Stefan und Michael Wisuschil gefordert, die beschuldigt werden, ihren Vater im April 1984 umgebracht zu haben. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, vereinzelte Schauer. 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schäuble verweist auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit

Einwände gegen Vorruhestand im öffentlichen Dienst / Konsolidierungskurs

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung prüft, ob im öffentlichen Dienst für besondere Übergangszeiten eine Vorruhestandsregelung eingeführt werden kann. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) verband diese Ankündigung in einem Interview des Deutschlandfunks allerdings mit dem Hinweis auf die erheblichen Kosten einer solchen Regelung. Denn bei der Vorruhestandsregelung in der privaten Wirtschaft hätten Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat jeweils etwa ein Drittel der Kosten zu tragen. Bei einer Anwendung im öffentlichen Dienst „müßte natürlich die öffentliche Hand die zwei Drittel von Arbeitgeber und öffentlicher Hand alleine tragen". Schäuble sprach von „großen Problemen": Denn es sei auch weiterhin notwendig, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, um für weitere Zinssenkungen zu sorgen, die wiederum für die Beschäftigungslage von „entscheidender Bedeutung" seien.

Schäuble warnte vor „irgendwelchen magischen Marken" über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren. Er gab zu bedenken, daß allein für die wachsende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter rund 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze erforderlich seien. Erst danach könne der Abbau der Arbeitslosigkeit beginnen. Die Bundesregierung könne für das Erreichen bestimmter Arbeitslosenzahlen „keine Verantwortung übernehmen". Allerdings habe sie durch Maßnahmen wie das am 1. Mai in Kraft getretene Arbeitsförderungsgesetz und das damit gegebene Instrument zeitlich befristeter Arbeitsverträge flankierende Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Auf die Frage, inwieweit hohe Arbeitslosenzahlen die Wahlaussichten der Union beeinträchtigen könnten, meinte Schäuble: „Wir müssen natürlich alle Überzeugungskraft darauf verwenden, unseren Mitbürgern klarzumachen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die ja in der Amtszeit der früheren Regierung entstanden sind, nicht in wenigen Jahren beseitigt werden können." Auch habe die Bundesregierung schon vor der Bundestagswahl 1983 in der mittelfristigen Finanzplanung deutlich gemacht, daß man in dieser Legislaturperiode im Durchschnitt mit bis zu 2,5 Millionen Arbeitslosen rechnen müsse.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Heinrich Franke, hat sich für eine Verlängerung des von seiner Anstalt gezahlten Arbeitslosengeldes ausgesprochen. Das Arbeitslosengeld sollte die Regel und die anschließend vom Bund gezahlte Arbeitslosenhilfe (die von der Prüfung der Bedürftigkeit abhängig ist) die Ausnahme sein.

Zur Stützung seiner Forderung verwies Franke auf die Verschiebung im Leistungsbild in den vergangenen zehn Jahren: So waren im ersten Halbjahr 1976 genau 75,9 Prozent aller Arbeitslosen Leistungsempfänger, 60,9 Prozent erhielten Arbeitslosengeld und 15 Prozent Arbeitslosenhilfe. Bis zum ersten Halbjahr 1985 war die Leistungsempfängerquote auf 65,1 Prozent, die Arbeitslosengeldquote auf 38,5 Prozent gesunken, von denen 26,6 Prozent -hilfe erhielten (abgerundet bedeutet dies eine Verschiebung der Relation von 80:20 auf 60:40). Der Grund hierfür ist die auf ein Jahr befristete Zahlung des Arbeitslosengeldes. Mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit (derzeitige durchschnittliche Dauer knapp ein Jahr) rutschen immer mehr Leistungsempfänger in die zweite Kategorie, das „letzte Netz". Franke tritt deshalb für eine Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld ein, zum Beispiel mit einer Staffelung je nach Dauer der vorhergegangenen Beitragszeiten. Entsprechende Pläne des Arbeitsministeriums wären für die Bundesanstalt „zum gegenwärtigen Zeitpunkt finanziell tragbar", erklärte er gegenüber der WELT. Die Bundesanstalt war jahrelang (zuletzt 1983) auf Bonner Milliardenzuschüsse angewiesen, erzielte 1984 aber Überschüsse von gut drei Milliarden Mark. Bei der jüngsten Einnahmeentwicklung ist zu berücksichtigen, daß der Beitragssatz Anfang und Mitte dieses Jahres zunächst von 4,6 auf 4,4 und dann auf 4,1 Prozent gesenkt worden ist.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Graf Lambsdorff, meinte in einem Interview mit APF, Franke die Verpflichtung klarzumachen, wie sich die Arbeitslosigkeit zusammensetze, „weil man auch nur dann Rezepte finden kann, wie man dagegen angeht".

DER KOMMENTAR

Mehr Arbeit

HEINZ HECK

Mit wachsendem zeitlichen Abstand vom Regierungswechsel im Herbst 1982 werden aus den Arbeitslosen des Kanzlers Schmidt Arbeitslosen die des Kanzlers Kohl. Es überrascht nicht, daß diese Sorge die politischen Gemüter in der Bonner Koalition mit jedem Tag, den wir uns der nächsten Bundestagswahl nähern, stärker umtreibt. Denn jedermann weiß, daß die Arbeitslosigkeit eines der zentralen Themen, wenn nicht das zentrale Thema der nächsten Wahl sein wird – einmal wegen seiner Bedeutung, aber auch deshalb, weil andere Fragen wie zum Beispiel die Preis- und Zinsentwicklung oder die Haushaltskonsolidierung, wegen der inzwischen erzielten Fortschritte aus dem Visier geraten sind.

So verständlich die Sensibilisierung für das Thema aus menschlichen und politischen Gründen auch sein mag, es wäre unverantwortlich, die Illusion zu nähren, man könne über Nacht Arbeitslosenheere von der Straße bringen. Die Opposition mag sich in solchen Programmdiskussionen ergehen und damit zugleich beweisen, daß sie aus den Mißerfolgen ihrer eigenen Regierungszeit nichts gelernt hat. Damals stiegen die Arbeitslosenzahlen unaufhaltsam. Von der Regierung und den sie tragenden Parteien muß man erwarten, daß sie nicht der Versuchung des Populismus erliegen. Keinem Arbeitslosen ist damit gedient, wenn man ihm etwas vormacht. Kanzleramtschef Schäuble hat dieser Versuchung widerstanden, wie sein jüngstes Interview zeigt.

Es lohnt sich, in der zunehmenden Aufgeregtheit an einige Grundtatsachen zu erinnern: Arbeitskräfte werden nur eingestellt, wenn dauerhaft rentable Arbeitsplätze vorhanden sind. Über solche Gesetzmäßigkeiten helfen auch keine vollmundigen Arbeitsplatzgarantien hinweg, wie sie die SPD gern in Aussicht stellt. Auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes haben Arbeitgeber und Gewerkschaften in ihrem Kartell den entscheidenden Einfluß. Die Regierung kann im wesentlichen nur flankierend wirken. Hier hat sie zwar eine Menge Nützliches unternommen, aber leider ist sie vor Anfechtungen nicht gefeit.

Dank der Überwindung der Wachstumskrise ist die Talfahrt der Beschäftigung gestoppt. Es gibt sogar wieder mehr Beschäftigung, wenngleich diese Tatsache in den Arbeitslosenzahlen leider nicht zum Ausdruck kommt, weil stärkere Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

„Rechte der Grünen nicht verletzt"

Verfassungsklage um Geheimdienst-Kontrolle / Mündliche Verhandlung in Karlsruhe

DW. Karlsruhe

Die Kontrolle der Geheimdienste durch den Bundestag stand gestern auf dem Prüfstand: Das Bundesverfassungsgericht befaßte sich in mündlicher Verhandlung mit der weit über den konkreten Anlaß hinausreichenden Frage, ob die Grünen von der parlamentarischen Aufsicht über die Dienste ausgeschlossen werden dürfen.

Vor dem Zweiten Senat des höchsten Gerichts unter Vorsitz von Gerichtspräsident Wolfgang Zeidler klagen die Fraktion der Grünen und außerdem noch ihr Abgeordneter Hubert Kleinert aus Marburg gegen den 10. Deutschen Bundestag. Ihre Organklagen richteten sich gegen die Verabschiedung der Bundeshaushalte 1984 und 1985 und gegen die Wahl des parlamentarischen Kontrollgremiums, aus dem die Grünen – nach ihrer Meinung aus politischen Gründen – ausgeschlossen sind.

Die Grünen machten durch ihren Bevollmächtigten Dieter Birk, Professor an der Universität Münster, geltend: „Unabhängig von der Frage, in welchem Verhältnis die verschiedenen Fraktionen in dem Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste vertreten sein müssen, muß gewährleistet sein, daß von jeder Oppositionsfraktion zumindest ein Abgeordneter Mitglied ist." Das folgt aus der besonderen Bedeutung der oppositionellen Haushaltskontrolle im Bereich der Etatbewilligung." Und weiter: „Der Ausschluß von Beratungs- und Kontrollrechten einer oppositionellen Fraktion im Haushaltsbereich ist nicht nur ein schwerer Eingriff in das parlamentarische Budgetrecht, sondern auch ein Eingriff in die verfassungsrechtliche Funktion der Oppositionsfraktionen, die eine effektive parlamentarische Haushaltskontrolle zu garantieren haben."

Im Namen des Bundestages bezeichnete der Bonner Professor Konrad Redeker und für die ebenfalls verklagte Bundesregierung Finanzstaatssekretär Günter Obert die Klage Kleinerts als unzulässig. Redeker sagte, der Abgeordnete könne nicht nachweisen, daß er in seinen Rechten und Pflichten „verletzt oder unmittelbar gefährdet ist". Er hielt die Klage auch für unbegründet. Maßgeblich für die Beschränkung der Mitgliederzahl im Kontrollausschuß sei allein die Erwägung gewesen, „daß das Gremium im Interesse der Geheimhaltung möglichst klein gehalten werden solle". Die Annahme sei falsch, daß man die Grünen insgesamt habe diskriminieren wollen. Kleinert allerdings genieße „offenbar nicht ein solches Vertrauen unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, daß sie gerade ihn" mit der Beratung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste betrauen wollten.

Riesenhuber: Schneller Brüter ist sicher

HH. Bonn

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen kann nach Meinung von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) die Betriebsgenehmigung für den Schnellen Brüter in Kalkar nicht aus Sicherheitsgründen verweigern. Riesenhuber bestätigte zugleich in einem Gespräch mit Journalisten, daß er Mitte August im Auftrag der Bundesregierung mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) über dieses neuerdings wieder zwischen Bonn und Düsseldorf umstrittene Thema sprechen werde.

Für das 6,5-Milliarden-Projekt in Kalkar habe man das „anspruchsvollste Genehmigungsverfahren" angewandt, die Sicherheitsanforderungen seien „extrem" gewesen. Die Genehmigungsbehörde, also die Düsseldorfer Landesregierung, habe sich stets „im Zweifel eher für die Sicherheit" entschieden.

In Übereinstimmung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, sieht auch Riesenhuber keinen großen Ermessensspielraum bei den abschließenden Genehmigungen für Düsseldorf mehr.

Wie berichtet (WELT vom 4. Juli), hatte Schäuble Rau in Erwiderung seines Briefes an den Bundeskanzler am 11. Juni geschrieben, durch die vorangegangenen Teilgenehmigungen sei „der Ermessensspielraum so gering geworden, daß nach dem heutigen Stand des Genehmigungsverfahrens eine Versagung aus Ermessensgründen nicht mehr in Betracht kommen kann".

Seite 9: Schlüsseltechnologien

Kohl würdigt Bedeutung einer starken Türkei

DW. Ankara

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in Ankara das Interesse der Bundesrepublik, die enge Zusammenarbeit mit dem NATO-Partner Türkei noch weiter zu intensivieren, bekräftigt. Die Türkei kontrolliere nicht nur die wichtigen Meerengen, sondern von ihrer Verteidigungsfähigkeit hänge die Sicherheit der NATO an der Südostflanke ab. „Wir sind an einer starken Türkei interessiert, in ihrem Interesse, in unserem Interesse und im Interesse des gesamten Bündnisses".

Im Mittelpunkt des dreitägigen Besuches des Kanzlers stehen der Wunsch Ankaras nach Aufstockung der deutschen Militärhilfe, die Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie und die Lage der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Ankara erhält gegenwärtig von der Bundesrepublik Militärhilfe in Höhe von jährlich 130 Millionen Mark. Die Türkei wünscht neben der Aufstockung der Hilfe zudem die Lizenz zum Nachbau des Kampfpanzers „Leopard".

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Bundesrepublik an Aufträgen für Großprojekte wie dem Bau eines Kernkraftwerkes und der zweiten irakisch-türkischen Erdölleitung interessiert. Ankara seinerseits wünscht mehr deutsche Kredite und Direktinvestitionen in der Türkei. Zur Frage der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wird in der deutschen Delegation vermutet, daß Ministerpräsident Özal das Problem der Freizügigkeit als Trumpfkarte bei den Verhandlungen über ihre Wünsche einsetzen werde.

FDP-Kritik an Genschers Kurs

Namibia-Politik umstritten / Stimmen zur Unterstützung der Übergangsregierung mehren sich

BERNT CONRAD, Bonn

Nicht nur in der CDU/CSU, sondern auch in der Bundestagsfraktion der FDP mehren sich die kritischen Stimmen zur Namibia-Politik von Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Nach den Abgeordneten Professor Wolfgang Rumpf und Olaf Feldmann hat auch ihr Fraktionskollege Josef Ertl eine Unterstützung der von Genscher als „null und nichtig" bezeichneten Übergangsregierung in Windhuk gefordert. Nach Ansicht liberaler Parlamentarier liegen etwa zwölf bis fünfzehn der 35 FDP-Abgeordneten auf dieser Linie.

In einem Interview des „Pressedienstes Namibia" erklärte Ertl: „Die Übergangsregierung ist ein Schritt zu mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung. Ich verstehe, daß die Namibier diesen Schritt gehen müssen, denn sie haben derzeit keine Alternative."

Der Weg zur Selbstbestimmung werde nur dann Erfolg haben, „wenn es zu fairer Partnerschaft zwischen allen Gruppen in Namibia kommt". Aus diesem Grund verdiene der Schritt zur Regierungsbildung die Unterstützung Bonns. „Wir Deutsche können ihn ohne Not unterstützen, ja, ich meine sogar, daß wir dazu verpflichtet sind." Ertl bezeichnete es als „sehr beachtlich, daß in Namibia jeder Minister und jedes Mitglied der Nationalversammlung auf die Einhaltung der Grundrechte eingeschworen wurde, und es ist beachtlich, daß es solche Grundrechte überhaupt gibt."

Auf die Frage, ob die Regierung nicht mit Schwierigkeiten in anderen westlichen Ländern rechnen müßte, wenn sie wegen der 30 000 in Namibia lebenden Deutschen „endlich auch verantwortlich handeln" würde, erwiderte Ertl: „Diese Meinung teile ich nicht. Man gesteht uns – soweit ich das überblicken kann – sehr wohl zu, daß wir als Deutsche die stärksten Bindungen an das Land haben. Man wird deshalb auch Verständnis haben, daß wir den Namibia-Konflikt differenzierter sehen und uns intensiver um Lösungen bemühen, die echte und dauerhafte Lösungen für die in Namibia Lebenden sind. Nicht unser Engagement, sondern allenfalls unser fehlendes Engagement für Namibia wird Verwunderung auslösen."

Nach Neuer Heimat nun ein Fall co op?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Massive Vorwürfe gegen Vorstandsmitglieder des gemeinwirtschaftlichen co op-Konzerns hat das Hamburg-Fernsehen des NDR erhoben. In einer am Montag abend ausgestrahlten Regionalsendung wurden acht Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder des Unternehmens beschuldigt, sich ähnlich wie der frühere Vorstand des Wohnungsbaukonzerns „Neue Heimat" zu Lasten der von ihnen geleiteten Gesellschaft bereichert zu haben.

Nach den Feststellungen des NDR sollen Top-Manager, unter ihnen auch der Vorstandsvorsitzende Bernd Otto, an einem privaten Immobilien-Fonds beteiligt sein, der im niedersächsischen Sarstedt ein zentrales Lager- und Verwaltungsgebäude errichtet und an die co op vermietet hat. Nach der Beurteilung renommierter Anlage-Experten liegt die von der co op garantierte Miete erheblich über den Renditen vergleichbarer Objekte.

Das für die co op-Finanzen zuständige Vorstandsmitglied Werner Casper, einer der insgesamt 79 Kommanditisten mit einer Einlage von derzeit 180 000 Mark, bestreitet seine Beteiligung nicht, sieht darin aber keinen verwerflichen Vorgang. Der Vorstand habe nur „ein gutes Beispiel" geben und auf die Bonität der co op als Mieter hinweisen wollen.

Bei der Immobiliengesellschaft handelt es sich um die „Herbert Unger Grundstücksverwaltungs-Kommanditgesellschaft – Lager Sarstedt" in Sarstedt. Herbert Unger ist ein ehemaliger Mitarbeiter der co op. Die Einlage des Vorstandsvorsitzenden Bernd Otto beträgt 300 000 Mark.

Die Kommanditgesellschaft ist am 5. Mai 1982 in das Handelsregister des Amtsgerichts Hildesheim eingetragen worden. Zu den Kommanditisten gehört auch der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Klaus-Dieter Albers aus Hamburg, dessen Beteiligung 100 000 Mark beträgt. In der NDR-Sendung wurde darauf hingewiesen, daß die Lager- und Verwaltungszentrale in Sarstedt zum Nachteil anderer co op-Unternehmensbereiche ausgelastet werde. In Hamburg sollen aus diesem Grunde Arbeitsplätze bei der co op abgebaut werden.

Weitere Vorwürfe des NDR erstrecken sich auf co op-eigene Stiftungen und die co op-Rentenzusatzkassen, mit deren Geldern leichtfertig umgegangen werde. Über eine zwischengeschaltete Verwaltungsgesellschaft sei das durch Immobilien und Betriebsanlagen gesicherte Vermögen der Stiftungen und Kassen dem Konzern als liquide Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Die Führungsspitze der co op AG, Frankfurt, hat sich gestern „nachdrücklich gegen sämtliche Vorwürfe des NDR" zur Wehr gesetzt. In ihrer Stellungnahme heißt es, Begünstigungen habe es nicht gegeben, und „auch die unternehmerischen Entscheidungen der co op-Spitze seien zu keinem Zeitpunkt zu Lasten des Unternehmens beeinflußt worden."

Moskaus neue Taktik in Genf: Riegel gegen SDI-Erprobung

Spielräume des ABM-Vertrages sollen beseitigt werden

DW. New York

Fast gleichzeitig mit Bekanntwerden des Termins für ein Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow haben nach Informationen der „New York Times" die Moskauer Unterhändler bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf eine neue Taktik gegen die von den USA geplante Weltraumverteidigung (SDI) erkennen lassen. Der amerikanischen Seite wurde „informell" Bereitschaft zu einem Abkommen signalisiert, wonach SDI-Laborforschung zulässig bleiben, entsprechende Entwicklung und Erprobung von Waffen dagegen untersagt werden soll. Unter Berufung auf Regierungskreise in Washington heißt es, die Sowjets hätten vor etwa zwei Wochen angedeutet, daß Moskau nicht mehr auf einem grundsätzlichen Verbot jeglicher Arbeit an Weltraumwaffen bestehe.

Die Genfer Verhandlungen hatten sich zuletzt an der sowjetischen Maximalforderung festgefahren, daß die USA jegliche Aktivität im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative einstellen müßten. Ein hochrangiger Vertreter der US-Regierung erklärte der „New York Times", auch die jüngsten „Gedanken" der Sowjets seien noch unannehmbar. Allerdings ließen sie erstmals „eine gewisse Differenzierung" erkennen, statt „ein Verbot von allem und jedem" zu fordern. Amerikanisches Verhandlungsziel war bisher, sich für SDI keinerlei Beschränkung auferlegen zu lassen.

In Washington wird damit gerechnet, daß die blockierten Gespräche in Genf wieder in Gang kommen könnten, sobald die Sowjets – wie in der Vergangenheit üblich – der offiziellen Führungsnahme einen offiziellen Vorschlag folgen lassen. Als Zielrichtung des Moskauer Vorstoßes zeichnet sich der Versuch ab, Spielräume für das SDI-Projekt zu verlegen, die von den USA aus bestimmten „Grauzonen" des Vertrages zur Begrenzung von Raketenabwehrwaffen (ABM) aus dem Jahre 1972 abgeleitet werden. Im ABM-Vertragstext ist die Entwicklung zwischen waffentechnischer Forschung einerseits und Entwicklung oder Erprobung andererseits nicht eindeutig definiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gemeinnutz, Eigennutz

Von Hans Baumann

Zwei Jahre sind ins Land gegangen, daß sich die sogenannte Stoltenberg-Kommission bildete, die im Auftrag des Kabinetts die Steuerprivilegien der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen unter die Lupe der Marktwirtschaft nehmen sollte. Die Gutachter kommen zu dem Schluß, daß eine Befreiung von Steuern nicht mehr gerechtfertigt sei. Sie verwerfen auch die Vorschläge der Bund-Länder-Kommission, die den Gemeinnützigen als Ausgleich für das Steuerprivileg eine verstärkte Belegungsbindung auferlegen wollte, was lediglich die Sozialbindung im Hinblick auf die Fehlbelegungen gestrafft hätte.

Die Mitglieder der Kommission (nicht ein Wohnungswirtschaftler gehörte ihr an!) unterstreichen, daß sie mit dem Wegfall des Gesetzes auch die Wohnungen der Gemeinnützigen dem frischen Wind des Marktes aussetzen wollen. Der Staat habe auf die Steuerprivilegien für eine bestimmte Gruppe Mieter auch noch Wohngeldbeihilfen aufgesattelt. So werde Gemeinnutz zu Eigennutz – also unsozial.

Selbst wenn man sich mit dem marktwirtschaftlichen Anspruch identifiziert, bleibt die Frage, welchen Nutzen die Entlassung der Gemeinnützigen aus der Sozialbindung bringen wird. Der Präsident des Gesamtverbandes der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Helmut Tepper, sagte der WELT, daß das Steueraufkommen bei Wegfall des Privilegs zwischen zwanzig und fünfzig Millionen Mark im Jahr liegen wird.

Tepper kündigt an, daß die Gemeinnützigen nach dem Wegfall des Privilegs eine andere Mieten- und Dividendenpolitik betreiben werden, daß sie auch ihren rund zehn Millionen Mietern den bisherigen Mietvorteil von 600 bis 700 Millionen Mark im Jahr gegenüber dem Durchschnitt aller übrigen Mieter nicht belassen könnten. In Kurzform: Die Aufhebung des Gemeinnützigkeitsgesetzes bringt dem Staat fünfzig Millionen und nimmt den Mietern 700 Millionen. Und er folgert: „Wir sehen dem Gutachten sehr gelassen entgegen."

Wer nie verliert

Von Werner Thomas

Die Kongreß- und Gouverneurswahlen in Mexiko sind so verlaufen, wie allgemein erwartet worden war: Die regierende „Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI) signalisierte einen Sieg auf der ganzen Linie, obgleich die offiziellen Ergebnisse noch nicht vorliegen. Die oppositionelle „Nationale Aktionspartei" (PAN) meldete massive Manipulationen.

Wahlen wie gehabt. Die PRI hat seit ihrer Machtübernahme vor 56 Jahren noch nie einen wichtigen Urnengang verloren. Auch die Gouverneurspaläste blieben stets unter ihrer Kontrolle. Jeder Mexikaner kennt das Geheimnis permanenter Erfolge: Der PRI-Apparat läßt notfalls so die Stimmen auszählen, daß die Opposition nicht gewinnt. Die von Präsident de la Madrid versprochene „moralische Erneuerung" der Nation, der Kampf gegen die Korruption, ist nicht bis zu den Wahlbehörden vorgedrungen: Mexiko wird sich nicht demokratisch öffnen. Der Traum vieler PAN-Politiker von einem Zwei-Parteien-System bleibt ein Traum.

Es hat bisher keine blutigen Zwischenfälle gegeben wie Ende vergangenen Jahres, als Anhänger der Opposition gegen die umstrittenen Siege der PRI-Kandidaten bei Bürgermeisterwahlen rebellierten. Die Führung der Regierungspartei muß sich jedoch fragen, ob sich die vielgerühmte politische Stabilität Ende des zwanzigsten Jahrhunderts durch manipulierte Wahlergebnisse erhalten läßt.

Die Partei der institutionalisierten Revolution leidet unter einem rapiden Vertrauensverlust und einer weitverbreiteten Verdrossenheit der Bevölkerung – normale Reaktionen auf ein System, das seit so langer Zeit die Macht ausübt. Besorgte politische Beobachter in Mexico City sehen nur eine Rettung für die PRI: demokratische Verhältnisse. Sonst kann die Bewegung einmal „überrollt" werden von der Geschichte, wie das der Dichter Octavio Paz bereits düster prophezeite. Die Konsequenzen wären nicht abzusehen.

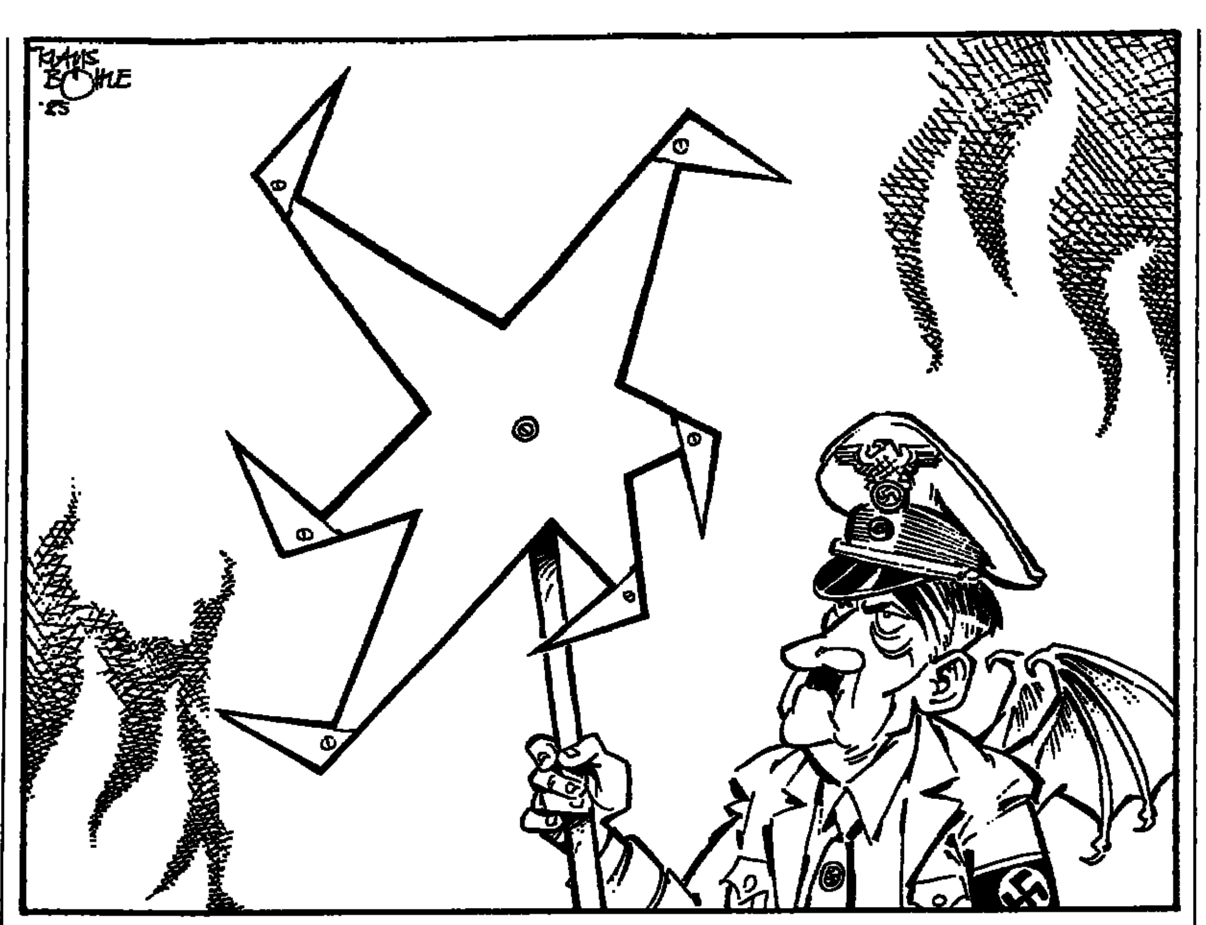
Schnüffler

Von Detlev Ahlers

Abgeordnete aus dem zweiten Glied – sieht man von Alfred Emmerlich und Otto Schily ab – schickten die Bundestagsfraktionen gestern zur Anhörung des Verfassungsgerichts nach Karlsuhe; die Regierung vertrat ein Staatssekretär (Obert, Finanzministerium). Dabei ging es um eine brisante Frage: hat die grüne Fraktion das Recht, die Etats und damit die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes, des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes mit zu überprüfen? Oder hatte die Parlamentsmehrheit das Recht, diese Aufgabe einem Gremium zu übertragen, dessen Mitgliedszahl (fünf) so gering ist, daß die Grünen (übrigens auch die FDP) in ihm nicht vertreten sind? Der FDP hat die Unionsfraktion einen ihrer Sitze abgetreten, die SPD verzichtete auf die Möglichkeit, das gleiche den Grünen anzubieten – doch sie unterstützt den Oppositionspartner argumentativ: Die jetzige Regelung widerspreche dem Demokratie- und dem Gleichheits-Grundsatz, sagte Emmerlich gestern.

Das Verfahren (mit dem Urteil ist im Herbst zu rechnen) ist mit der Schwierigkeit behaftet, daß der offensichtliche Hauptgrund für diese Regelung in Karlsruhe nur vorsichtig angesprochen werden kann. Er besteht in der Befürchtung, die Grünen könnten es mit der Geheimhaltung sehr ungenau nehmen. Und diese Befürchtung ist berechtigt. Deutlich ist die pauschale Ablehnung der Nachrichtendienste („Schnüffelstaat") durch die Grünen. Ihre Bloßlegung würden sie nicht nur für einen großen Spaß, sondern für ihre Berufung halten. Wer die Verfassung fundamental ablehnt, kann nichts vom Schutz dieser Verfassung, dem Verfassungsschutz, halten. Doch kann ein Verfassungsgericht in Abgeordnete verschiedener Güte unterscheiden?

Die Tatsache, daß im Parlament Antiparlamentarier sitzen, kann eine nach Auskunft aller Verfassungsschutz-Ämter ungefährdete Demokratie wie unsere selbstbewußt verkraften – solange diese neue Gattung im Bundestag nur durch ihre Reden und ihr Abstimmungsverhalten in Opposition zu den Fundamenten steht. Doch das gestern in Karlsruhe verhandelte Problem geht darüber hinaus. Die Verfassungsväter haben gegen einen Mißbrauch parlamentarischer Rechte durch eine gesamte Fraktion allein das Verbot verfassungswidriger Parteien gesetzt. Doch diese Waffe der „wehrhaften Demokratie" greift höchst selten. Die Vorstellung, ein Grüner, möglicherweise ein Vorbestrafter, säße im G-10-Ausschuß, der die Einschränkungen des Brief-, Post- und Telefongeheimnisses überwacht, ist aber abenteuerlich.



„Schade – ohne die vielen Haken hätte der Dreh prima geklappt!" KLAUS BÖHLE

Der Krieg aus dem Dunkeln

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion treffen gemeinsame Vorsorge zur Abwehr von Atomterrorismus. Dabei schließen sie als Urheber solcher Untaten extremistische Guppen ebenso wenig aus wie Staaten. Vordringlich geht es den beiden Supermächten darum zu verhindern, daß eine von ihnen irrtümlich den Atomkrieg beginnt, falls je eine von dritter Seite ausgelöste Handlung des Atomterrors für entscheidende Minuten Verwirrung stiftet.

Doch unterhalb der Schwelle zum Atomterror, im schwer zu definierenden Bereich des „konventionellen" Terrors, prallen die USA und die Sowjetunion hart aufeinander. Soeben hat Präsident Reagan Libyen, Iran, Nicaragua und Nordkorea als „Vereinigung terroristischer Staaten" gebrandmarkt. Interessanterweise sparte er Syrien aus. Reagan sprach von „Kriegshandlungen" gegen das amerikanische Volk.

Da Terror stets in seinem politischen Umfeld zu beurteilen ist, war es von hoher Brisanz, daß der US-Präsident anmerkte, fast alle der von ihm beschuldigten Staaten stünden in engen Beziehungen zur Sowjetunion. Das Echo aus Moskau ist dementsprechend.

Eine solche Tonlage zwischen den beiden Führungsmächten in Ost und West läßt die politische Empfindlichkeit des Themas ahnen. Nicht zuletzt wird sie von einer innenpolitischen Rückkoppelung in Amerika verursacht. Man erinnert sich: Zwar war es Jimmy Carter noch kurz vor Toresschluß seiner Präsidentschaft gelungen, das Drama der 52 Geiseln in Teheran aufzulösen; doch das schaffte er erst nach 442 Tagen, die alle Amerikaner als tiefste Erniedrigung empfunden hatten. Dieser Stachel sitzt noch heute in der Nation. Er sitzt auch in Ronald Reagan, zumal da viele Amerikaner die schließliche Freilassung der Geiseln nicht dem noch amtierenden, sondern dem gewählten neuen Präsidenten zuschrieben, nicht Carter, sondern Reagan. Die Sprache Reagans ließ erwarten, daß er den Iranern anders gegenübertreten werde als Carter.

Die harte Sprache Reagans auch zur Zeit der letzten Flugzeugentführung und ihrer politischen Zuspitzung in Beirut erklärt sich nicht zuletzt aus diesem innenpolitischen Sachverhalt. Unüberhörbar ist sie aber auch Ausdruck einer schwer zu zähmenden Wut über die Ohnmacht selbst der USA gegenüber einer Handvoll zu allem entschlossener Terroristen. Nehmen wir die schon erwähnte Flugzeugentführung: Was kann eine Weltmacht wie Amerika tun, wenn ihr der Aufenthaltsort der Entführten und der Entführer nicht bekannt ist? Da nutzt auch die 6. Flotte nichts. In solcher Situation mußte selbst Reagan die ausgefeimte Niedertracht des libanesichen Justizministers Berri dulden, der sich als Menschenfreund aufspielte und doch nichts anderes war als Komplice der Terroristen.

Dabei ist die Bedrohung allgegenwärtig. Ein Beispiel dafür: Am 23. Oktober 1983 steuerte ein lächelnder Jüngling in der Nähe des Beiruter Flughafens ein schweres Motorfahrzeug voller Sprengstoff in das Gemäuer des Hauptquartiers der amerikanischen Marine-Infanterie und jagte sich selbst mitsamt 241 weiteren Menschen in die Luft. Die US-Regierung befürchtete, diese Art Terrorismus könne ins eigene Land getragen werden, und bald gingen Bilder um die Welt, wie das Weiße Haus mit einer Betonmauer verbarrikadiert wurde. Das Programm, US-Missionen im Ausland gegen Anschläge zu sichern, erfordert in den nächsten sieben Jahren 3,5 Milliarden Dollar.

Natürlich darf niemand bei der Frage stehen bleiben, was man gegen Terroristen tun kann; man muß ergründen, woher der Terror kommt. Als internatione Geißel kennen wir ihn aus den Jahren, als die PLO den Erdball in ihrem Kampf gegen Israel mit Schreckenstaten überzog. Es ist eine Niederlage der zivilisierten Welt, daß die UNO den Terroristen Arafat hoffähig machte. International verflochten ist auch der Terrorismus in Europa, der sich in letzter Zeit gegen die NATO und damit wiederum vornehmlich gegen die USA richtet.



USA im Fadenkreuz: Khadhafi FOTO: EFE

Über die aktuellste Variante dieses Phänomens, das so alt ist wie die Menschheit, gab eine Fachtagung in Tel Aviv Auskunft. Dort wurde dargelegt, wie in Iran Geistliche schiitische Selbstmordkommandos rekrutieren und außerhalb jeglicher politischer Kontrolle einsetzen. In dieses Bild gehört auch der besessene Revolutionär Khadhafi. Im Fadenkreuz befinden sich immer wieder die Amerikaner, nicht zuletzt, weil sie in der explosivsten Region unserer Erde Israel die Treue halten.

Immer wieder wird die Frage gestellt, was Moskau mit dem internationalen Terrorismus zu tun habe. Da kommt einem der Mordanschlag auf den Papst in den Sinn. Wird je geklärt werden können, ob jemand in Moskau über die „bulgarischen Connection" die Hand im Spiel hatte? Noch als Staatspräsident Italiens hatte Pertini den Verdacht geäußert, die Zentrale des Terrorismus sitze in der Sowjetunion; dafür gab er nicht Beweise, aber Indizien an. Eine Erkenntnis der Tagung in Tel Aviv war, wenn es den Sowjets nütze, setze sie indirekt oder direkt auf Guerrillas, nationale Befreiungsbewegungen und Terrroristen, um in ihrem Sinne revolutionäre Entwicklungen weltweit zu beeinflussen. Das ist der Hintergrund der zitierten Anmerkung Reagans.

Wenn Washington sagt, der internationale Terrorismus habe Amerika den Krieg erklärt, dann liegt die Schwierigkeit darin, daß die USA nicht ihrerseits jenen Staaten den Krieg erklären werden, die den Terrorismus fördern. Gleichwohl spricht Reagan von „Kriegshandlungen" solcher Staaten gegen die USA. Damit ist die äußerste verbale Zuspitzung der Lage erreicht. Helfen könnte am ehesten eine wirksame Zusammenarbeit aller Freunde Amerikas bei der Abwehr des Terrorismus. In Bonn kann das gar nicht ernst genug genommen werden.

IM GESPRÄCH Ryszard Wojna

Gemeinsam mit der SPD

Von Joachim Görlich

Wann immer des Journalisten Ryszard Wojna Stimme zur deutsch-polnischen Frage ertönt, kann man davon ausgehen, daß er die Ansichten des Partei-Olymps verkündet. So auch kürzlich, als er hervorhob, daß seine KP nur mit dem linken CDU-Flügel sprechen wolle.

Der fünfundsechzigjährige Publizist studierte in Frankreich. Bei Kriegsausbruch war er Mitglied der polnischen Streitkräfte in Frankreich. Nach der Niederlage Frankreichs war er in der Schweiz interniert. Hier entstand seine Freundschaft zum heutigen Staatsrats-Vorsitzenden Henryk Jablonski und zum langjährigen Vize-Außenminister Marian Dobrosielski. Jablonski machte nach 1945 zuerst in der sozialistischen Partei PPS Karriere, die er mit Ex-Ministerpräsident Jozef Cyrankiewicz in Richtung Fusion mit den Kommunisten trimmte. Zu dieser Riege gehörte auch das Politbüromitglied Jozef Czyrek.

Wojna wurde Redakteur des KP-Organs „Trybuna Ludu", danach Bonner Korrespondent der „bürgerlichen" Tageszeitung „Zycie Warszawy", später ihr stellvertretender Chef. Er war auch Chef des Pressebüros des Zentral-Komitees.

Sein eigentlicher Aufstieg begann jedoch erst in der Ära Gierek. Er hielt Gierek noch ostentativ die Stange, als dieser bereits abgesetzt war. Er, einer der Deutschland-Berater des KP-Chefs, erfreute sich des Wohlgefallens von Bundeskanzler Schmidt und mischte auf der Schiene Bonn–Warschau kräftig mit, wie zum Beispiel beim „Forum Bundesrepublik Deutschland-Volksrepublik Polen".

Er vergaß dabei allerdings nie, seine Sympathien für Ost-Berlin zu bekunden. Und an die Pflege seiner Beziehungen zu den sowjetischen Genossen denkt er stets: Er gab ein Buch heraus, das gleichsam ein angebliches Testament seines anti-kommunistischen Vaters sein soll. Etwa nach dem Motto: „Auch für einen bürgerlichen Polen gibt es nur eine außenpolitische Alternative: Nämlich die Freundschaft mit der UdSSR." Das Buch wurde in den offiziösen Medien bejubelt und der Jugend als Pflichtlektüre verordnet.



Feder der polnischen Arbeiterpartei: Wojna FOTO AP

Wojna steht auch bei Jaruzelski in Gnade: Der General machte ihn zu seinem Deutschlandberater, zum inoffiziellen Sprecher in deutsch-polnischen Fragen. Wojna verstand es, trotz der innerpolnischen Wirren nach dem „Solidarność"-Verbot die Kontakte zur SPD aufzufrischen und zu festigen: Der Ex-Sozialdemokrat, der seinerzeit rigoros mit Genossen umsprang, die eine Fusion mit den Kommunisten ablehnten, montierte bald als linientreuer Kommunist moskowiter Prägung einen gemeinsamen Arbeitskreis SPD/Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. Ist es dabei sein „Verdienst", daß die westdeutsche „Arbeiter-Solidarität" mit „Solidarność", wie sie sich in SPD und Gewerkschaften äußerte, so flau ausfiel? Während der „Solidarność"-Ära setzten die Untergrundpresse und die Pariser Exilzeitung „Kultura" ihn auf die „schwarze Liste" der regimetreuesten Journalisten. Das wird seiner Selbsteinschätzung entsprechen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur wachsenden Bedeutung des Bundesrats:

Der Freistaat Bayern ist der Hauptleidtragende bei der zusätzlichen Konzession, Bremen in den Kreis jener Bundeslaender einzubeziehen, die in den Genuß von Ergänzungszuweisungen des Bundes kommen. Dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß war es jedoch das Opfer wert. Er konnte der CDU erstmals vor Augen führen, daß sie seit dem Machtwechsel im Saarland die Mehrheit im Bundesrat verloren hat. Sie muß sich jetzt mindestens einen Verbündeten von außerhalb suchen, wenn sie ein Gesetzesvorhaben durchbringen will, das nur sie allein für sinnvoll oder zweckmäßig hält.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung meint zur Krankheit des Ex-Ministers Franke:

Bei allem Respekt vor der Diagnose des Arztes, der dem früheren Bundesminister Egon Franke (SPD) eine Prozeßverschiebung bis „zumindest" einschließlich September empfiehlt – es drängt sich der Verdacht auf, daß da ein politischer Bazillus grassiert, der sich naturgemäß aller Schulmedizin entzieht. Hand aufs Herz: Ist der frühere Minister für innerdeutsche Angelegenheiten wirklich so krank, wie es die Atteste immer dann vorgeben, wenn sich das Bonner Landgericht mit dem Prozeß wegen des Verdachts der Veruntreuung öffentlicher Gelder in Erinnerung bringt? Es grenzt doch geradezu an ein Phänomen, das wert wäre, in der Fachpresse durchleuchtet zu werden, daß der bettlägerige Egon Franke zu Wahlkampfzeiten fieberte, als Redner auf SPD-Veranstaltungen Verwendung zu finden. Doch schon mit dem Herannahen des nächsten Verhandlungstermines vor der Bonner Gerichtsbarkeit überkam den Politiker jene mysteriöse Beschwerde, die auch schon in ähnlichen Fällen registriert, aber niemals körperlichen Gebrechen zugeschrieben wurde. Das Wahlkampfintermezzo des Genossen Franke, von dem man weiß, daß es immer auch eine gesunde Portion Stehvermögen voraussetzt, wird von dem Franke-Anwalt mit dem ärztlichen Rat zu „sozialen Kontakten" verteidigt. Nun, was wäre in diesem Fall sozialer, als den Kontakt zum Gericht zu suchen?

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung kritisiert Teile der deutschen Presse:

In den gut zwei Jahren seit dem Skandal sind die deutschen Illustrierten zwar vorsichtiger geworden im Umgang mit brisantem oder angeblich brisantem Material, ein nachhaltiger Lerneffekt jedoch erscheint nicht feststellbar, was den Umgang mit Verbrechern oder Verbrechen aus der Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 anbelangt. Wie sonst hätte es zwei Jahre nach Entdeckung der Hitler-Tagebücher geschehen können, daß der Auschwitz-Mörder Josef Mengele in der „Bunten" als eine Art unmöglicher Schullehrer erscheint (Es gab Kinder, die er liebte, und es gab andere, die er quälte) und damit ähnlich wie im Fall Tagebücher unter dem Vorwand, den Schrecken zu dokumentieren, Geschichte verharmlost wird. Mithin gleichen sich die Darstellung Hitlers (in den Tagebüchern) und jene Mengeles (anhand von Fotos und Überschriften) auf fatale Weise.

Wie der Internationalismus der Kaiserzeit-Sozialisten?

Die SPD und ihre „Europäisierung" der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik / Von Günther Bading

Die SPD hat die „Europäisierung" ihrer Sicherheits-, aber auch, und das ist neu, ihrer Wirtschaftspolitik propagiert. Zu diesem Konsens hat jetzt die vom Essener Bundesparteitag im vergangenen Jahr eingesetzte Programm-Kommission gefunden. Einig war man sich auch, daß der Entwurf für die Umschreibung des Godesberger Programms von 1959 im September 1986 zum ordentlichen SPD-Parteitag vorliegen soll.

Was steht hinter den von Peter Glotz eingeführten Begriffen „neuer Internationalismus" und „entschiedene Europäisierung"? Warum soll die Programmdiskussion „erhebliche Bedeutung auch für die aktuelle Politik" (Glotz) haben und – entgegen einer Empfehlung des Parteivorsitzenden Brandt – noch vor der Bundestagswahl beginnen, obwohl die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms nach wie vor auf 1988 terminiert ist?

Im Sicherheitsbereich ist der Gedanke der Europäisierung so neu nicht. Er knüpft an die Vorstellung der SPD von einer Sicherheitspolitik der zwei Pfeiler an – hie Europa, dort Amerika – im westlichen Bündnis mit möglichst großer Eigenständigkeit auf dieser Seite des Atlantiks, die in eine Art „gemeinsamer Sicherheit" der Europäer „zwischen den Weltmächten" (so formulierte die aus der europäischen Versenkung wieder aufgetauchte Europa-Abgeordnete Wieczorek-Zeul) münden soll. Der in Regierungsbeteiligungen der vergangenen Jahrzehnte verschüttete alte Traum der Sozialisten aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, durch Internationalisierung der Anliegen der Arbeiterklasse Kriege zu verhindern, taucht hier urplötzlich wieder auf. Um etwas vorweisen zu können, ist die SPD sogar bereit, Schein-„Abkommen" mit der in der Sicherheitspolitik moskauabhängigen SED-Diktatur in Ost-Berlin über die Fiktion chemiewaffenfreier Zonen in Mitteleuropa einzugehen. Mit ihrer erklärten Absicht, Europa in der Sicherheitspolitik „zwischen den Weltmächten" zu plazieren, riskiert die SPD, die Frage ‚Wie haltet Ihr es mit NATO und Westbindung?' zum Gegenstand des Bundestagswahlkampfes zu machen. Aber das scheint in der Bonner „Baracke" niemanden zu stören, seit Bündnisgegner wie Oskar Lafontaine mit ihren Ansichten über Abkehr von der Bindung an die USA und der Äquidistanz zu beiden Supermächten Wahlen gewinnen können.

Der Gedanke der Internationalisierung oder Europäisierung der Wirtschaftspolitik knüpft nur vordergründig an jene klassenkämpferischen Gedankenmodelle aus der Zeit der Jahrhundertwende an, als man dem sich international mehr und mehr verflechtenden Kapital die Internationale der Arbeiterbewegung entgegensetzen wollte. Die Sozialdemokraten haben erkannt, und mehr sollte man da nicht hineingeheimnissen, daß im zusammenwachsenden Europa Probleme wie Massenarbeitslosigkeit oder Anschluß an die Entwicklung der Hochtechnologie nicht mehr im nationalen Rahmen zu lösen sind. Man will auf diesem Felde nachvollziehen, was Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand längst in praktische Politik umzusetzen entschlossen sind.

Zeichnet sich im Bereich der Sicherheitspolitik aus der Programmdiskussion also ab, daß mit der „entschiedenen Europäisierung" letztlich nur der alte Irrweg von Neutralismus und „Sicherheitspartnerschaft" beschrieben wird, so bleibt die Frage nach dem taktischen Kalkül hinter einer Programmdiskussion mitten in einem Bundestagswahlkampf. Es mag vielerlei Erklärungsversuche geben, von taktischer Fehlleistung bis zur Überschätzung des Charmes von Debatten auf hohem links-intellektuellen Niveau. Fest steht: Die SPD ist in den Wahlkämpfen der jüngsten Zeit gut damit gefahren, aktuelle Felder der Politik für sich zu besetzen, von „Frieden" bis „soziale Gerechtigkeit" und „Umweltschutz". Eine Programmdebatte kann mit ihrem verbalen Feuerwerk ablenken von der traurigen Bilanz der SPD-regierten Bundesländer: Bremen ist das höchstverschuldete Land mit der höchsten Arbeitslosenrate; es wurde vom Geberland im Länder-Finanzausgleich zum prozentual größten Empfänger. In Nordrhein-Westfalen liegt bei absoluter SPD-Mehrheit die Arbeitslosenrate in den Großstädten des Reviers bei über fünfzehn, landesweit bei elf Prozent – im CDU-regierten Baden-Württemberg bei vier Prozent. In Hessen kapitulieren die Sozialdemokraten vor den Grünen, machen – wie Nordrhein-Westfalen – mit ihrem Ausstieg aus der Atom-Energiepolitik das Land als Industriestandort unattraktiv. Und im Saarland faßt der Ministerpräsident mit seiner absoluten Mehrheit schneidige Beschlüsse – muß aber, wenn es um konkrete Probleme geht wie um Arbed Saarstahl Bettelbriefe nach Bonn schreiben. Folgt die Partei dem neuen europäischen Höhenflug, dann allerdings werden sich diese Probleme der „realen Sozialdemokratie" aus der Vogel-(Rau-)Schau nur noch ganz winzig ausnehmen.

Mitten im Wirtschaftsboom macht Silicon Valley schlapp

Silicon Valley, das war jahrelang ein Synonym für Erfindergeist, Unternehmermut und Wachstum. Es war auch der unerschütterliche Glaube an die Allmacht des Computers. Doch auf dem einst strahlenden Stern der US-Wirtschaft zeigen sich dunkle Flecke.

Von HORST-A. SIEBERT

Noch im vergangenen Herbst sah es so aus, als würde in Amerika der Computerboom niemals enden. Wer seinen Straßenkreuzer südlich der Golden Gate Bridge entlang der San Francisco Bay durch das Silicon Valley steuerte, begegnete dem polierten Glanz, den Wachstum und Wohlstand möglich machen. Die Firmenchefs in Menlo Park, Palo Alto, Sunnyvale oder Mountain View richteten ihren Blick erwartungsvoll in die Zukunft – kein Wunder, nachdem die Branche sogar die schlimme Rezession 1981/82 ohne größere Schäden überstanden hatte.

Zu Beginn dieses Sommers geht an der Route 280 in Kalifornien und in den vielen anderen „Silicon Valleys", die in den USA entstanden sind, die Sorge um. Die Geschäftsergebnisse vieler Unternehmen im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres zeigen plötzlich, daß die Zeiten sprunghaft steigender Umsätze und Gewinne vorbei sind. Es häufen sich die Verluste der Computer-Hersteller und ihrer Zulieferer; an den Aktienmärkten purzeln die Kurse. Konkursrichter haben Hochkonjunktur.

Das umgeschlagene Absatzklima, gekoppelt mit scharfen Preiseinbrüchen, hinterläßt schon tiefe Bremsspuren. Apple Computer hat 2700, National Semiconductor 1300, Data General ebenfalls 1300, Wang Laboratories 1600, Intel 1850, Control Data 2300, Texas Instruments 3000, Sperry 285, Burroughs 750 und Computervision 950 Mitarbeiter entlassen. Hewlett-Packard, Data General, Convergent Technology und Wang legten oder legen ein- oder zweiwöchige Produktionspausen ein.

Dies sind nur die großen Namen; auf der Strecke bleiben gleichzeitig Dutzende kleine Firmen. Geschätzt wird, daß allein der Halbleiter-Bereich mit früher 200 000 Beschäftigten ein Zehntel der Jobs eingebüßt hat. Aber auch der Gigant muß Federn lassen: Mitte Juni ging ein Beben durch die Börsensäle, als der Chef der Internationale Business Machines Corp. (IBM), John Ackers, die Gewinnprognosen für die Januar-September-Periode nach unten revidierte. Es war ein klares Signal, daß die Ausfälle in der amerikanischen High-Tech-Industrie nicht nur temporärer Natur sind.

Was ist los in einem Wirtschaftszweig, der über alle maßen glorifiziert worden ist und in dem Ruf stand, keine Erfolgsgrenzen zu kennen? Dabei überrascht am meisten, daß ausgerechnet High-Tech mit Ausnahme militärischer und Luft-Raumfahrt-Elektronik auf einmal hinter der sonst noch recht kräftigen US-Konjunktur herhinkt. Niemals zuvor sei Geld so schwer verdient worden, heißt es heute. Und während John Young von Hewlett-Packard an eine baldige Fortsetzung des Höhenfluges glaubt, sagen andere eine durchgreifende Umstrukturierung mit Fusionen und Aufkäufen voraus. „Shakeout" nennt man das in den Silicon Valleys.

Zu Kurzschlüssen in den integrierten Schaltkreisen haben viele Faktoren geführt. So ist Amerikas High-Tech-Industrie gleich zweifach von dem stark überbewerteten Dollar, der US-Erzeugnisse im Ausland verteuert und dadurch unattraktiv macht, voll erwischt worden. Einmal sind die eigenen Ausfuhren der Branche geschrumpft. Zum anderen sind im Inland die weiterverarbeitenden Unternehmen als Abnehmer von Computern und elektronischen Teilen weitgehend ausgefallen. Die schärfere Auslandskonkurrenz auf der Export- und Importseite hat ihre Ertragslage derart verschlechtert, daß die Investitionen gekürzt werden mußten.

Verlorengegangen ist dadurch eine Menge Umsatz bei teilweise ruinösem Preiswettbewerb. Immerhin wiesen die USA im vergangenen Jahr zum erstenmal ein Defizit in Höhe von rund sechs Miliarden Dollar im Außenhandel mit Elektronik aus. Hinzu kommt, daß das verarbeitende Gewerbe von 1980 bis 1984 jeweils ein Drittel seiner Investitionsmittel für Computer bereitstellte. Nur deshalb ist in derselben Zeitspanne der Anteil der Silicon Valleys an der Ausrüstung mit Kapitalgütern um 50 Prozent nach oben geschossen.

Ein weiterer Grund ist, daß der Markt überschätzt worden ist. Er erstickt im Überangebot. Seit neuere Unternehmen wie Digital Equipment und Apple reüssierten, sind Tausende von Firmen gegründet worden – an der kalifornischen Route 280 allein 3000. Bisher war es eine ständige Praxis, daß Neuentwicklungen wie Memories, Disk Drives oder Drucker sofort Risikokapital anlockten. In wenigen Wochen offerierten neue Betriebe ähnliche Produkte; stets waren Überkapazitäten das Resultat. Die Branche grub sich das eigene Grab, sie lief Amok.

Nach unten abgeknickt ist zudem in Amerika die Nachfragekurve. Das Handelsministerium in Washington hat einen Auftragsrückgang bei Computern und elektronischen Buchhaltungsmaschinen um 30 Prozent ermittelt. Der Absatz von persönlichen Computern, der sich bisher jedes Jahr verdoppelt hat, stagniert; wegen zu hoher Lagerbestände sinken die Halbleiter-Verkäufe 1985 vermutlich um ein Fünftel. Insgesamt wächst in den USA der Informatiksektor weiter, jedoch erheblich unter dem vor sechs Monaten erwarteten Niveau.

Auf der Suche nach Erklärungen haben die amerikanischen Marktanalysten herausgefunden, daß nicht nur das fehlende Geld die Bilanzen verschlechtert. Häufig verzögern Käufer den Erwerb eines Computers, weil „ihre" Firma ein neues Modell angekündigt hat. Es kommt dann viele Monate später oder überhaupt nicht auf den Markt. Vielfach ist es jedoch so, daß sich die Einstellung zu den technischen Wunderwerken geändert hat: Unter den amerikanischen Normalverbrauchern ist nach der großen PC-Kaufwelle eine Enttäuschung darüber festzustellen, daß „sich Computer nicht so einfach wie Telefongeräte bedienen lassen". Die Verwendungsmöglichkeiten werden nicht verstanden, die verfügbare Software befriedigt nicht die speziellen individuellen Wünsche. Ein Experte: „Plötzlich sieht man, daß sich aus dem Computer nur herausholen läßt, was vorher hineingegeben worden ist."

In den Unternehmen wiederum wächst der Kaufwiderstand, weil die über die Jahre angeschafften Anlagen nicht kompatibel sind. Auf Kosten der Produktivität gehen auch die unterschiedlichen Standards, beispielsweise bei der Verkabelung. Da die erhofften Kosteneinsparungen nicht eingetreten sind, hat kürzlich die Stadt San Francisco die Anschaffung von Computern vorerst gestoppt. Eine im Auftrag des Wirtschaftsmagazins „Business Week" durchgeführte Harris-Umfrage nennt diese Gründe für das nachgelassene Kaufinteresse:

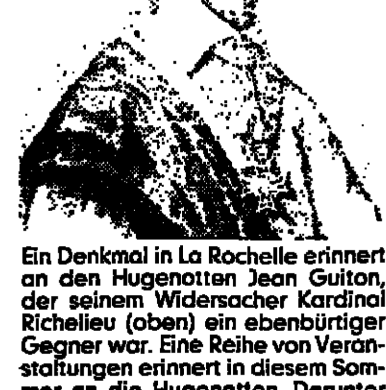
Ein allgemeines Zurückschneiden der betrieblichen Investitionen (40 Prozent der Befragten); Warten auf eine neue Generation von EDV-Anlagen (37); viele der bisher angeschafften Geräte werden unzureichend genutzt (31); die vorhandene Hardware übersteigt die Netzkapazitäten (19); Furcht, daß Lieferanten die Käufer sich selbst überlassen oder Pleite machen (17); ungenügende Software (15 Prozent).

Bei der Investmentbank Hambrecht & Quist, die sich auf Spitzentechnologien konzentriert, will man in der amerikanischen High-Tech-Industrie „einen schweren Kater nach einer spekulativen Orgie" ausgemacht haben. Große Kopfschmerzen bereitet den Silicon Valleys aber auch die ausländische Konkurrenz, vor allem aus Japan und Südkorea bei Halbleitern. Der Markt für die 256K RAMs, die Standard Memory Chips für die nächsten fünf Jahre, gilt als verloren. Gewonnen haben die Schlacht Toshiba, Matsushita, Hitachi und Mitsubishi. Weltweit veranschlagt das Investmenthaus die Überkapazitäten für Chips auf 40 Prozent. Die Preise fallen nicht, sie stürzen. Vor 18 Monaten kostete eine 64K RAM vier Dollar, heute sind es 50 Cent. Der 256 K RAM sackte von 40 auf 3,95 Dollar.

Der Verband amerikanischer Halbleiter-Hersteller wirft den Japanern inzwischen Preisdumping vor, nachdem eine entsprechende Anweisung des Hitachi-Konzerns in ihre Hände gelangt ist. Washington soll eingreifen und letztlich die Importe erschweren. Dies wäre der erste Schritt zur Regulierung des internationalen High-Tech-Handels. Unvergessen ist andererseits der vor einigen Jahren von Hitachi inszenierte und im kalifornischen Santa Clara abgeurteilte Blaupausen-Diebstahl bei IBM. Die Reagan-Administration wird sich kaum die Finger verbrennen wollen, zumal da Amerikas Marktanteil bei Halbleitern in der restlichen Welt immer noch 53 (Japans: 17) Prozent beträgt.

Nirgendwo sind Produkte so schnell überholt wie im High-Tech-Bereich. Trotz der Krisenstimmung werden in den USA 1985 rund sieben Millionen Computer für 44 Milliarden Dollar verkauft – mengen- und wertmäßig 7 und 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Aber das stillt den Hunger der wachstumsorientierten Branche nicht. Die Folge wird vermutlich eine steile Zunahme der Fusionen sein, deren Zahl 1984 in allen Größenordnungen bereits auf 600 (1983: 350) gestiegen ist. Die Situation ähnelt den 20er Jahren, als von zwei Dutzend US-Autofirmen nur eine Handvoll übrigblieb.





Ein Denkmal in La Rochelle erinnert an den Hugenotten Jean Guiton, der seinem Widersacher Kardinal Richelieu (oben) ein ebenbürtiger Gegner war. Eine Reihe von Veranstaltungen erinnert in diesem Sommer an die Hugenotten. Darunter sind: Am 1. 9. in Mialet bei Anduze ein Treffen der Protestanten im „Museum der Wüste"; vom 7. bis 14. 10. in Paris „Protestantismus und Freiheit 1685 bis 1985" und eine große Ausstellung im Pariser Nationalarchiv „Der Widerruf des Edikts von Nantes".

FOTOS: HAG/ULLSTEIN

Der Hugenotten-Friedhof auf der Ile de Ré oder: Der Schein trügt

Sie wurden ermordet oder wanderten aus. Nur wenige blieben in ihrer Heimat. Auch 300 Jahre nach der Aufhebung des Edikts von Nantes ist es für die Hugenotten nicht immer leicht, in Frankreich zu leben.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Madame Pilot ist Protestantin. Die kleine, attraktive Mittvierzigerin, deren dunkle Augen auch im Lächeln noch Strenge verraten, führt regelmäßig Besuchergruppen durch La Rochelle. Ihr Thema: die Hugenotten. 1985 wird für sie ein anstrengendes Jahr. 300 Jahre ist es her, daß mit dem Widerruf des Edikts von Nantes der Massen-Exodus protestantischer Gläubiger aus Frankreich begann.

Madame Pilot nimmt die Sache persönlich, obwohl sie selbst erst während ihres Studiums in Deutschland zum Protestantismus konvertierte. Die Führungen indes finden statt im Auftrag des regionalen Fremdenverkehrsbüros. Die Hugenotten haben schließlich ein wesentliches Stück der Geschichte La Rochelles – an der Atlantik-Küste zwischen Loire und Gironde – geschrieben. Und das moderne Frankreich hält sich etwas auf seine Toleranz zugute.

Aber so ganz einfach scheint es auch heute nicht zu sein, zu jener Minderheit von 800 000 Franzosen (bei 54 Millionen Gesamtbevölkerung) zu gehören, die sich zum Protestantismus bekennt. Monsieur Pilot und die drei Kinder sind Katholiken geblieben. Warum? „Für die Kinder wäre der andere Glaube zu schwierig. Sie sollen später selbst entscheiden, wozu sie sich bekennen wollen."

Auf der Ile de Ré, sozusagen vor den Toren von La Rochelle, gibt es einen kleinen Hugenotten-Friedhof. Man findet ihn nicht ohne Führung. Er ist von hohen Mauern umgeben. Und den Schlüssel muß man sich bei einer Familie im benachbarten Ort abholen. Hohe Eichen überwölben ein fast paradiesisches Gärtchen. Die Grabsteine verschwinden in hohem Gras und Gebüsch. Unzählige Vögel haben hier eine ungestörte Zuflucht gefunden. Der fehlende menschliche Eingriff in diese Idylle ist Absicht. Natur, wie Gott sie schuf, befiehlt der Glaube. Aber auch offenbar die Vorsicht. „Nein, fotografieren Sie bitte nicht. Es ist besser, wenn niemand das Gelände wiedererkennt." Warum, das wird bei näherem Hinsehen klar. Grabschänder haben sich erst unlängst hier zu schaffen gemacht und auch gleich hinterlassen, daß ihre Tat den verhaßten Hugenotten galt. Ist das eine der „Schwierigkeiten", Protestant zu sein?

Verwundungen der Geschichte sind offenbar auch hier dauerhafter, als man annehmen möchte. Auf der Rückfahrt zur Fähre zwischen Insel und Stadt kommt man an einer Klosterruine vorbei. Die Protestanten haben den Ort katholischer Einkehr vor fast 400 Jahren niedergebrannt. Und in La Rochelle, das einmal die Hochburg der Hugenotten war, findet man umgekehrt nur noch wenige Zeichen des Calvinismus, der Frankreich einst eine der schwersten Erschütterungen seiner Geschichte bescherte. Ein Glockenturm – die dazugehörige Kirche wurde abgerissen. Einen Gebetskeller – heute hat ein Modegeschäft dort seine Räume. Ein winziges Museum des Protestantismus – von außen kaum zu erkennen.

In La Rochelle haben die Hugenotten den höchsten Preis für ihre Standfestigkeit bezahlt. Lange vor dem Widerruf des Edikts von Nantes blies hier Kardinal Richelieu zum entscheidenden Vernichtungsschlag. Im Jahr 1627 beschloß er die Belagerung der Stadt. Besiegen konnte er sie nicht, aber aushungern. Er ließ vor dem Hafen einen kilometerlangen Sperrdamm errichten, um die Stadt von der Versorgung durch verbündete englische und holländische Schiffe abzuschneiden. 28 000 Einwohner hatte La Rochelle vor der Belagerung. 5000 waren es noch, als Richelieu schließlich nach 15 Monaten einzog. Die anderen waren verhungert. Den Überlebenden drohten Hinrichtung oder Galeere. Oder sie mußten ihrem Glauben abschwören.

Viele hielten dennoch an ihrem Protestantismus fest. In Kellern kamen sie heimlich zusammen. Draußen auf dem Lande war der Widerstand größer, unkontrollierbarer. Rund 40 Kilometer südlich von La Rochelle liegen in der Steilküste bei Meschers unzählige Grotten. Wenn man zu ihnen hinuntersteigt, läuft man Gefahr, vom Wind weggeblasen zu werden. Dort haben die Hugenotten damals Zuflucht gesucht. Im Innern der Höhlen bekommt man ein Gefühl für ihr Schicksal. Das poröse Gestein zittert im Anprall der heranrollenden Wogen. Manchmal knallt es wie von Kanonenschlägen. Unzählige sind in den Grotten verhungert oder von den Fluten weggespült worden. Der moderne Tourist erlebt einige dieser Leidensstätten als Crêpes-Restaurant. Andere sind zu Ferienwohnungen für die Schickeria umgebaut worden.

Von der Treppe des Protestanten-Museums in La Rochelle blickt man hinunter in das kleine Gotteshaus, in dem die Hugenotten-Gemeinde der Stadt ihre Gottesdienste feiert. Ein karger, schmuckloser Tempel, dessen nachgedunkelte Holztäfelung den Eindruck von Enthaltsamkeit noch erhöht. Man hat, in aufgeklärten Zeiten, das Haus, in dem vorher die Katholiken lange ihren Glauben pflegten, aufgekauft und umgestaltet.

Ein merkwürdiger Gegensatz zu der Stadt, deren verspielte, bisweilen prunkvolle Architektur aus Renaissance und Barock eher einen liebenswürdigen Eindruck hinterläßt. La Rochelle – das war einmal eine wohlhabende Stadt, deren Reichtum auf Salzgewinnung, Austern und Wein beruhte. Gerade die Protestanten hatten – dank eines ungewöhnlich fortschrittlichen Bildungs- und Ausbildungssystems – zu diesem Reichtum beigetragen. Dann wurde ihr Glauben der Politik geopfert. Sie starben oder wanderten aus. La Rochelle fiel in die Bedeutungslosigkeit zurück.

Aber das hatte auch seine positiven Seiten. Die 100 000-Seelen-Gemeinde hat sich eine fast biedere Gemütlichkeit bewahrt. Der Tourismus ist in der ganzen Gegend noch nicht genormt und in Massen-Schablonen gepreßt. Das soll auch so bleiben. Und die Protestantin Madame Pilot verkörpert diesen individualistischen Geist. Ernst, bewußt und andere leben lassend. Eines der bekanntesten Speiserestaurants La Rochelles trägt den Namen des Stadt-Schänders Richelieu. Ob das einem Protestanten nicht weh tut? Madame Pilot sagt: „Mit der Geschichte muß man leben."

Die Dame Hammonia sorgt sich um ihren Ruf

Von UWE BAHNSEN

In der „Alten Post", einer Schöpfung des berühmten Architekten Alexis de Chateauneuf aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Herzen der Hamburger City, trafen sich in diesen Tagen knapp zwei Dutzend Hanseaten, um sich erneut mit einem Thema zu befassen, das sie schon mehrfach zusammengeführt hatte: Die etwas in Verruf geratene Dame Hammonia benötigt dringend ein neues Image. Stadtvater Klaus von Dohnanyi hatte die Expertenrunde, Politiker, Manager und Werbeprofis, zur Konferenz in das historische Gemäuer gebeten, um das Rohmaterial für ein Konzept sichten zu lassen, das als Grundlage für eine Image-Kampagne dienen soll. In Kürze will der Senat darüber entscheiden.

Dann soll endlich Schwung in die seit Jahren vor sich hin dümpelnde Hamburg-Werbung kommen. Dieser frische Wind ist fürwahr dringend nötig, denn die Reputation der alten Stadtrepublik an der Elbe hat tatsächlich gelitten – politisch, wirtschaftlich, kulturell. Der Negativ-Begriff „Hamburger Verhältnisse" macht bereits die Runde. Für die negativen Schlagzeilen sorgten: hohe Arbeitslosigkeit, Umweltskandale von der Chemieklitsche Stoltzenberg bis zur Giftmüllhalde auf der Deponie Georgswerder, der jahrelange Streit um das Kernkraftwerk Brokdorf und der Sumpf im Neue-Heimat-Konzern, der Medien-Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher und nicht zuletzt auch die regelmäßigen Theaterkrisen.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der diesen für den Wirtschaftsstandort wie für das Touristenziel Hamburg gleichermaßen mißlichen Trend in seiner bislang vierjährigen Amtszeit nicht hat wenden können, will nun endlich Taten sehen. Im vergangenen Jahr glaubte er noch einen Wandel zum Besseren bewirken zu können, indem er Journalisten zu sich bat und ihnen zwischen Suppe und Hauptgericht Vorhaltungen wegen ihrer kritischen Berichterstattung machte, so daß die so gerüffelten Zeitungsleute spontan erwogen, ob sie das Dessert noch an des Bürgermeisters Tafel zu sich nehmen sollten. Inzwischen hat der Regierungschef freilich erkannt, daß er das Übel woanders zu suchen hat.

Als äußerst hilfreich erwies sich dabei eine Expertise, die eine Unternehmensberatungsfirma fertigte. Darin hieß es: „Es fehlen im Senat konkrete Vorstellungen, was man bei welchen Zielgruppen mit welchen wünschenswerten Erfolgen und mit welchen Zielgruppen bewirken will." Überdies sei die ganze Hamburg-Werbung mit politischen Forderungen überfrachtet und werde zudem von Beamtendenken behindert.

Bürokratismus, Kompetenzrangeleien unter fast einem Dutzend Dienststellen, Institutionen und Marketing-Büros, all das mit der Folge mangelnder Kreativität, ließen Dohnanyis Geduldsfaden reißen. Das Büro Hamburg-Werbung in der Wirtschaftsbehörde wird aufgelöst, was bleibt, wird reorganisiert, und vor allem soll ein neues Konzept auf den Tisch.

Dazu muß ein Slogan her, der das Wesen dieser schönen und trotz aller Probleme wohlhabenden und leistungsstarken Stadt mit ihrer hohen Lebensqualität prägnant zum Ausdruck bringt – analog zu jenem Motto „Weltstadt mit Herz", das München sich gab. Vergleichbare Bemühungen der Hamburg-Werber hatten zu Resultaten geführt, an die heute niemand mehr sonderlich gern erinnert werden mag: „Frohe und Hansestadt" etwa oder „Hamburg ist ...", wobei die ganze Vielfalt der Hansestadt mit begrifflichen Versatzstücken aus dem breiten Spektrum zwischen „Aalsuppe" und „Zeitungsmetropole" dargestellt werden sollte.

Vor Dohnanyis strengem Blick fanden derlei bieder-hölzerne Aussagen keine Gnade. Die Sache ist freilich alles andere als einfach. „Hamburg – Tor zur Welt" – dieser Slogan ist historisch verbraucht, seit sich die Funktion der Stadt als Folge der deutschen Teilung so grundlegend gewandelt hat. Überdies hat Dohnanyi selbst die Rolle der Hafenstadt Hamburg in Frage gestellt, als er im November 1983 in einer programmatischen Rede vor dem Übersee-Club die Bedeutung des Hafens relativierte und meinte, wichtiger sei der Dienstleistungsbereich mit der Kommunikationswirtschaft, vor allem aber die Nutzung und Förderung der technischen Wissenschaften. Ziel müsse es sein, die kreative Intelligenz in der Hansestadt zu konzentrieren: „Der Kopf bringt seinen Standort mit."

Das sind ehrgeizige Vorgaben für den durchgängig eher schlicht zu Werke gehenden sozialdemokratischen Beamtenstaat in Hamburg. Und: Ihre Umsetzung wird teuer. Das können die Rathausregenten um Klaus von Dohnanyi just in diesen Tagen anhand eines konkreten Falles bis auf Mark und Pfennig ausrechnen. Zu internationalem Ruhm ist die Stadt mit ihrem Staatsopernballett gekommen. Dafür steht ein Name: John Neumeier. Wenn das so bleiben soll, wird der Senat den jährlichen Zuschuß an die Oper um fast 1,5 Millionen Mark erhöhen und überdies rund 6,5 Millionen Mark für die Errichtung eines Ballettzentrums auf den Tisch legen müssen.

Gleichzeitig mit dem Beschluß über die künftige Image-Werbung wird die Landesregierung darüber zu befinden haben, was ihre Umsetzung denn wohl kosten darf – am Beispiel eines Zehn-Jahres-Vertrages für John Neumeier. Zahlen die Stadtväter ihm nicht, was er fordert, dann droht sich Dohnanyis Erkenntnis in ihr Gegenteil zu verkehren: Der Kopf nimmt seinen Standort mit.

Verheiratete im Priesteramt „möglich“

DW. London/Bonn

Die Priesterweihe verheirateter Männer ist nach Ansicht des katholischen Primas von England, Kardinal Basil Hume, durchaus möglich. Hume hatte kürzlich in Brügge (Belgien) erklärt, er sehe die „Ordination von verheirateten Männern und anderen geeigneten Personen“ voraus. In einem Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) erläuterte der Erzbischof von Westminster jetzt seine Überlegungen.

Den Anstoß dazu habe ihm der „Skandal“ gegeben, daß es vorwiegend in Ländern der Dritten Welt infolge starken Priestermangels „keine Möglichkeit gibt, die Heilige Messe zu feiern“. Um diesem Mißstand abzuhelfen, sei zu prüfen, ob aus den Gemeinden auch verheiratete „geeignete Männer“ ausgewählt und nach entsprechender Vorbereitung zu Priestern geweiht werden könnten.

Auch aus anderen Bischofskonferenzen war in der Vergangenheit mehrfach der Ruf nach Zulassung verheirateter Männer, die sich „beruflich und persönlich bewährt“ haben, zum Priesteramt gekommen. Kardinal Hume betonte, bei seinen Überlegungen denke er „nicht an England, nicht einmal an Europa“. In Europa müsse es möglich sein, „genügend zum Priestertum berufene“ Männer zu finden. Zugleich betonte der Vorsitzende der englischen Bischofskonferenz, er stehe für den „westlichen Klerus“ unverrückbar zum Zölibat und stimme darin mit Papst Johannes Paul II. überein.

„Religiös“ – aber Distanz zur Kirche

idea, Stuttgart

Die Religion spielt in den traditionell christlichen Ländern Westeuropas noch immer eine wichtige Rolle: Zwei Drittel der Westeuropäer bezeichnen sich als religiös, die meisten beten oder „meditieren“ mehr oder weniger regelmäßig. Dies ergab eine umfassende Repräsentativbefragung von mehr als 12 000 Bürgern Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, der Niederlande und Spaniens. Auftraggeber war die „Europäische Gruppe zum Studium der Wertsysteme“, eine Stiftung mit Sitz in den Niederlanden. In der Bundesrepublik hatte das Institut für Demoskopie Allensbach die Befragung übernommen.

Die „religiöseste“ Berufsgruppe sind danach die Landwirte, gefolgt von Führungskräften sowie ungelernten Arbeitern. Am wenigsten religiös, so die Umfrage, sind Facharbeiter. Aber selbst von den Gruppen, die sich „areligiös“ nennen, glauben 23 Prozent an Gott und weitere 27 Prozent an eine „spirituelle Lebenskraft“.

Dem relativ hohen Stellenwert religiöser Überzeugungen steht eine insgesamt distanzierte Haltung zu den Kirchen gegenüber: Auf einer „Vertrauensskala“ der gesellschaftlichen Institutionen rangieren sie im Mittelfeld – hinter Polizei, Armee, Justiz und Schulen. Das geringste Vertrauen setzen die Westeuropäer in die Gewerkschaften und die Presse. Knapp unter dem Mittelstrich liegen das Parlament, die Verwaltung und die Großunternehmen der Wirtschaft.

Parteien sammeln Kräfte für die Kommunalwahl

Von GEORG BAUER

In Schleswig-Holstein ist Ruhe eingekehrt. Mit der Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes zum Schutz des Wattenmeeres, das nach der Regie der christdemokratischen Landesregierung noch vor der Sommerpause die parlamentarische Hürde nahm, haben sich die Wogen vorerst geglättet. Die Parteien, insbesondere die beiden großen, CDU und SPD, sammeln ihre Kräfte und Argumente, um die im kommenden Frühjahr anstehende Kommunalwahl für sich zu entscheiden. Das Ringen um Sitz und Stimme in den Gemeinden und kreisfreien Städten gilt allgemein als Testwahl für die auf den Herbst 1987 angesetzte Landtagswahl.

Ministerpräsident Uwe Barschel weiß um den Stellenwert der kommunalen Entscheidung. Im September wird der mit seinen 41 Jahren noch junge Regierungschef, auf den das Etikett „Landesvater“ nicht so recht passen will, seine Halbzeitbilanz vorlegen. In einer seiner Meinung nach ausreichenden zeitlichen



Distanz zu den Querelen um den Nationalpark wird Barschel das Engagement der CDU für den Umweltschutz betonen, das seinen Ausdruck auch in dem geplanten Naturschutzprojekt entlang der mecklenburgisch-schleswig-holsteinischen Grenze findet.

Im Mittelpunkt seines Resümees wird aber vor allem die wirtschaftliche Entwicklung des noch stark landwirtschaftlich geprägten Bundeslandes nördlich der Elbe stehen. Als Plus wird Barschel verzeichnen, daß das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr mit 5,5 Prozent den Bundesdurchschnitt um mehr als hundert Prozent übertraf. Zu den wesentlichen Wachstumsträgern gehörten die Energiewirtschaft, das Druckereigewerbe und die chemische Industrie.

Die Zahl kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die relativ hohe Arbeitslosigkeit wie ein Schatten über der Staatskanzlei liegt. Mit 10,7 Prozent im vergangenen Jahr verzeichnete Schleswig-Holstein erstmals zwar ein besseres Ergebnis als die anderen norddeutschen Länder Bremen, Hamburg oder Niedersachsen, doch lag sie immer noch über dem Bundesdurchschnitt (9,1 Prozent).

In der Entwicklung der Region setzt der Ministerpräsident auch auf die Zusammenarbeit mit Hamburg, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft die wirtschaftliche Erholung dank günstiger Bedingungen Formen annimmt. „Wir sind uns aber darüber im klaren, daß es sich nur um ein Strohfeuer handeln kann, wenn sich nicht auch das Klima in der Hansestadt verändert“, formulierte Barschel die gegenseitige Abhängigkeit der beiden Bundesländer.

In dem Bewußtsein, die Zukunft des kleinen Bundeslandes hänge auch wesentlich vom Meer ab, ist es Westphal eine „Herzensangelegenheit“, maritimes Denken in der Bundesrepublik Deuschland zu wekken. Die Errichtung einer Meereswirtschaftskommission beim Bundeswirtschaftsminsterium, eine Kieler Anregung aus dem vergangenen Jahr, läßt bei Westphal Hoffnung keimen. Unterstützung erhält er von Bundeswirtschaftsminister Bangemann, der kürzlich auf einem Meeressymposiumin Bonn die Notwendigkeit einer in sich geschlossenen Meereswirtschaftspolitik hervorhob. Unter Hinweis auf Wachstumsraten von mehr als zehn Prozent bei der Meerestechnik wies Bangemann auf die Chancen bei der Nutzung der Ozeane hin, die die Bundesrepublik als eine der führenden Industrienationen nicht verspielen dürfe.

Weniger glücklich sieht es um die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen wie Max-Planck-Institute oder Forschungsstätten der Fraunhofer-Gesellschaft aus. Barschel unterläßt keine Gelegenheit, auf die seiner Meinung nach sträfliche Vernachlässigung des Nordens gegenüber dem Süden durch Bonn hinzuweisen. Harsch formulierte er wiederholt an die Adresse Bonns, von einer „uns jetzt befreundeten Bundesregierung“ erwarte er mehr Verständnis. Ein Wunsch, der – wie Kultusminister Bendixen mit Forschungsminister Riesenhuber erfuhr – vorerst wenig Aussicht auf Realisierung hat.

Die Hauptlast und Meßlatte für die Politik der Landesregierung ist und bleibt aber das Problem der Arbeitslosigkeit. Die SPD unter Führung des Parteivorsitzenden Günther Jansen und des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kieler Landtag, Björn Engholm, werden die Finger auf diese Wunde legen.

Die Beratungen auf dem SPD-Parteitag am Wochenende in Reinbek, in dessen Mittelpunkt ein wirtschaftliches Programm unter der Überschrift „Zukunft der Arbeit“ stand, signalisieren die Bemühungen der SPD, verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Mit dem Programm, das eine an soziale, demokratische und ökologische Gesetzmäßigkeiten ausgerichtete Volkswirtschaft zum Ziel hat, soll das Vertrauen in die wirtschaftliche Kompetenz der Partei wiederhergestellt werden. Angesichts solcher Vorhaben für das Programm stellt sich allerdings die Frage, ob das Wort Ökonomie aus dem Vokabular der SPD Schleswig-Holsteins ganz gestrichen worden ist.

Auch die Finanzierung einer sozialdemokratisch ausgerichteten Politik hat die SPD geklärt: Über eine Änderung des Steuer- und Abgabenrechts sollen die Unternehmen stärker belastet werden. Ein Programm, das mit dem Etikett „neu“ versehen wurde, ohne im Prinzip Neues zu bieten.

Trotzdem – in Schleswig-Holstein wie anderswo – muß die CDU den Beweis erbringen, daß ihr Konzept den wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Das Schlagwort der SPD „Was nützt ein Aufschwung, der am Arbeitsmarkt vorbeigeht?“ könnte sonst verhängnisvolle Folgen haben.

Heidemanns Verteidiger wollen dem „Stern“ keine Ruhe geben

Auch nach dem Urteil geht die Affäre um die gefälschten Hitler-Tagebücher weiter

UWE BAHNSEN, Hamburg

Nach der Urteilsverkündung im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher ist die juristische Aufarbeitung des Skandals bei weitem noch nicht beendet. Im Anschluß an den Spruch der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts werden sich weitere Gerichte mit der Materie zu befassen haben. Insofern dürfte die Hoffnung der „Stern“-Redaktion und des Vorstandes im Verlagshaus Gruner + Jahr, mit dem Urteil sei zugleich ein Schlußstrich unter die gesamte Affäre gezogen worden, nicht sonderlich realistisch sein.

„Stern“-Chefredakteur Rolf Winter hat es in einer Erklärung zu den Urteilen gegen Heidemann, Kujau und Edith Lieblang als selbstverständlich bezeichnet, daß die Redaktion das gesamte Urteil respektiert. Das gelte auch für die Teile der Urteilsbegründung, in denen dem „Stern“ und dem Verlag Gruner + Jahr leichtfertiges Handeln angelastet wird. Der „Stern“ habe sich gleich nach dem Bekanntwerden der Fälschung und während des Strafverfahrens zu seinem eigenen Fehlverhalten bekannt und sich dafür öffentlich entschuldigt. Die Redaktion habe aus diesen Fehlern die notwendigen Schlüsse gezogen, um einer Wiederholung vorzubeugen.

„Das wird unangenehm“

Winter fügte hinzu: „Der ‚Stern‘ bedauert, daß er den Journalismus in Mißkredit gebracht hat.“ Dennoch teile die Redaktion jedoch die Ansicht des Gerichts, daß es sich bei dem Prozeß um ein Betrugsverfahren gegen zwei Angeklagte und nicht gegen den „Stern“ oder das Haus Gruner + Jahr gehandelt habe.

Während die Verteidiger der beiden Hauptangeklagten Heidemann und Kujau unmittelbar nach der Urteilsverkündung Revision angekündigt hatten, beriet die Staatsanwaltschaft gestern vormittag noch darüber, ob auch sie in die Revision gehen wird. Staatsanwalt Dietrich Klein erklärte: „Gründe gibt es genug.“ Die Anklagevertretung denke sehr intensiv darüber nach, ob auch sie die Urteile anfechten soll. Wie berichtet, hatte die Staatsanwaltschaft mit sieben Jahren Freiheitsstrafe für Heidemann und sechs Jahren für Kujau erheblich höhere Strafen beantragt, als vom Gericht verhängt worden sind. Die Anklagebehörde war von einem besonders schweren Fall von Betrug ausgegangen. Die Verteidiger sind demgegenüber der Auffassung, daß die Strafkammer ihre Aufklärungspflicht nicht ausreichend nachgekommen und bei der Beurteilung der Tatbestände Rechtsirrtümern erlegen sei.

Unabhängig vom weiteren strafrechtlichen Verlauf des Falles werden auch die zivilrechtlichen Auseinandersetzungen in dieser Sache weitergehen. Heidemann hatte unmittelbar nach seiner Kündigung auf Wiedereinstellung geklagt. Bislang hatte das Verfahren angesichts des Strafprozesses geruht. Die Verteidiger des Ex-Reporters wollen diesen Prozeß energisch weiterbetreiben. Heidemann-Anwalt Holger K. Schröder prophezeite dem „Stern“ in dieser Sache herbe Erfahrungen. Gegenüber der Nachrichtenagentur AP erklärte der Anwalt: „Das wird höchst unangenehm für den ‚Stern‘. Das Magazin wird nicht die erhoffte Ruhe haben. Wir werden all das zur Sprache bringen, was zum Teil auch im Strafprozeß eine Rolle gespielt hat – zum Beispiel die Mitverantwortung des ‚Stern‘ und die erheblichen Verfehlungen des Magazins gegenüber Heidemann.“ Der Verlag Gruner + Jahr hingegen will auf dem Wege einer eingereichten Widerklage im Kündigungsschutzprozeß die Rückzahlung von rund 1,5 Millionen Mark an Honoraren erreichen, die Heidemann ausgezahlt worden waren. Darüber hinaus will der Verlag auf der Grundlage des Strafurteils gegen den früheren „Stern“-Reporter eine Schadensersatzklage auf die Beträge anstrengen, die Heidemann nach den Feststellungen der Strafkammer 11 „abgezweigt“ hat.

Die nur zum Teil beantwortete Kardinalfrage nach dem Verbleib der insgesamt 9,34 Millionen Mark Verlagsgelder, die Heidemann zur Beschaffung der Tagebücher ausgezahlt worden waren, bleibt ebenfalls auf der Tagesordnung. Nach den überschlägigen Berechnungen der Strafkammer ist die eine Hälfte dieses Betrages Kujau zugeflossen, die andere Hälfte hingegen bei Heidemann geblieben. Gerichtlich festgestellt worden sind jedoch bei beiden Angeklagten nur jeweils die Hälfte dieser Beträge, also pro Kopf ein Viertel der Gesamtsumme. Daraus ergibt sich, daß eine weitere Hälfte oder 9,34 Millionen Mark auch für staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Nachforschungen unerreichbar verschwunden ist.

Erste Spuren gefunden

Verlag und „Stern“-Redaktion suchen nach diesem Geld und haben einer Äußerung des „Stern“-Prozeßbeobachters Heiner Bremer zufolge bereits erste Spuren in Südamerika und Spanien gefunden. Von dem Geld selbst habe man jedoch „noch keinen Pfennig wiedergesehen“. Staatsanwalt Dietrich Klein hatte in seinem Plädoyer auch die mutmaßlichen derzeitigen Vermögensverhältnisse Heidemanns und Kujaus beleuchtet und war zu dem Schluß gekommen, es handele sich um „reiche Angeklagte“.

Weitere zivilrechtliche Auseinandersetzungen können sich an den Tagebüchern selbst entzünden, die gerichtlichen Feststellungen zufolge mittlerweile einen Eigenwert erlangt haben. Kujau: „Ich habe meine Arbeit erledigt. Die Tagebücher gehören mir, ich will sie zurück.“ Der „Stern“ hingegen will die Kladden, mit denen er sich für fast zehn Millionen Mark eine beispiellose Blamage eingehandelt hat, „sofort einstampfen lassen, wenn wir die Bücher wiederkriegen sollten“ - so „Stern“-Sprecher Heiner Bremer.

Sammlung soll FDP-Finanzen sanieren

Die Schatzmeisterin hofft auf Mitgliederspenden von 70 000 mal hundert Mark

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Stirn von FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer zeigt Sorgenfalten. Nach wie vor ist die Kasse der Bundespartei in einem desolaten Zustand. Daran hat auch eine vor rund einem Monat gestartete Spendensammelaktion unter den 70 000 Parteimitgliedern bisher nichts wesentliches geändert. Zwar waren die „Anfangsreaktionen recht gut“. So schrieb zum Beispiel eine Rentnerin sogar an Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Er möge bitte beigefügte 100 Mark weiterleiten, „weil wir die FDP doch brauchen“. Doch ist das Bonner Thomas-Dehler-Haus noch weit von dem hochgesteckten Ziel entfernt, von jedem Liberalen als Beitrag „zur Entschuldung der Bundespartei“ 100 Mark verbuchen zu können.

Mit der anvisierten Gesamtsumme von sieben Millionen Mark sollen die „unter einer zweistelligen Millionen-Zahl“ liegenden Schulden abgebaut werden. Ferner soll schon jetzt Kapital für den Bundestagswahlkampf 1987 angesammelt werden. Weil aber der erhoffte Spendenstrom aus der Basis noch eher plätschert, soll die Aktion bis zum Jahresende fortgesetzt werden. Der Parteitag hatte im Juni 1984 beschlossen, daß die Bonner Zentrale erstmals von jedem Mitglied pro Monat eine Mark erhält. Bis dahin hatte sich das Thomas-Dehler-Haus nur aus Spenden und der Wahlkampfkostenpauschale finanziert. Die darf aber nur bis zu 20 Prozent für den Haushalt benutzt werden.

Aufgrund der Flick-Affäre waren Großspenden insbesondere von der Industrie zunächst praktisch völlig ausgeblieben. Inzwischen gibt es wieder, wenn auch in geringem Umfang, Zuwendungen von mehr als 20 000 Mark. Die Schatzmeisterin setzt nun auf die Finanzierung nach dem Modell eines Tausendfüßlers. Ihr Wunsch: 70 000 mal 100 Mark. Sollte jedoch der Erfolg ausbleiben, so hatte sie ihren Vorstandskollegen bereits Ende Mai vorsorglich ankündigen müssen, seien bis Ende des Jahres „einschneidende Kürzungsmaßnahmen“ im Haushalt und im Thomas-Dehler-Haus unumgänglich.

Tatsächlich aber wurde der Haushalt bereits auf 5,6 Millionen Mark zusammengestrichen. Die Personaldecke in der Parteizentrale ist praktisch bis an die Grenze des Vertretbaren geschrumpft. Der Umfang des Mitgliedermagazins „Neue Bonner Depesche“ wurde schon um die Hälfte reduziert, ohne daß – wie es heißt – die Qualität gelitten habe. Es soll, so eine optimistische Einschätzung, sich sogar demnächst ohne Zuschüsse tragen können.

Hessische CDU klagt gegen Förderstufe

dg. Wiesbaden

Die hessische CDU will das von SPD und Grünen beschlossene Gesetz über die landesweite Einführung der Förderstufe für alle zehn- bis zwölfjährigen Kinder vom Staatsgerichtshof auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen lassen. Wie Generalsekretär Kanther erklärte, widerspreche das Gesetz sowohl der Verpflichtung des Landes, ein vielgestaltiges Schulangebot in der Mittelstufe bereitzuhalten, als auch dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Zuvor hatte bereits der Schuldezernent der CDU-regierten Stadt Frankfurt angekündigt, seine Stadt werde wegen ihrer Verfassungswidrigkeit keine einzige Förderstufe im Stadtgebiet schaffen.

Arbeitgeber für Selbstbeteiligung

dpa. Köln

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fordert die Eindämmung des Ausgabenanstiegs im Angebot an Gesundheitsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen. Bei mehr als 100 Milliarden Mark Ausgaben jährlich werde dadurch weder der medizinische Fortschritt, noch ein angemessenes Versorgungsniveau gefährdet. Die Versicherten müßten über die Kosten ärztlicher Leistungen unterrichtet werden, um ihr Kostenbewußtsein zu stärken. Eine prozentuale Selbstbeteiligung bei Medikamenten sei gerechter als generelle Beitragserhöhungen.

Gresmann nach Washington

DW. Baden-Baden

Der Fernseh-Chefredakteur und Hauptabteilungsleiter Politik vom Südwestfunk, Hans Gresmann (57), wird ab Anfang 1986 als Hörfunkkorrespondent des SWF nach Washington gehen. Gresmann scheide keineswegs im Unfrieden, hieß es auf die Frage, ob der Ortswechsel des Chefredakteurs mit einem dem Programmdirektor des SWF, Dietzer Ertel, mißliebigen Kommentar zusammenhänge, den Gresmann nach dem Mord an den Vorstandsvorsitzenden der Motoren- und Turbinen-Union, Ernst Zimmermann, verfaßt hatte. Darin hatte er von den Terroristen als einer „Gruppe verstörter Chaoten, denen Sympathie zukommen zu lassen einigen herausragenden deutschen Intellektuellen gewiß nicht zum Lob, sondern eher zur Schande gereicht“ gesprochen. In diesem Zusammenhang fielen die Namen Heinrich Böll, Robert Jungk und Walter Jens, denen Ertel einen Brief schrieb, in dem er sich für den Kommentar entschuldigte. Gresmann bestreitet einen „direkten“ Zusammenhang zwischen diesem Vorfall und dem Ortswechsel, gibt jedoch zu: „Aus meiner Sicht ist die Vertrauensgrundlage zwischen mir und Herrn Ertel für eine längere Zusammenarbeit nicht mehr tragfähig genug.“

Türkei liefert Celenk nicht aus

AP. Ankara

Die Auslieferung an Italien des zur Zeit in Istanbul inhaftierten Türken Bekir Celenk, der unter dem Verdacht der Beihilfe am Attentat Ali Agcas auf Papst Johannes Paul II. steht, ist von der türkischen Regierung abgelehnt worden. Die Ablehnung des italienischen Antrages wird damit begründet, daß die türkische Verfassung und das Strafgesetzbuch „eine Auslieferung eines türkischen Staatsbürgers in ein anderes Land unmöglich“ machten. Die italienische Staatsanwaltschaft hingegen beruft sich auf die internationale Konvention über die Bekämpfung des Terrorismus von 1977. Sie will ersatzweise den Türken im Rahmen des Papst-Prozesses als Zeugen unter Gewährung des freien Geleits nach Rom laden oder in der Türkei vernehmen.

Hamm-Brücher sucht bei Grünen Schützenhilfe

STEFAN HEYDECK, Bonn

Hildegard Hamm-Brücher (FDP) sieht wieder einmal die Rechte der Abgeordneten beschnitten. Hatte doch Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) den Parlamentariern am 12. Juni in einer Sechs-Zeilen-Mitteilung verkündet, daß persönliche Erklärungen nach Paragraph 31 der Geschäftsordnung künftig „grundsätzlich erst nach erfolgter Abstimmung“ im Plenum abgegeben werden dürfen. Das verärgerte die 64jährige, der dies „in der Hektik der letzten beiden Wochen“ entgangen war, so sehr, daß sie Jenninger am 26. Juni einen Protestbrief schickte.

Mehr noch: Ihrem Unmut machte sie auch schon bei den Grünen Luft. Die verstanden ihre Äußerungen, möglicherweise sogar das Bundesverfassungsgericht anzurufen, als „Bitte um Schützenhilfe“. So hatte die Parlamentarierin Jenninger zu einer Überprüfung aufgefordert, „bevor wir unseren Widerspruch und mögliche Initiativen bekanntmachen“.

Die Empörung von Hildegard Hamm-Brücher, die sich gern als Initiatorin und Sprecherin der „Initiative Parlamentsreform“ präsentiert, war dabei so groß, daß sie den Ältestensrat und nicht das von Jenninger ausdrücklich angeführte Präsidium verantwortlich machte. Mit dem Beschluß, meinte sie, werde „eines der wenigen Individualrechte des Abgeordneten unterlaufen“ und eine „gewissenhafte Ausübung des Mandats unmöglich“ gemacht. Denn künftig könne ein Parlamentarier nach Abschluß der Debatte und vor der Abstimmung seine Argumente nicht mehr vortragen „und unter Umständen andere Abgeordnete von ihrer Richtigkeit überzeugen“.

Bonn will den Status der Türken weiter verbessern

Allerdings kein „ungesteuerter Zuzug“ / Kohl in Ankara

STEFAN HEYDECK, Bonn

Werden Türken, die in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten kommen wollen, aufgrund des EG-Assoziierungsabkommens von 1964 vom 1. Dezember 1986 an die gleichen Rechte haben wie die Bürger anderer Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft? Diese Frage steht im Vordergrund der Gespräche, zu denen Bundeskanzler Helmut Kohl gestern nach Ankara gereist ist. Allerdings hatte Regierungssprecher Friedhelm Ost bereits erklärt, Bonn werde einen „völlig ungesteuerten Zuzug“ nicht zulassen. Die Bundesregierung signalisierte jedoch ihre Bereitschaft, den Status der hier lebenden Türken weiter zu verbessern. Eine Neuregelung der Freizügigkeitsfrage kann aber nur durch Beschluß des EG-Assoziierungsrates herbeigeführt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es gegenwärtig rund 1,4 Millionen Türken. Das sind rund 85 Prozent aller in den EG-Staaten lebenden Türken. Sie haben nach dem 21 Jahre alten Abkommen bei ihren Arbeits- und Lebensbedingungen eine Mittelstellung zwischen Bürgern aus EG-Staaten und denen aus Drittländern. Die Vereinbarung, die an die Artikel 48 bis 50 des EWG-Vertrags gelehnt ist, sieht nicht nur nach Bonner Auffassung aber nicht vor, daß Türken von Ende 1986 an automatisch volle Freizügigkeit in der EG genießen.

Vielmehr sollte nach einem Beschluß des Assoziierungsrates aus dem Jahre 1980 eine Überprüfung der Regelungen mit dem Ziel erfolgen, Ende 1983 Lösungsansätze vorzulegen. Die sollten dann drei Jahre später mit Ablauf der Vereinbarung von 1964 in Kraft treten. Allerdings hat das Gremium, dem auch die Türkei angehört, seit dem Antritt der Militärregierung in Ankara nicht mehr darüber verhandelt.

Alle Seiten sind sich jedoch einig, rechtzeitig vor dem 1. Dezember nächsten Jahres eine Lösung herbeizuführen. Dabei will Bonn die Voraussetzungen für den Neuzuzug so geregelt wissen, daß sie dem deutschen Ausländerrecht entsprechen und nicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder geändert werden müssen. Ankara hat ein Verständnis für diese Haltung erkennen lassen. Man ist dort auch zu einer Verschiebung des festgelegten Datums bereit.

Zu den Bonner Vorstellungen, die möglicherweise in Verhandlungen mit Ankara umgesetzt werden können, gehören neben einer Besserstellung der hier lebenden Türken in den Arbeits- und Lebensbedingungen:

- Besserer Zugang aller Türken zum Arbeitsmarkt, die legal in der Bundesrepublik Deutschland sind.
- Vorrang türkischer Bewerber gegenüber Bürgern aus Drittstaaten bei neuen Anwerberungen.
- Weitere Gestattung des Familiennachzugs im Rahmen der nationalen Regelung. Allerdings soll das Nachzugsalter für Kinder nicht über 16 Jahre hinaus angehoben werden.

Nach bisherigen Erkenntnissen stimmt die EG-Kommmission weitgehend mit den Bonner Überlegungen überein. Ein Bonner Alleingang ist jedoch trotz bilateraler Gespräche nicht möglich, weil die EG-Kommission Verhandlungsführerin ist. Sie muß also dem Brüsseler Rat ein Konzept zur Billigung vorlegen.

Der Umweltschutz ist kein Tabu mehr

H.-R. KARUTZ, Berlin

Es war die Spitzenmeldung aller „DDR“-Sender am Dienstag morgen: Umweltminister Hans Reichelt habe sich in Helsinki erneut verpflichtet, den Schwefeldioxydausstoß der „DDR“ bis 1993 um 30 Prozent zu senken. Ost-Berlin halte daran fest, die „Ökologie nicht der Ökonomie“ zu opfern.

Diese betonte Herausstellung des Umweltschutzes und das Aufgreifen westlicher Begriffsgegensätze wie Ökologie und Ökonomie signalisiert, daß die SED längst erkannt hat, was auch in ihrem Land die Stunde geschlagen hat. Der Auftritt von Reichelt auf der internationalen Umweltschutzkonferenz in Helsinki beweist, daß die Partei (Reichelt selbst gehört allerdings der „DDR“-Bauernpartei an) das Thema „besetzen“ und somit der bisher fast exklusiv vorhandenen sachverständigen Erörterung durch kirchliche Kreise und Forschungseinrichtungen mehr und mehr entziehen will.

Der Oberschlesier Reichelt – nach Außenminister Fischer der Ostberliner Ressortchef mit den meisten West-Gesprächspartnern gab in Finnland zwei bemerkenswerte Aussagen zu Protokoll:

Er machte indirekt die Rüstungsausgaben, die auch der „DDR“ in wachsendem Maße auferlegt sind, für einen noch weit entfernten umfassenden Umweltschutz in der „DDR“ mitverantwortlich. Zum anderen äußerte Reichelt die Auffassung, die „DDR“-Probleme unterschieden sich wesentlich von denen in westlichen Industriestaaten Europas:

Im Westen seien „vor allem Stickoxide in Verbindung mit der Ozonentwicklung“ an den Waldschäden schuld. In der „DDR“ müsse man dafür die Schwefeldioxyd-Belastung verantwortlich machen. Besonders aufschlußreich war Reichelts Finanz-Argument, bei dem er die Vokabel „Hochrüstung“ nicht mit dem sonst üblichen Vorsatz „NATO-“ versah. Reichelt stellte fest: „Schon die gegenwärtige Hochrüstung fügt der Natur wachsende Schäden zu und verhindert die Verwirklichung längst herangereifter Programme zum Umweltschutz.“

Diese Passage in der vom „Neuen Deutschland“ wörtlich wiedergegebenen Reichelt-Rede kann wohl nur so interpretiert werden, daß Ost-Berlin sehr wohl („herangereift“) wisse, wie man wirksameren Umweltschutz leisten könne, werde aber durch erhöhte Militärausgaben für die Volksarmee und die sowjetischen Truppen im Lande daran gehindert, ihn umfassender als bisher zu leisten.

Bericht aus Mitteldeutschland

Die Ankündigung des Ministers, die „DDR“ werde ihren Schwefelausstoß um 30 Prozent senken, klingt äußerst postiv, relativiert sich aber sogleich: Dies soll bis 1993 geschehen und überdies wiederholte Reichelt damit lediglich eine Zusage der „DDR“ und der UdSSR auf der Umweltschutzkonferenz im Sommer 1984. Der sach- und fachkundige Minister hatte schon früher öffentlich eingeräumt, daß die „DDR“ bisher über kein allenthalben industriell einsetzbares und finanziell vertretbares Rauchgas-Wäscheverfahren verfügt.

Daß Mitteldeutschland und vor allem die Industriereviere von Halle, Bitterfeld, Leuna, Leipzig, Zwickau und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) negatives „Weltniveau“ darstellen, erweist sich aus den Zahlen: Westliche Experten rechnen damit, daß die „DDR“ ihren Jahresausstoß von Schwefeldioxyd zwischen 1980 und 1985 von fünf auf 5,5 Millionen Tonnen erhöhte.

Die versprochene Senkung um 30 Prozent würde dazu führen, daß selbst 1993 noch rund 3,5 bis 3,8 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd jährlich in die Atemluft abgegeben und besonders das fränkische Gebiet und West-Berlin belasten werden. Für Berlins Umweltschutzsenator Horst Vetter (FDP) gilt die Faustregel, daß 40 Prozent des Berliner Drecks aus den „DDR“-Braunkohlekraftwerken mit ihrem von Jahr zu Jahr schwefelhaltigeren Rohstoff stammen.

Vergleicht man Reichelts Ankündigung – auf 3,5 Millionen Jahres-Tonnen SO_2 umgerechnet – mit der Bundesrepublik, so käme die „DDR“ 1993 auf den Wert, der schon 1980 für die Bundesrepublik galt. Dieser Anteil soll aber – eines der Ziele der Umweltschutzpolitik aus dem Hause Zimmermann – bis 1988 halbiert werden. Folglich stünden in drei Jahren 1,5 Millionen Tonnen West-Schwefel selbst fünf Jahre später noch mindestens 3,5 Millionen Tonnen Ost-Schwefel gegenüber – mit allen Folgen für die Natur beiderseits der Grenze.

Auf diesem Gebiet zu wesentlich günstigeren „DDR“-Werten zu gelangen, die vor allem früher als geplant auch mit westlicher Finanzhilfe erreicht werden – dürfte in nächster Zeit zu den wichtigsten deutsch-deutschen Themen zählen. Ein bereits vereinbarter Besuch von Innenminister Friedrich Zimmermann bei Reichelt steht noch aus und könnte noch 1985 erfolgen.

Warschau lehnt Kohls Vorschlag ab

dpa, Warschau

Der polnische Regierungssprecher Jerzey Urban hat den Vorschlag von Bundeskanzler Kohl zur Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks abgelehnt. Urban machte den Jugendaustausch vom Stand der politischen Beziehungen zwischen Bonn und Warschau abhängig. Wer auf der Grundlage des Vertrages von 1970 wirklich eine Wende in den Beziehungen wolle, würde sich statt ständiger Reden um die Jugendarbeit eher darum bemühen, „in der Bundesrepublik alle Hindernisse zu beseitigen, die Fortschritte auf diesem Gebiet möglich machen“.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Ankara will Transitweg durch Bulgarien meiden

Reaktion auf Unterdrückung der türkischen Minderheit

E. ANTONAROS, Athen

Lubomir Gabrowski mußte in aller Eile seine Koffer packen und sein Gastland überstürzt verlassen. Der Türkei-Korrespondent der offiziellen bulgarischen Nachrichtenagentur BTA ist das vorläufig letzte Opfer im Nervenkrieg zwischen Sofia und Ankara über das Schicksal der türkischstämmigen Minderheit Bulgariens.

Die Türken entzogen Gabrowski die Arbeitsgenehmigung, weil Sofia der halbamtlichen Agentur Anadolu Ajansi die Akkreditierung eines Korrespondenten seit Monaten verweigert, obwohl ein vor Jahren unterzeichnetes Abkommen den Austausch von Berichterstattern regelt.

Gabrowskis Ausweisung verdeutlicht den türkischen Ärger über die systematische „Bulgarisierung" der auf mindestens 800 000 geschätzten Moslems Bulgariens. Aber gleichzeitig zeigt sie auch Ankaras Ohnmacht: Alle Appelle der Türken an die Weltöffentlichkeit, ja auch an die Adresse Moskaus, blieben erfolglos. Sofia scheint entschlossen, diese Minderheit (zehn Prozent seiner Bevölkerung) statistisch auszumerzen.

Daher wollen die Türken ihrerseits konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen, zumal zahlreiche diplomatische Protestnoten nichts bewirkten: Sie suchen Transitwege für ihre Gastarbeiter (die von den bulgarischen Behörden häufig schikaniert werden) und ihren umfangreichen Lastwagenverkehr außerhalb Bulgariens. Vorgespräche mit Rumänien fanden bereits statt. Erwogen wird die Einrichtung einer Fährverbindung zwischen der türkischen Schwarzmeer-Küste und einigen rumänischen Häfen.

Der einheitliche Staat

Darüber hinaus hat das türkische Energieministerium bekanntgegeben, daß die Türkei bis 1987/88 autark in der Stromversorgung sein wird und daher auf devisenkostende Stromlieferungen aus Bulgarien verzichten wird.

Hatten die bulgarischen Behörden noch vor einigen Monaten lediglich die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die „Türken" dementiert, so sind sie neuerdings dazu übergegangen, sogar die Existenz einer türkisch-stämmigen Minderheit gänzlich zu bestreiten. Immer wieder ist in letzter Zeit von einem „einheitlich nationalen Staat" die Rede, in dem es angeblich keine Minderheiten gibt.

Die Bulgaren nutzen diese neue Einstellung zweifellos als Alibi, um den Türken die Entsendung von Journalisten, Diplomaten oder sonstigen Beobachtern in die vorwiegend von Moslems besiedelten Gebiete zu verweigern.

Gleichzeitig interpretieren westliche Diplomaten in Sofia diesen Schwenk in der Haltung Bulgariens jedoch als einen sicheren Hinweis darauf, daß die Ende 1984 in die Wege geleiteten Unterdrückungsmaßnahmen – also die Abschaffung der türkischen Sprache in den Schulen und im Rundfunk, die Umsiedlung von Moslems und die unter Zwang erfolgte Annahme von bulgarisch klingenden Namen – weitgehend abgeschlossen zu sein scheinen.

Namen verändert

Sofias im Eiltempo vorangetriebene Assimilationspolitik, die auf eine innenpolitische Unsicherheit dieses treuen Moskau-Verbündeten hindeutet, macht auch Ankaras Bereitschaft gegenstandslos, die meisten türkisch-stämmigen Bulgaren aufzunehmen. Denn für die bulgarischen Behörden gibt es mittlerweile weder Türken noch Moslems, sondern lediglich Bulgaren, die nicht das Recht besitzen, ins Ausland zu emigrieren.

Die „Bulgarisierung" hat rechtzeitig vor Beginn der noch 1985 fälligen Volkszählung stattgefunden, die auf Wunsch von Staats- und Regierungsspitze eine moslemische Minderheit nicht erfassen soll. Ähnlich ist Sofia vor Jahren mit den im Pirin-Gebiet lebenden Bulgaren umgegangen, die sich bis 1964 Mazedonier nennen durften. Beschleunigt wurde die Anwendung der Zwangsmaßnahmen gegen die türkisch-stämmigen Bewohner allerdings auch aus einem weiteren Grund: Die unterdrückte Minderheit wehrte sich vor allem gegen die erzwungene Namensänderung.

Ob die zahlreichen Bomben- und Brandanschläge in den letzten Monaten das Werk von aufsässigen Moslems sind, konnten die bulgarischen Behörden bisher nicht feststellen. Sofias Generalstaatsanwalt Kostadin Ljutow hat – anders als sonst im Ostblock üblich – zugegeben, daß es seit dem Sommer 1984 bei Terroranschlägen 30 Tote gab. (SAD)

Neues Verständnis Paris–Madrid

Zusammenarbeit soll deutsch-französischem Muster folgen / Der Besuch Juan Carlos'

A. GRAF KAGENECK, Paris

Spanien und Frankreich wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen und institutionalisieren. Eine entsprechende Erklärung wurde gestern in Gegenwart des spanischen Königs Juan Carlos und Präsident Mitterrands von den Außenministern beider Länder, Francisco Fernández Ordóñez und Roland Dumas, in Paris unterzeichnet. Die engere Kooperation soll sich am Vorbild Frankreich/Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich/Großbritannien orientieren. Der Unterzeichnungsakt war der Höhepunkt eines Staatsbesuches des Monarchenpaares in Frankreich.

Bei einem Empfang hatte Mitterrand die Tatsache gewürdigt, daß Juan Carlos Frankreich zum Ziel seines ersten Staatsbesuches nach dem EG-Beitritt seines Landes gewählt hatte. Er sehe darin einen symbolischen Akt für den „Beginn einer neuen Epoche für Europa". Auf französisch-spanische Schwierigkeiten der letzten Jahre eingehend fügte der Präsident hinzu: „Wir haben gemeinsam einer Mißlichkeit ein Ende setzen und unsere beiden Völker wieder zusammenführen können, denn sie sind dazu da, sich zu verständigen. Unsere Beziehungen können sogar beispielhafter Natur werden."

Der König antwortete: „Ich schätze mich glücklich, die immer tiefer werdende Entente unserer beiden Völker bekräftigen zu können." Zeitgleich mit dem Besuch unterzeichneten die Verteidigungsminister Hernu und Serra im Mittelmeerort Palamos ein Abkommen über eine engere militärische Zusammenarbeit.

Im Vorfeld des Besuches waren in der Presse der beiden Länder keineswegs optimistische Töne über die Beziehungen angeschlagen worden. Das spanisch-französische Verhältnis war jahrelang äußerst angespannt und verbesserte sich erst, als Frankreich zwei Hindernisse beseitigt hatte: Das Veto aller französischen Staatspräsidenten seit de Gaulle gegen einen EG-Beitritt Spaniens und die französische Weigerung, Angehörige der baskischen Terrororganisation ETA-militar, die sich auf französischen Boden flüchteten, an Spanien auszuliefern.

Im Dezember 1983 hatte eine Übereinkunft zwischen Spaniens Ministerpräsident González und seinem Parteifreund Mitterrand ein Einlenken Frankreichs in der baskischen Frage bewirkt. Kurze Zeit später stemmte sich Paris auch nicht mehr gegen einen spanischen EG-Beitritt. Zwischenfälle zwischen spanischen Fangschiffen und französischen Kanonenbooten in den französischen Fischereizonen des küstennahen Atlantik sowie Zusammenstöße zwischen französischen Bauern und spanischen Gemüselastwagen in Südfrankreich haben die Spannung seitdem immer wieder erhöht, deutlich abzulesen an der antifranzösischen Haltung bei Meinungsumfragen.

Frankreichs Interesse ist und war es indes immer, Spanien zu einem bevorzugten Partner in Europa zu machen. Schon de Gaulle führte wie jetzt Mitterrand und sein Premier Fabius zwei Gründe an: Eine Verstärkung des „lateinischen Elements", um die Gemeinschaft einem industriell und bevölkerungsmäßig starken Norden gegenüber besser auszulasten und eine enge französisch-spanische politische und militärische Zusammenarbeit im westlichen Mittelmeer und seinem nordafrikanischen Vorfeld.

Der Thatcher-Effekt verbraucht sich

Niederlage bei der Nachwahl als Beispiel / Eine „weichere Linie" bei der Ausgabenpolitik?

REINER GATERMANN, London

Was bis zum Ende des fast einjährigen Bergarbeiterstreiks im März 1985 als eine ihrer stärksten Seiten angesehen wurde, scheint der britischen Premierministerin Margaret Thatcher jetzt zur Belastung zu werden: Ihre Entschlossenheit, schnurstracks gesetzte Ziele anzustreben, sich keinem äußeren Zwang zu beugen, ihre Aversion gegenüber politischen Kompromissen.

Bei den letzten beiden Parlamentswahlen verhalf dieser „Thatcher-Effekt" den Konservativen zum Sieg. Bei der Nachwahl im walisischen Brecon and Radnor wurden erstmals vorsichtig Stimmen laut, die ihm die Schuld an der Niederlage geben. Die kompromißlose harte Linie der „Eisernen Lady" scheint einen Großteil ihrer Wähler und Parteianhänger zu überfordern.

Statistisch ist der Verlust von Brecon und Radnor bedeutungslos; psychologisch hat das Ergebnis jedoch wichtige Signale gesetzt. Die Sozialdemokratisch-Liberale Allianz, 1981 gebildet, feiert den Sieg sowohl über die Konservativen als auch über Labour „als Aufbruch zu neuen Ufern". Im Siegesrausch sprechen einige nicht mehr alleine von der „nicht mehr wegzudenkenden dritten Kraft in der britischen Politik", sondern richten ihren Blick bereits auf 10, Downing Street, den Sitz des Regierungschefs. Die Eroberung dieses walisischen Sitzes ist für sie der Beweis, daß der Wähler die Allianz akzeptiert hat. Damit dürfte eine wichtige Schwelle überschritten sein.

In Brecon waren es frühere Torywähler, die der Allianz zum Sieg verhalfen. Im Vergleich zu den beiden Mitbewerbern engagierte sich die konservative Parteiführung nur zurückhaltend im Wahlkampf, die Premierministerin ließ sich überhaupt nicht sehen und hielt es bisher auch nicht für nötig, das Resultat zu kommentieren. Die Abgeordneten ihrer Partei, die bei ihrer Neuwahl ihr Mandat in Gefahr sehen, werden sich vermutlich stärker als bisher zu Wort melden. Sie werden von „denen da oben" mehr Rücksicht auf ihre Belange fordern. Unzufrieden sind sie vor allem mit der Argumentation der Regierung, real sei vieles in Großbritannien auch im sozialen Bereich unter den Konservativen besser geworden. Wenn dem so sei, warum gelingt es dann den Ministern nicht, dies dem Bürger zu verdeutlichen, und dessen Vertrauen zurückzugewinnen, fragen sie immer heftiger.

Morgen wird man vielleicht ablesen können, ob das Desaster von Brecon das Kabinett beeindruckt hat. Dann werden die Grundlinien für das kommende Haushaltsjahr festgelegt. Schatzkanzler Nigel Lawson kündigte für seine Ausgabenpolitik „einen Mittelweg" an. Was von Verfechtern einer „weicheren Linie" als „erstes Zeichen einer Wende" gesehen wird, wurde von Kabinettsmitgliedern und Anhängern des Thatcherismus als „es wird keine U-Kurve geben" abgetan. Ihr Rezept für die nähere Zukunft lautet: „Nur keine Panik", bis zur nächsten Wahl seien es immerhin noch gut zwei Jahre.

Vietnam sucht Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Die Ideologie bleibt bestimmend / Massive östliche Hilfe

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Nichts drückt die vietnamesischen Parteiführer mehr als die desolate Wirtschaftslage. Würde der sozialistische Block nicht Jahr um Jahr über eine Milliarde US-Dollar allein an Wirtschaftshilfe geben, müßte Hanoi den Bankrott erklären. Die Auslandsverschuldung steigt. Deren Dollarwert beträgt etwa sechs Milliarden (1,5 Milliarden in Hartwährung, 4,5 Milliarden in nichtkonvertibler Währung). Die Devisenreserven werden auf bloß 14 Millionen geschätzt.

Hanois Strategen sind sich einig, daß was geschehen muß. Nur wie und was, daran scheiden sich die Geister. Da ist die Gruppe der Pragmatiker. Sie mag die richtigen Ideen haben, doch muß sie sich zurückhalten, um nicht in den Verdacht reaktionärer Gedanken zu geraten. Zu ihr scheinen Planungschef Vo Van Kiet und dessen Vorgänger Nguyen Lam zu gehören. Lam ist jetzt ZK-Mitglied. Als er Planungschef war, hatte er gewagt, die Sowjets zu kritisieren und ein „neues Wirtschaftssystem" zu fordern.

Auf der anderen Seite stehen die betagten Revolutionäre die sich als Bannerträger des „reinen Sozialismus" sehen, ihnen voran Parteichef Le Duan und Staatsratsvorsitzender Truong Chinh. Sie haben das letzte Wort, wie sich am 17. Juni zeigte: Das achte Plenum des 5. Zentralkomitees beschloß die „absolute Abschaffung des Bürokratismus und der Subventionierung von Preisen und Löhnen".

Ende des Bürokratismus

Die Propagandisten feiern diesen Beschluß als „historischen Schritt". Er soll die Wirtschaft auf „sozialistische Rechnungsführung" umstellen. Zu Ende sei die Ära des „zentralen Bürokratismus". Gepriesen wird die „Rückkehr zum demokratischen Zentralismus". All das sind Begriffe, die im Dunst ideologischer Visionen verschwimmen. Der Plenumsbeschluß liefert weder Definitionen noch erklärt er, auf welchen Wegen und mit welchen Instrumenten die verschiedenen Forderungen erfüllt werden können.

Staatsbetriebe und Kollektive sollen mehr produzieren und die Qualität verbessern, sie sollen mehr investieren und ihre Anlagen renovieren, sie sollen, nach einem Parteierlaß vom 15. Juni, mehr für den Export produzieren. Sie haben die Pflicht, ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen, da das derzeitige Lohnniveau „keinen Anreiz zur Arbeit" mehr biete. Das ist gewiß der Fall. In den letzten drei Jahren stieg die Inflation zwischen 50 und 70 Prozent pro Jahr. Die Löhne stagnierten.

In manchen Staatsbetrieben wurde statt in Geld, in Coupons gezahlt, auf die der Staat die Ausgabe genau bestimmter Mengen und Arten von Gütern des täglichen Lebens versprach. Oft reichte es nicht mal dazu.

Gegen Liberalisierung

Der Staat mußte Coupons rückkaufen. Da er kein Geld hat, wurde Geld gedruckt. Fortan soll nur noch in Geld gezahlt werden. Was kommt da jetzt auf die Betriebe zu? Banken sind aufgerufen, Kredite nur an „profitable" Unternehmen zu gewähren. Welche Unternehmen aber sind profitabel?

Parteikader sind aufgerufen, Produktionsabläufe zu analysieren und Kosten zu erfassen. Nach welchen Kriterien wollen sie Güter und Leistungen bewerten? Nicht der Markt ist es, sondern der Staat, der Produktion und Verteilung bestimmt. Begriffe wie Angebot und Nachfrage bleiben ideologische Häresie.

Fest steht nur eins: Die Staatsunternehmen und Kollektive müssen sich etwas einfallen lassen, wollen sie die Einstellung der Staatszuschüsse überleben. Der Rahmen eigener Aktionsfreiheit bleibt beschränkt. Der Plenumsbeschluß zeigt nicht in Richtung Liberalisierung, im Gegenteil. Er soll die Wirtschaft zum Sozialismus führen. Klassenkampf und Ausrottung der privaten Kapitalisten bleiben ideologische Imperative. Dazu gehört die Wachsamkeit vor „innerer und äußerer Sabotage".

All das läßt sich kaum mit der „dringenden Notwendigkeit" vereinbaran, Profite zu erwirtschaften und die Staatskasse zu füllen. Hanoi hat offensichtlich keinen Deng Xiaoping wie China. Für die betagten Revolutionäre ist China ein Feind, ein Revanchist, ein Reaktionär. Seinem Vorbild einer Modernisierung der sozialistischen Wirtschaft nachzueifern, wäre ideologischer Verrat. Die Pragmatiker mögen da anders denken.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 4', Telex 8 85 714

Computer einsetzen

„Wie viele Deutsche sind wirklich arbeitslos?"; WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

aus eigener Erfahrung und Recherchierung muß ich feststellen, daß bei ein Großteil von Arbeitssuchenden die „Arbeitsunwilligkeit" etwas gefördert wird.

Die zur Verfügung stehenden Computer werden nicht in den Prozeß der Arbeitsvermittlung eingeschaltet. Vielmehr werden die Arbeitssuchenden von den einzelnen Sachbearbeitern in Karteien geführt. Bei dieser Arbeitsmethode ist es mehr als verständlich, daß die Mitarbeiterin nicht alle im Kopf haben kann.

In Berlin gibt es 138 arbeitslose Tischler. Seit 14 Tagen sollte ein Tischler vermittelt werden. Erhalten aber hat der Betrieb ganze acht Empfehlungen, und davon vier telefonische Bewerbungen.

Bei genauester Programmierung eines Computers mit einem angeschlossenen Drucker könnte täglich, je nach Eingang der Anfragen von Arbeitgebern, der gesamte Bestand „durchgeforstet" werden. Eine Vermittlung seitens des Mitarbeiters vom Arbeitsamt auf manuelle Art und Weise ist unmöglich. Die Arbeit ist schwerfällig, und darin liegt auch der Grund, warum viele nicht vermittelt werden und in „Vergessenheit" geraten. Die Arbeitslosigkeit kann nur durch drei Punkte stark abgebaut werden:

1. Mit Hilfe des Computers und Ausdruckers muß jeder Arbeitssuchende sofort einem Arbeitgeber auf dessen Anforderung gemeldet werden. Den Mehraufwand muß das Unternehmen einfach aus Solidaritätsgründen schlucken.

2. Nach spätestens sechs Wochen Arbeitslosigkeit muß die Arbeitslosengeldzahlung sich nicht mehr nach dem letzten Stundenlohn, sondern nach dem Tariflohn richten.

3. Jeder Arbeitslose, der kurz vor der Arbeitslosenhilfe steht, muß an eine „Arbeitsvermittlungs GmbH", deren Träger die Öffentlichkeit ist, vermittelt werden. Diese Gesellschaft kann jede Arbeit, besonders im Dienstleistungsbereich, annehmen, und diese Firma hat dann die Möglichkeit, ihre „Arbeitnehmer" sofort dorthin zu vermitteln. Wenn die Arbeit verweigert wird, hat der Staat dann hier eine bessere Einflußnahme auf Sperrung der Geldzahlungen aus dem Topf der Allgemeinheit.

Mit freundlichen Grüßen
Chr. Weidlich,
Berlin 62

Rühe und die Enteignung

„Der Verbindliche"; WELT vom 2. Juli

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

unsere ehemaligen Kriegsgegner haben uns auf ihren Konferenzen von Potsdam und Jalta verständlicherweise nur minimale Rechte hinterlassen. Erstaunlicherweise gibt es nun Deutsche, die von sich aus und ohne jede Gegenleistung auf diese ärmlichen Rechte ganz verzichten möchten. Bezeichnenderweise handelt es sich hierbei um Politiker, die das Glück hatten, ihre Heimat nicht zu verlieren oder in den okkupierten deutschen Ostgebieten über keinen Besitz verfügten. Zu ihnen zählt auch der ehemalige Hamburger Oberstudienrat Rühe, der wahrscheinlich nur aus Versehen bei der CDU gelandet ist. Seine eigentliche Heimat würde er vermutlich eher in der Nähe eines Herrn Willy Brandt, Schmude, Glotz und Genscher finden.

Zu bezweifeln ist, ob Herr Rühe die Enteignung seines Eigentums in Hamburg oder Bonn durch Hausbesetzer oder andere widerstandslos hinnehmen würde. Glaubt dieser Herr eigentlich, das Abgeordnetenmandat gäbe ihm Vollmacht, über den Besitz anderer schrankenlos verfügen zu können? Genau das aber und schlimmeres ist Millionen deutscher Landsleute passiert. Für ihren verlorengegangenen Besitz in den deutschen Ostgebieten haben sie einen feuchten Händedruck und ein wenig Kleingeld bekommen. Warum eigentlich setzt sich Herr Rühe für die vermeintlichen Rechte anderer aber nicht die seiner Landsleute ein?

Die Rechtsposition der deutschen Ostgebiete steht zur Zeit nicht zur Disposition. Wird sie einmal akut, wird es keinen Herrn Rühe, Herrn Schmude oder Herrn Genscher mehr geben. Vorerst ist mit diesem Pfunde nicht zu wuchern. Wir wissen nicht, wie unsere Urenkel einmal handeln werden, wir sollten aber alles vermeiden, was ihnen ihren Weg zu ihrem Recht vermauert oder erschwert. Herr Dr. Kohl sollte sich überlegen, ob ihm ein Mann wie Herr Rühe in seiner Regierungsmannschaft nutzt oder schadet. Der Status der Flüchtlinge und Vertriebenen ist erheblich; ihr Stimmanteil beträgt immerhin 20 Prozent. Herr Rühe weckt schlafende Hunde.

Mit freundlichen Grüßen
V. Hölterling,
Ludwigsburg

Bedenklich

„Neuer Streit um Paragraph 218 in der Koalition"; WELT vom 1. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist eine Schande, wenn der Justizminister der Bundesrepublik Deutschland unsere Verfassung, welche er nicht nur vom Studium her kennen müßte, sondern auf welche er auch seinen Amtseid leistete, mit Füßen tritt. Unabhängig vom materiellen Inhalt und ohne zur Diskussion um den Paragraphen 218 Stellung nehmen zu wollen, muß der Bundesjustizminister aufgefordert werden, die Gewaltenteilung nicht nur zu akzeptieren, sondern sich aktiv dafür einzusetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungskonformität zu überprüfen, darüber können sich keine auch noch so guten Gründe einer Parlamentsmehrheit hinwegsetzen. Dies ist Grundlage unserer Verfassung und sollte vom Bundesjustizminister auch so gesehen werden.

Wenn ein Bundesjustizminister den angeblichen Rechtsfrieden über die Verfassung stellt, so muß dies sehr bedenklich stimmen.

Mit freundlichen Grüßen
R. Berck,
Köln 40

Wort des Tages

„Alle Vorstellungen von Gott sind nur Richtungspfeile oder notwendige Schwellen, die der Mensch auf dem Weg zu Gott benutzen, aber zugleich immer wieder übersteigen und hinter sich lassen muß. Die Wirklichkeit Gottes erfährt der Mensch nicht in diesen Vorstellungen und Worten, sondern nur in der lebendigen Begegnung."

Martin Buber; dt. Philosoph und Theologe (1878–1965)

Wehrhaft

„Leserbrief: Richter-Willkür"; WELT vom 26. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DKP versteht sich als marxistisch-leninistische Partei und richtet sich gegen entscheidende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dies bestätigte auch das Bundesverwaltungsgericht 1981. Als unverrückbares Ziel hat diese Partei den Sozialismus vor Augen und orientiert sich unverhohlen an der DDR. Wenn ein Beamter meint, sich dafür aktiv einsetzen zu müssen, rückt er von Grundwerten unserer Verfassung ab.

Wir Bundesbürger haben aber einen Anspruch darauf, daß unsere Beamten die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Mit „Gesinnungsschnüffelei" oder „Klima der Angst" (Läpple) hat das überhaupt nichts zu tun. Die Weimarer Republik ging nicht zuletzt deshalb zugrunde, weil sie nicht entschieden genug gegen Verfassungsfeinde vorging. Was wir also brauchen, sind wehrhafte Demokraten und wachsame Minister.

Mit freundlichen Grüßen
D. Zickelbein,
Seevetal

Ein Drittel

„Trockenkeule im Äther"; WELT vom 27. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Neander erweckt den Eindruck, als sollten nach dem Vorschlag der ARD-Gremienvorsitzenden die Rundfunkanstalten allein ihre Gebühren festlegen. Er verschweigt, daß der vorgeschlagenen Kommission elf von den Landtagen gewählte Mitglieder und die Präsidenten der Rechnungshöfe angehören sollen und daß der Beschluß der Kommission zur Gebührenfestlegung einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Die von den Rundfunkräten gewählten Mitglieder stellen nur ein Drittel.

Mit freundlichen Grüßen
H. Bühringer,
Waiblingen-Bittenfeld

Personalien

KIRCHE

Der Paderborner Liturgiewissenschaftler **Heinrich Rennings** ist als neuer Leiter des Liturgischen Instituts in Trier und als Sekretär der Liturgiekommission der Deutschen Bischofskonferenz eingeführt worden. Zugleich wurde sein Vorgänger in beiden Ämtern, Monsignore **Heinrich Haug**, verabschiedet. Haug übernahm die Leitung des internationalen Missionswerks „Missio" in München.

GEBURTSTAGE

Der frühere Herausgeber und Verleger der „Deutschen Universitäts-Zeitung", Dr. **Josef Raabe**, feierte seinen 75. Geburtstag. Die Zeitschrift ist sein Lebenswerk. Er hat ihr 32 Jahre gewidmet. Dabei stand zunächst für ihn der Bildungs- und Wissenschaftsjournalismus nicht zur Diskussion. In den 30er Jahren studierte er an der Universität Bonn Sinologie. Er übersetzte damals das erste Schattenspiel aus dem Chinesischen ins Deutsche. Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte Raabe rasch, daß für einen Neuaufbau der Hochschulen eine überregionale Zeitschrift überaus wichtig war. So gründete er 1948 den „Hochschul-Dienst" und baute ihn als ein parteipolitisch neutrales und verbandspolitisch unabhängiges Forum der Hochschulpolitik auf, aus eigener Kraft und ohne öffentliche Subventionen. 1964 kaufte er die „Deutsche Universitäts-Zeitung" hinzu und bewahrte sie dadurch vor dem Untergang.

*

Die Ablösung der Netzhaut war noch vor über 20 Jahren eine der am meisten gefürchtetsten Augenkrankheiten: Sie bedeutete für die Betroffenen die allmähliche und unwiderrufliche Erblindung. Das änderte sich, als der Augenarzt **Gerd Meyer-Schwickerath**, der heute seinen 65. Geburtstag begehen kann, Anfang der 50er Jahre eine Operationstechnik entwickelte, mit der es ihm gelang, die sich ablösende Netzhaut mit Lichtblitzen (Lichtkoagulation) wieder an die Hinterwand des Augapfels anzuschweißen. Meyer-Schwickerath benutzte das Licht von Xenon-Hochdrucklampen, den stärksten damals bekannten Lichtquellen. Die Erfindung des Lasers erlaubte es rund zehn Jahre später, die Methode Meyer-Schwickeraths entscheidend zu verbessern. Meyer-Schwickerath, in Wuppertal geboren, begann seine Hochschullaufbahn 1953 in Bonn. 1958 wurde er außerplanmäßiger, 1963 ordentlicher Professor. Neben seinem Buch über „Lichtkoagulation" (1959) veröffentlichte er mehr als 200 Aufsätze zu verschiedenen Problemen in der Augenheilkunde, vor allem aber über Netzhauterkrankungen.

*

Der langjährige Pressechef der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), **Erwin O. Spielmann**, feierte in Hamburg seinen 65. Geburtstag. Spielmann war fast 30 Jahre lang bei der DAG als Pressesprecher tätig. Der in Nürnberg Geborene holte sich seine ersten journalistischen Sporen bei der WELT, bei der er 1949 das Ressort der Meinungsseite leitete, 1951 ging er zur DAG. Seit 1980 befindet er sich im Ruhestand.

AUSZEICHNUNGEN

Die höchste Auszeichnung der Fernseh- und Kinotechnischen Gesellschaft (FKTG) in Mainz hat die Richard-Theile-Goldmedaille für 1985 dem Dresdner Physiker Professor **Manfred Baron von Ardenne** zuerkannt. Professor von Ardenne erhielt die Würdigung und Anerkennung für seine grundlegenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Fernsehtechnik. Die Richard-Theile-Medaille wird in Andenken an den 1974 verstorbenen Physiker Professor Dr. **Richard Theile**, der zuletzt Direktor des Instituts für Rundfunktechnik in München war, verliehen.

*

Der Urheberrechtsexperte Professor **Eugen Ulmer** hat in München den Paul-Klinger-Preis 1985 der Bundesfachgruppe Bühne-Film–Fernsehen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) erhalten. Professor Ulmer hat mit seinem Gutachten von 1977 zu einem „Urhebervertragsrecht" den von ihm eingeschlagenen Weg weiter verfolgt, „dem Künstler Bestand und Nutzung der von ihm geschaffenen Werke zu sichern", wie es in der DAG-Ehrung heißt. Das Versäumnis des Gesetzgebers, ein solches Urhebervertragsrecht zu erlassen, wiege angesichts der rasanten Medienentwicklung heute besonders schwer. Der Preis ist nach dem 1971 verstorbenen Schauspieler **Paul Klinger** benannt. Zu den bisherigen Preisträgern zählen **Helmut Schmidt**, **Josef Stingl** und **Hermann Höcherl**.

*

Der vor über 20 Jahren gestiftete Wolf-Erich-Kellner-Preis des Fachbereichs Geschichtswissenschaften der Universität Marburg für besonders herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte wurde in diesem Jahr dem jungen Historiker Dr. **Franz-Josef Verscharen** für seine Dissertation über „Gesellschaft und Verfassung der Stadt Marburg beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit" zuerkannt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hermann Meyer zu Selhausen**, von der Universität der Bundeswehr in München, wurde auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen. Er tritt die Nachfolge von **Robert Wittgen** an, der vor einigen Jahren verstorben ist. Professor Selhausen, 1940 in Bielefeld geboren, begann nach einer Bankausbildung 1962 Betriebswirtschaft an der Universität München zu studieren. Nach seiner Habilitation 1975 wurde er auf einen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre bei der Hochschule der Bundeswehr berufen.

Der frühere Verfassungsrichter **Walter Rudi Wand** ist in Karlsruhe im Alter von 56 Jahren verstorben. Der in Kleinkeular in Thüringen Geborene studierte Jura in Jena und Berlin und war von 1957 bis 1964 als Staatsanwalt und Richter im Land Rheinland-Pfalz tätig. Nach seiner Abordnung an das Bundesverfassungsgericht wurde er schon bald mit den herausgehobenen Aufgaben eines Präsidialrates, zunächst im 2. Senat und ab Mitte 1966 im 1. Senat, betraut. 1969 berief ihn der frühere Präsident Dr. **Gebhard Müller** in das Amt des Direktors beim Bundesverfassungsgericht. Im Oktober 1970 erfolgte seine Ernennung zum Richter des Bundesverfassungsgerichts als Mitglied des 2. Senats. Im Dezember 1983 endete seine Amtszeit als Richter des Bundesverfassungsgerichts.



Auf breiterer Basis zu neuem Wachstum.

1984 war für Daimler-Benz insgesamt wiederum ein erfolgreiches Jahr, auch wenn so manches Hindernis zu überwinden war. Dank der vielfältigen Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb des Konzerns konnten wir unser kontinuierliches Wachstum fortsetzen.

Unser Weltumsatz stieg um 3,5 auf 43,5 Mrd. DM.

Entscheidend waren der höhere Pkw-Export und die Absatzsteigerungen unserer Produktionsgesellschaften in Nord- und Süd-Amerika. Die Stärke des US-Dollar sorgte für zusätzliche Schubkraft.

Zur Zukunftssicherung des Unternehmens wurden auch 1984 erhebliche Mittel investiert.

Mit der Übernahme aller Kapitalanteile an der MTU und unserer Beteiligung an Dornier haben wir unsere traditionellen Tätigkeitsgebiete um neue unternehmerische Aktivitäten erweitert. Der Automobilbau wird jedoch eindeutig Schwerpunkt unseres Geschäftes bleiben.

DAIMLER-BENZ AG
AUS DEM KONZERNABSCHLUSS

AKTIVA	31. Dezember 1983 Mill. DM	31. Dezember 1984 Mill. DM
Anlagevermögen	7.743	8.228
davon Sachanlagen	7.199	7.537
Umlaufvermögen	17.084	20.398
davon Flüssige Mittel	7.360	9.554
PASSIVA		
Eigenkapital	7.547	8.530
davon Grundkapital	1.699	1.699
Fremdkapital	17.088	19.888
davon Rückstellungen	9.546	11.349
Bilanzsumme	24.827	28.626

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	1. Januar bis 31. Dezember 1983 Mill. DM	1. Januar bis 31. Dezember 1984 Mill. DM
Umsatzerlöse	40.005	43.505
Materialaufwand	20.299	22.707
Personalaufwand	10.941	11.598
Abschreibungen	2.574	2.828
Steuern (EEV)	3.263	3.027
Jahresüberschuß	988	1.104
Ausschüttung	355	356

Dividendenbekanntmachung
Für das Geschäftsjahr 1984 wird eine Dividende von 10,50 DM je 50-DM-Aktie gezahlt. Zusammen mit der anrechenbaren Körperschaftsteuer ergibt sich damit ein Gesamtbetrag von 16,41 DM für unsere inländischen Aktionäre.

Der Geschäftsbericht kann bei den Kreditinstituten oder direkt bei Daimler-Benz AG, Abteilung FBW/AFP, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60, angefordert werden.

Erfolg unserer Pkw-Modelle

Mit 478.000 Pkw konnten wir trotz des langen Arbeitskampfes die Produktion des vorangegangenen Jahres noch leicht übertreffen. Zugute kam uns dabei der erfolgreiche Anlauf unseres neuen Pkw-Werks in Bremen. Mit 195.000 Fahrzeugen der Kompaktklasse liefen fast doppelt so viele 190er vom Band als im Jahr zuvor.

Diese Fahrzeuge haben sich mit großem Erfolg im Markt durchgesetzt. Neben dem 190 E ist vor allem der 190 Diesel im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Renner geworden. Er wird seit kurzem auch in einer 2,5 Liter-Version angeboten.

Unsere Wettbewerbsstärke haben wir mit der neu vorgestellten Mittleren Mercedes-Klasse 200 D bis 300 E ein weiteres Mal bewiesen. Die außerordentlich erfreuliche Resonanz im Markt spiegelt sich in einer sehr hohen Nachfrage wider. Während die Unsicherheit über die künftige Abgasregelung tiefe Bremsspuren im deutschen Pkw-Markt hinterließ, ist die Nachfrage nach Mercedes-Personenwagen weiter gestiegen. Für diesen Beweis des Vertrauens danken wir unseren Kunden.

Schwieriges Nutzfahrzeug-Geschäft

Auch im Nutzfahrzeug-Bereich haben wir 1984 weltweit mit rund 211.000 Fahrzeugen etwas mehr produziert als im Jahr davor. Zuwächse konnten wir nur bei unseren Auslandsgesellschaften in Nord- und Süd-Amerika erzielen; in unseren Inlandswerken lag die Produktion arbeitskampf- und marktbedingt unter der des Vorjahres.

Den Weg einer konsequenten Produkterneuerung und -verbesserung haben wir auch beim Nutzfahrzeug fortgesetzt.

Unsere neuen Lastwagen der leichten Klasse wurden von einer internationalen Jury mit dem Prädikat „Lkw des Jahres 1985" ausgezeichnet.

Mit einem neuentwickelten Stadtomnibus haben wir die Attraktivität unseres Angebots für den öffentlichen Personennahverkehr weiter erhöht.

6.600 zusätzliche Arbeitsplätze im Inland

1984 hat die Daimler-Benz AG mehr als 6.600 neue Arbeitsplätze geschaffen; zum Jahresende waren allein im Inland 157.000 Mitarbeiter bei uns beschäftigt, weltweit waren es fast 200.000.

Die Zahl der Ausbildungs- und Praktikantenstellen wurde auf rund 9.100 erhöht. 1984 begannen 2.900 Jugendliche ihre Berufsausbildung bei Daimler-Benz.

Das tarifpolitisch schwierige Jahr 1984 hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Unternehmen auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Umsicht und Besonnenheit aller Beteiligten halfen, nach Wiederaufnahme der Produktion rasch zu einem guten partnerschaftlichen Miteinander zurückzufinden. Wir danken unseren Mitarbeitern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit.

Günstige Aussichten für 1985

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage und der erweiterten Kapazitäten können wir unsere Pkw-Produktion 1985 auf über 540.000 Fahrzeuge steigern.

Bei Nutzfahrzeugen ist eine Inlandsproduktion in der Größenordnung des Vorjahres geplant. Weltweit rechnen wir erneut mit einem Zuwachs.

Somit spricht vieles dafür, daß wir unser Ziel erreichen werden, zum 100-jährigen Geburtstag des Automobils im nächsten Jahr ein diesem erfreulichen Ereignis angemessenes Ergebnis vorlegen zu können.

An Daimler-Benz werden zu Recht große Erwartungen gestellt: von den Kunden, von den Mitarbeitern, von den Aktionären.

Wir werden uns weiterhin bemühen, diesen Erwartungen gerecht zu werden.



DAIMLER-BENZ AG

Läßt Khadhafi Waffen nach Sudan fliegen?

dpa, Khartum

Der sudanesische Ministerpräsident General Dafallah el Gazouli hat gestern bestätigt, daß sein Land mit Libyen einen Militärpakt abgeschlossen hat. Er bestritt jedoch, daß dies Auswirkungen auf das sudanesisch-ägyptische Verhältnis haben werde. Eine weitere ausdrückliche Bestätigung des Militärpakts wurde von Radio Tripolis geliefert.

SAD, Kairo

Die ägyptische Luftüberwachung hat festgestellt, daß die Flüge libyscher Maschinen zwischen einem Stützpunkt in Südlibyen und der Hauptstadt Sudans in letzter Zeit auffallend häufer geworden sind. Das berichten diplomatische Kreise in Kairo. Auf Anfragen in Khartum erhielten die ägyptischen Behörden die Antwort, es handele sich um Lebensmittel-Transporte für die Hunger-Opfer in Sudan. Das wird von ägyptischen Militärs stark bezweifelt, die eher an Waffen-Tansporte glauben.

Nach dem bilateralen Verteidigungspakt von 1976 müßten die Sudanesen die Ägypter über die neue militärische Zusammenarbeit mit Libyen unterrichten. Daß dies jedoch nicht geschah, verstärkt die ägyptischen Sorgen über eine grundsätzliche Schwenkung des neuen Militär-Regimes in Khartum von Kairo weg zu Khadhafi. Ägyptische Soldaten befinden sich nicht mehr in Sudan: Eine Luftabwehr-Einheit wurde schon vor dem Militärputsch am 6. April zurückgezogen.

Der unter Präsident Numeiri mächtige Sicherheitsdienst Sudans ist nach ägyptischen Angaben durch Verhaftungen und Säuberung völlig lahmgelegt. Daher haben die sudanesischen Behörden, wie sie selbst zugeben, nur noch eine oberflächliche Kontrolle über die aus Libyen einreisenden Personen. Als Anfang Mai der Stellvertreter Khadhafis, Oberst Jalloud, in Begleitung von 40 Mann in Khartum eintraf, reisten nur zehn wieder mit ihm ab.

Das sudanesische Militär-Regime von General Sawar el Dahab steht unter libyschem Druck, alle Abkommen mit Ägypten zu kündigen, vor allem den Vertrag über die politische und wirtschaftliche Integration von 1982. Doch wollen die Militärs nach ägyptischen Informationen nicht so weit gehen. Die scharf antiägyptisch eingestellten zivilen Kräfte der Übergangsregierung unter Gazouli drängen auf den Bruch mit Mubarak und den USA. Da sie die Auslieferung von Ex-Präsident Numeiri aus Kairo nicht durchsetzen können, soll er in einem Schauprozeß wegen Korruption und Verrat in Abwesenheit verurteilt werden. Dieser Prozeß würde sich gegen Ägypten und Präsident Mubarak richten, dessen Sturz Khadhafi mehrfach gefordert hat.

Medien-Kompromiß läßt wichtige Fragen offen

Bleiben Hessen und Saarland bei ihrer Blockade-Politik?

GERNOT FACIUS, Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Ministerpräsidenten-Einigung über eine Nutzung des von Herbst 1986 an zur Verfügung stehenden deutsch-französischen Satelliten TV-SAT auch ohne einen Länderstaatsvertrag zwar als „erfreulicher pragmatischer Fortschritt" gewertet. Zugleich wird aber der zwischen dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) und dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) erzielte Kompromiß mit einigen Fragezeichen versehen. Denn, so sagte jetzt der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU, Dieter Weirich, es müsse sich erst herausstellen, ob die Ministerpräsidenten der „SPD-Blockadeländer" Hessen und Saarland die Einigung über die Nutzung des TV-SAT für neue Fernseh- und Hörfunkprogramme mittragen.

Das Nichtzustandekommen eines Staatsvertrags über eine einheitliche Medienpolitik der Länder hat Auswirkungen auf ein sensibles Feld: Die um eine Ausweitung ihrer Werbesendungen bemühten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten brauchen nicht mehr ein Stoppsignal durch die Ministerpräsidenten zu befürchten, es sei denn, ein Land oder eine Ländergruppe beschritte den Klageweg. So verknüpft denn der Abgeordnete Weirich den jetzt gefundenen Nutzungs-Kompromiß mit dem Appell an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den SPD-regierten Ländern, sich an eine „vernünftige Selbstbeschränkung" in der Werbefrage zu halten. Und Weirich rät den von seiner Parte geführten Landesregierungen, ihre Klage gegen die Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks endlich einzubringen. Von Hessen aus so die Befürchtungen in der Union, könnte eine Art Sogwirkung auf andere Rundfunkanstalten ausgehen wenn die Frage der Werbung in den Dritten Programmen, von den Ministerpräsidenten in den 60er Jahren definitiv ausgeschlossen, nicht zweifelsfrei entschieden würde. Mit großem Unbehagen sieht man in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im übrigen den „Vormarsch getarnter Werbung im Unterhaltungsbereich" und Bestrebungen, die Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Systems bei der Nutzung von Videotext zu vermehren, vor allem auf regionaler Ebene. Eine derartige Expansion würde das Werbeaufkommen der sich jetzt langsam etablierenden privaten Anbeter berühren.

Noch immer nicht gefällt sind die Entscheidungen über die Belegung der Kanäle für den Fernmeldesatelliten Intelsat, der seit Anfang dieses Jahres sendebereit ist. Die Verzögerung bei Intelsat kostet nicht nur viel Geld, sondern hemmt auch das Innovationstempo bei den neuen Medien. Es waren übrigens die Länder, die Mitte 1983 den Bundespostminister zur Anmietung der Intelsat-Kanäle aufgefordert hatten.

Grüne verlangen 30 Milliarden

Etatforderungen für 1986 / Union spricht von „Abstrusitäten und Verblendung"

GÜNTHER BADING, Bonn

Mehrausgaben von 30,4 Milliarden Mark haben die Grünen bei der Vorbereitung des Bundeshaushalts 1985 für ein sogenanntes „Entgiftungsprogramm" und ein „Sonderprogramm zur Eindämmung der Armut" beantragt. Streichen wollten sie dagegen Ausgaben von 21,7 Milliarden Mark, fast ausschließlich in den Bereichen der Sicherheit-, Außen- und Deutschlandpolitik. Gleichzeitig „beschlossen" die Grünen Steuererhöhungen von mindestens 6,2 Milliarden Mark durch Anhebung der Einkommensteuer für Einkommen von mehr als 50 000 Mark jährlich. Das geht aus einer vom Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, vorgelegten Studie zum haushaltspolitischen Verhalten der Grünen hervor.

Man würde über diese „Abstrusitäten, den hanebüchenen Dilettantismus und die ideologische Verblendung" der Grünen hinweggehen, wenn sie nicht von der SPD als künftiger Partner der Haushaltspolitik anvisiert würden, sagte Seiters. Nach der rot-grünen Koalition in Hessen wolle „die SPD im Bund offensichtlich den gleichen verhängnisvollen Weg beschreiten".

Nachfolgend eine Reihe von Beispielen für die „Haushaltspolitik" der Grünen aus der von Seiters erstellten Studie:

Bei den Streichungsabsichten der Grünen steht mit 18,166 Milliarden Mark an erster Stelle der Geschäftsbereich des Verteidigungsministers (Drucksache 10/2462), weil es sich bei der Militärstrategie der Bundeswehr um eine „Angriffsvorbereitung" handele.

Weiterhin verlangen die Grünen die Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, weil es „historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik" sei. Mit der symbolischen Kürzung von einer Mark soll jegliche Hilfsmaßnahme gesamtdeutschen Charakters gekürzt werden: Der Freikauf von Häftlingen aus der „DDR" wird abgelehnt, weil es sich hierbei um „verdeckten Rassismus und Alibi für gefährliche politische Ansprüche" handele.

Im Geschäftsbereich des Bundesinnenministers verlangen die Grünen die Verdoppelung der Ausgaben (plus 7,6 Milliarden Mark) zur Förderung der Forschung zur Reinhaltung der Luft und die Lärmbekämpfung.

Wiederum nur für die Forschung auf den Gebieten Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz werden weitere 3,8 Milliarden Mark verlangt. Zur Abrundung haben die Grünen mit Bundestagsdrucksache 10/1205 einen Antrag eingebracht, der die vorläufige Stillegung sämtlicher Hausmüll- und Sondermüllverbrennungsanlagen sowie ein Anwendungs-, Produktions- und Importverbot vorsieht.

Viel Geld wollen die Grünen (Drucksache 10/2425) dagegen für die „Förderung der ökologischen Landwirtschaft" ausgeben: 1,5 Milliarden Mark.

Ein „Sonderprogramm zum Schutz der Verbraucher vor giftigen Chemikalien in Haushalt und Wohnung" soll 100 Millionen Mark kosten; weitere 2,5 Millionen Mark sollen nach Vorstellung der Grünen in einen „Fonds für unkonventionelle Verbraucheraufklärung" fließen.

In ihrem sogenannten „Sonderprogramm zur Eindämmung der Armut" verlangen die Grünen – bei Kosten von drei Milliarden Mark jährlich – eine „Mindestabsicherung" von monatlich 950 Mark für Alleinstehende.

3,3 Milliarden Mark sollen in Maßnahmen fließen, um die Arbeitsbeschaffung nach dem Arbeitsförderungsgesetz „auch auf solche Arbeitslose und von der Arbeitslosigkeit Bedrohte auszudehnen, die ein in Selbstverwaltung geführtes Unternehmen errichten oder übernehmen wollen".

Für „autonome Frauenhäuser" soll Familienminister Geißler 50 Millionen Mark im Haushalt einstellen und denselben Betrag noch einmal für „die Erforschung von gesundheitlich unbedenklichen Verhütungsmitteln für Männer und Frauen".

Forschungsminister Riesenhuber möchte doch, so argumentiert die Fraktion der Grünen auf Drucksache 10/2440, mit fünf Millionen Mark einen „Dissidentenfond" einrichten, für Wissenschaftler, die „Minderheitenpositionen von hoher Kreativität, Originalität und Eigenwilligkeit" vertreten.

Daß die Grünen die vorgesehenen Unterstützungsmittel der Bundesregierung für El Salvador von 50 Millionen Mark streichen und dagegen dieselbe Summe Nicaragua zukommen lassen wollen, versteht sich bei diesem Ansatz beinahe von selbst.

London hebt Embargo gegen Argentinien auf

REINER GATERMANN, London

Die britische Regierung hat das im April 1982 nach Ausbruch des Falkland-Krieges gegen Argentinien verhängte Handelsembargo aufgehoben. In London sieht man dies als ein weiteres Angebot zur Normalisierung der Beziehungen mit dem südamerikanischen Staat, betont jedoch gleichzeitig, daß die von Argentinien als wichtigste Bedingung für eine Normalisierung angesehene Frage der Souveränität über die südatlantische Inselgruppe „weiterhin nicht verhandelbar" sei.

Die Aufgabe des Handelsboykotts wurde bei der Ankunft des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in Brasilien bekanntgegeben. Brasilien vertritt seit dem Krieg die diplomatischen Interessen Argentiniens in London. Obwohl die britische Regierung ihren Schritt offiziell nicht von einem Parallelbeschluß Argentiniens abhängig macht, erwartet man doch bald auch die Aufhebung der Blockade durch Buenos Aires. Unterstaatssekretär Timothy Renton erklärte vor dem Unterhaus, die Normalisierung könne nur voranschreiten, wenn es im Handel wieder einen Verkehr in beide Richtungen gebe.

1981, im Jahr vor dem Embargo, lieferte Großbritannien Güter im Wert von 161 Millionen Pfund (etwa 644 Millionen Mark) nach Argentinien. Der Importwert lag bei 163 Millionen Pfund. Die Blockade war jedoch nie total. So ließ Argentinien weiterhin die Einfuhr „für die Nation wichtiger Waren" zu; darunter fiel auch schottischer Whisky. Andere Lieferungen gingen über die USA. London erlaubte indessen die Einfuhr „persönlicher Habe" aus Argentinien – einschließlich Polo-Pferde. Die britische Industrie hofft vor allem, bald ihre Position als wichtiger Maschinenlieferant Argentiniens wieder aufbauen zu können und Zugang zu seinen Rohstoffen zu erlangen. Der argentinischen Fleischindustrie dürfte es dagegen schwerfallen, ihren Anteil am britischen Corned-beef-Markt, der einst bei 30 Prozent lag, zurückzugewinnen.

Aus Londoner Regierungskreisen verlautet, daß man mit der Aufhebung des Embargos auch die Demokratisierungsbestrebungen des argentinischen Präsidenten Alfonsin unterstützen wolle. Als nächstes wäre Großbritannien an einer Reaktivierung des 1982 einseitig von Argentinien aufgekündigten Luftfahrtabkommens interessiert, was unter anderem die Versorgungssituation der Inseln erleichtern würde. Da Argentinien jedoch bisher den Kriegszustand offiziell nicht beendet hat, ist auch die von London eingeführte 150 Seemeilen große Schutzzone um die Falklandinseln noch in Kraft.

Kreml wirft USA Terrorismus vor

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat den USA erneut vorgeworfen, auf internationaler Ebene „Staatsterrorismus" zu betreiben. Damit reagierte die amtliche Nachrichtenagentur Tass auf die Äußerung des US-Präsidenten Ronald Reagan, daß sein Land das Recht habe, sich gegen den „fanatischen Haß" von Terroristen zu verteidigen. Reagan habe Vorfälle wie die Entführung eines amerikanischen Flugzeuges benutzt, um allen Völkern, die „für politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung und gegen das Diktat der USA kämpfen, das Etikett des ‚internationalen Terrorismus' anzuhängen". Die Solidarität der Sowjetunion mit diesem Kampf sei vom US-Präsidenten als „Unterstützung terroristischer Organisationen" bezeichnet worden. Das Partei-Organ „Prawda" schrieb dazu, die sozialistischen Länder seien das Objekt „verschiedenartiger subversiver Aktionen" der CIA.

Mehr Handel China – UdSSR

dpa, Peking

Chinas Vizepremier Yao Yilin ist gestern nach Moskau geflogen, wo er ein langfristiges Handelsabkommen (1986–1990) unterzeichnen wird. Seiner Regierungsdelegation gehören der mit den chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgesprächen betraute Vize-Außenminister Qian Qichen und der Vize-Chef der staatlichen Plankommission, Gang Ziyi, an. Dieses erste langfristige Handelsabkommen nach mehr als 20 Jahren bitterer Feindschaft zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn war durch den Besuch des sowjetischen Vize-Premiers Iwan Archipow im vergangenen Dezember in Peking vorbereitet worden. Kürzlich wurde auch die Wiedereinrichtung der jeweiligen Generalkonsulate in Shanghai und Leningrad zu einem noch nicht feststehenden Zeitpunkt vereinbart. Der bilaterale Handel wird sich 1985 voraussichtlich um 36 Prozent auf 1,6 Milliarden Dollar erhöhen.

Moskau diktiert Honecker den Kurs

„Bonner Revanchismus ernster nehmen" / Kein „DDR"-Sonderweg / Töne wie vor einem Jahr

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die Moskauer Führung verlangt von den Genossen in Ost-Berlin, sich aktiver, beredter und konsequenter an der „Revanchismus"-Kampagne des Ostblocks gegen Bonn zu beteiligen und nach den 8.-Mai-Feiern nicht etwa zur Tagesordnung überzugehen. Beide Länder verfolgten heute ihre „Außen- und Innenpolitik gemeinsam", heißt es in einer Fachpublikation, die dem Moskauer Außenministerium nahesteht.

Der Artikel wurde offenkundig noch unter der Regie des zum Staatspräsidenten erhobenen früheren Außenministers Andrej Gromyko verfaßt und schlägt denselben warnenden Tenor an, den die sowjetische Presse im Sommer 1984 im Vorfeld des verschobenen Honecker-Besuchs in Bonn gegenüber dem Verbündeten in Ost-Berlin benutzt hatte.

Der Historiker R. Alexejew bezieht sich in seinen Ausführungen kritisch auf Regierungskreise in Bonn, die weiterhin von der „offenen deutschen Frage" redeten. Wie schon vor einem Jahr, als besonders ein „Prawda"-Artikel von Lew Besymenskij die Moskauer Bedenken gegen jeden vermuteten Ostberliner Sonderweg formulierte, erinnert auch Alexejew die SED nachdrücklich an ihre Bündnisverpflichtungen:

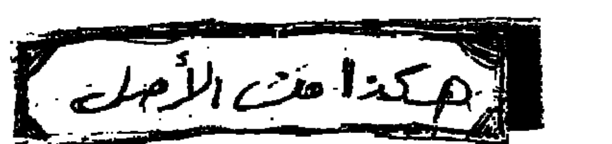
Beide Länder seien in ihrem Vertrag von 1975 – damals noch von Leonid Breschnew und Erich Honecker feierlich besiegelt – übereingekommen, „gemeinsame Anstrengungen gegen jede Manifestation von Revanchismus und Militarismus" zu unternehmen.

Der Beitrag aus Moskau bestätigt seit langem vorhandene Ostberliner Befürchtungen, die Phase des „Mehltaus", der über den deutsch-deutschen Beziehungen liegt, werde wegen der sich weiterhin erst neu formierenden sowjetischen Außenpolitik noch geraume Zeit anhalten.

Kommentator Besymenskij hatte seinerzeit davor gewarnt, daß Bonn die Entwicklung der Beziehungen mit Ost-Berlin dazu benutze, diese „vollständig einer nationalistischen Konzeption unterzuordnen, die letztlich auf die Untergrabung der sozialistischen Ordnung in der DDR abzielt".

Jetzt macht sich Alexejew zum Verteidiger der angeblich allseitigen „DDR"-Souveränität. Diese Moskauer Sorge vor dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen als Element der Politik betonte Besymenskij auch mit dem Hinweis auf „chauvinistische Strömungen" (in beiden Teilen Deutschlands?), die Bonn „anheize".

Die jüngste Standortbestimmung der KPdSU gegenüber der SED läßt keinen Zweifel, daß Moskau Ost-Berlins Westpolitik als sowjetische und keineswegs „deutsche" Politik begreift und benutzt.



Wolken über Schweden

cd. – Noch wärmt sich die schwedische Wirtschaft unter dem Schein der mittsommerlichen Sonne. Der nach der letzten Abwertung stabile Wechselkurs der Schwedenkrone scheint eine spannungslose Wirtschaftslandschaft widerzuspiegeln. Doch am Horizont ziehen dunkle Wolken auf. Die sonst so sensiblen Devisenmärkte haben das noch nicht registriert.

Der Versuch, die Inflation in Schweden zu brechen, ist fehlgeschlagen. Das Tempo der Geldentwertung – gegenwärtig 8,5 Prozent – beschleunigt sich wieder. Kreditrestriktionen, die den Banken für ihre Ausleihungen an die Wirtschaft auferlegt wurden, verpuffen, solange Finanzierungsquellen im Ausland weitersprudeln und der Staat seine Ausgaben nicht drosselt. Die Stockholmer Regierung und die vom Regierungswillen abhängige Reichsbank verletzen die simpelsten ökonomischen Wege, wenn sie die Schuld für das Wiederaufleben der Inflation nicht bei ihrer eigenen Weichenstellung suchen, sondern bei den Gewerkschaften, die nach Jahren des Realeinkommenverlustes deutlichere Lohnsteigerungen durchgesetzt haben.

Es wird vermutlich nicht mehr allzu lange dauern, bis sich wegen der Kostennachteile der schwedischen Unternehmen die Handelsbilanz und damit auch die Leistungsbilanz des Landes verschlechtert. Wenn die Regierung auch dann kein anderes Rezept präsentieren kann als eine Erhöhung der Steuern und Abgaben, wird sie das Inflationsproblem nur noch verschärfen. Schwedens Mittsommernacht würde von langen dunklen Nächten abgelöst.

Verschoben

nl. – Im Markt des bewegten Bildes herrscht Bewegung. Der Schmalfilm-Sektor schrumpft unverändert; statt dessen gewinnt die Videotechnik Boden. Handliche elektronische Kameras mit eingebauten Recordern beschleunigen den Vormarsch. Mit großem Werbegetrommel hatte Kodak unter der Bezeichnung „Kodavision" ein 8-Millimeter-Videosystem anstelle der überkommenen Halbzoll-Bandtechnik präsentiert und nach der erfolgten Markteinführung in den USA für dieses Jahr auch den Verkauf auf dem europäischen Markt angekündigt. Da verwundert es, daß die Markteinführung zumindest in Europa auf unbestimmte Zeit verschoben wird; zumal Sony in das 8-Millimeter-Videolfilmen einsteigt, ein Schritt, der sich vor allem aus der bedrängten Marktsituation des Beta-Systems erklärt. Daß die Hersteller von Halbzoll-Geräten im marktstarken VHS-Verfahren mit großen Kapazitäten gegenhalten, versteht sich von selbst. In diese Zerreißprobe wollte sich Kodak wohl nicht hineinziehen lassen.

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSUNTERNEHMEN / Kommission gegen Steuerbefreiung

Folgt der Gesetzgeber dem Votum, müßten die Mieten erhöht werden

HANS BAUMANN, Essen

Die Steuerbefreiung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen ist nicht mehr gerechtfertigt. Daher kann auf das Wohnungs-Gemeinnützigkeits-Gesetz (WGG) als Spezialgesetz verzichtet werden. Zu diesem Urteil wird, wie zu hören ist, die sogenannte Stoltenberg-Kommission in einem Gutachten kommen, das in Kürze veröffentlicht wird.

Die Kommission war aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 18. Mai 1983 eingesetzt worden mit der Aufgabe, die Steuerprivilegien der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen zu überprüfen. Die Kommission hat sich mit den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission befaßt, die den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Äquivalenz für die Steuerbefreiung verstärkte Belegungsbindungen auferlegen möchte. Die Kommission verwirft in ihrem Gutachten diese Absicht. Sie weist dabei auf die Regelungen im Energiebereich hin, wo die Belieferung mit Strom, Wasser oder Gas steuerlich auch nicht privilegiert sei. Aus der Sozialfunktion des Gutes Wohnung heraus könnten keine Wettbewerbsvorteile begründet werden.

Genossenschaften sollen nach Auffassung der Kommission unter bestimmten Voraussetzungen weiterhin von der Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer befreit bleiben. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, daß sie sich bei der Vergabe und Bewirtschaftung von Wohnraum tatsächlich satzungsgemäß verhalten. In der Kommission war lange umstritten, ob die Steuerbefreiung auch dann gewährt werden solle, wenn die Genossenschaft (überwiegend) im Bereich der Eigentumsbildung tätig ist. Man hatte für diesen Fall eine begrenzte Steuerpflicht erwogen. Dieser Gesichtspunkt ist dann aber nicht weiter verfolgt worden.

Auch das Bundesfinanzministerium, das von den Gutachtern zur Sonderbehandlung von Genossenschaften gehört worden war, wendet sich grundsätzlich gegen Ausnahmen, weil sie immer wieder zu Präzedenzfällen führen. Das Finanzministerium ist auch dagegen, daß die Genossenschaften, die (schwerpunktmäßig) die Bildung von Eigentum betreiben, nur einer begrenzten Steuerpflicht unterworfen werden. Man befürchtet, daß in solchen Fällen die Genossenschaften eine Förderung nach Paragraph 7b Einkommensteuergesetz (alt) beziehungsweise nach Paragraph 10e EStG (neu) für sich reklamieren. Das Ministerium befürchtet verstärkte Steuerausfälle.

SEITE 2:
Ist Gemeinnutz Eigennutz?

Nur am Rande wurde von der Kommission behandelt, welche Konsequenzen sich aus der Beseitigung der Steuerbefreiung für die Verbände der Gemeinnützigen ergeben. Die Kommission hat hier die Auffassung vertreten, daß die Verbände keine Aufsichtsfunktion ausüben dürfen.

Von Bedeutung ist für die Gemeinnützigen, daß mit dem Wegfall der Steuerbefreiung keine Pflicht zur Nachversteuerung entsteht. Die Kommission argumentiert, daß sich keine gravierende Rückbelastung ergeben dürfe, wenn ein jahrzehntelang gewachsenes System „über Nacht" geändert werde. Die Gutachter verweisen auf Paragraph 13 Körperschaftssteuergesetz und beziehen sich auf die Historie: Als im Kreditgewerbe dessen steuerliche Bevorzugung entfallen sei, habe man ebenfalls die zurückliegenden Tatbestände steuerlich nicht mehr erfaßt. Anders liege der Fall, wenn Unternehmen nach Fortfall der Steuerbefreiung Veräußerungsgewinne erzielten. Diese seien dann selbstverständlich steuerpflichtig.

Dem Gesamtverband der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, Köln, gehören insgesamt 1830 Wohnungs- und Siedlungsunternehmen an. Sie verwalten rund 3,4 Millionen Wohnungen. Gegründet wurde der Verband Mitte der dreißiger Jahre. Wenn das Gutachten der Kommission zu einer Novellierung der Gemeinnützigkeitsgesetze führen sollte, dann ist damit zwangsläufig eine Erhöhung der Mieten der von den Gemeinnützigen verwalteten Wohnungen erforderlich.

EUROPÄISCHER STAHLVERBAND

USA haben Abkommen über Exportbegrenzung gebrochen

VWD, Brüssel

Aus Anlaß der dritten Verhandlungsrunde zwischen der Kommission und einer Delegation des US-Handelsministeriums in Brüssel hat der Spitzenverband der Europäischen Stahlindustrie, Eurofer, den Amerikanern vorgeworfen, das seit Ende 1982 geltende Massenstahlabkommen gebrochen zu haben.

Im Gegensatz zu den USA hätten sich die EG-Regierungen, die EG-Kommission und die EG-Stahlindustrie an das bis Ende dieses Jahres befristete Abkommen gehalten, unterstreicht Eurofer. Der Verband beklagt insbesondere, daß die europäischen Stahlausfuhren nach den USA zwischen 1983 und 1984 von 3,6 auf 3,4 Mill. Tonnen (t) gesunken seien, obwohl der US-Stahlverbrauch in diesen Jahren auf 70 Mill. t (von 52 Mill. t) angestiegen sei.

Während jedoch die Gemeinschaft trotz eines fest zugesicherten Marktanteils von rund 5,5 Prozent Einbußen habe hinnehmen müssen, seien die amerikanischen Importe aus anderen Stahlländern insgesamt von 3,2 auf 8,160 Mill. t emporgeschnellt.

Der Stahlverband spielt damit auf den Artikel 10 des Massenstahlabkommens an, wonach die der EG auferlegten Mengenbeschränkungen nicht durch andere Länder ausgenutzt werden sollen. Eurofer verurteilt auch die Forderung Washingtons, das bisher zehn Massenstahlprodukte umfassende Abkommen vom Oktober 1982 bei der bevorstehenden Verlängerung um insgesamt 17 Produkte zu erweitern.

Diese sogenannten Konsultationserzeugnisse werden nach den Bestimmungen des Abkommens bisher zwar statistisch gesondert erfaßt, sie unterliegen aber noch keiner Beschränkung. Nach Darstellung des Verbandes handelt es sich dabei um „Randprodukte", deren Einbeziehung mit den damaligen Vereinbarungen nicht in Einklang zu bringen sei.

Eurofer bestätigt zwar die US-Darstellung, wonach die Einfuhren aus der EG bei einigen dieser Erzeugnisse 1984 erheblich angestiegen seien. Dies sei jedoch eine Folge der Dollar-Festigung und der Zunahme des US-Verbrauchs. Außerdem spiegele sich darin auch ein technologischer Vorsprung der europäischen Stahlindustrie wider. Der Verband weist damit die US-Vorwürfe zurück, wonach die EG unter dem Druck der Massenstahlbeschränkung auf die noch frei gehandelten Erzeugnisse ausgewichen ist. Während die europäische Stahlindustrie damit offensichtlich jede Ausdehnung des Abkommens auf andere Produkte ablehnt, wurde bei der Kommission ein Kompromiß in der Frage der Konsultationsprodukte nicht ausgeschlossen.

Die Kommission hatte bereits im Juni den „Zehn" eine Verhandlungsstrategie vorgeschlagen, nach der die Gemeinschaft eine zusätzliche Beschränkung bei mindestens vier und höchstens sechs Konsultationserzeugnissen in Kauf nehmen würde.

Freier Handel in Gefahr

Von HORST A. SIEBERT, Washington

Als wohl schwerster Fehler in der Gipfel-Diplomatie erweist sich immer stärker die im Mai in Bonn nicht gelungene Festschreibung einer neuen Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Im amerikanischen Kongreß verstärken sich die protektionistischen Tendenzen immer mehr, und höhere Schranken im internationalen Warenverkehr sind so sicher wie das Amen in der Kirche, wenn nicht wenigstens die vor vier Wochen von 20 Ländern in Stockholm vereinbarten Vorbereitungsgespräche gleich nach dem Sommer ernsthaft beginnen.

Diese im kleinen Kreis abgegebene Absichtserklärung ersetzt nach amerikanischer Auffassung keinesfalls den nicht zustandegekommenen Beschluß der sieben größten westlichen Industrienationen, da erst ein Konsensus unter allen Mitgliedsstaaten des Gatt die Voraussetzung für einen wirklich freieren Austausch von Gütern, Dienstleistungen und technischem Wissen schafft. Vor allem die Dritte Welt hätte eines klareren und dringlicheren Signals bedurft, um für einen schnellen Sprung auf den Zug motiviert zu werden.

Statt dessen verhärtet sich der Widerstand in den Entwicklungs- und Schwellenländern gegen ein Übergreifen liberalisierter Handelsregeln auf Bereiche, die nicht mehr nur etwas mit reinen Warengeschäften zu tun haben. Am Rande seines jüngsten Besuches in Washington hat Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi keinen Zweifel daran gelassen, daß für sein Land vorerst eine Einbeziehung des Dienstleistungssektors in das Gatt nicht in Frage kommt. Er wird unterstützt von Brasilien und 21 anderen Ländern, die alle meinen, daß die Industrienationen erst alte Einfuhrbarrieren demontieren müssen, ehe man in handelspolitisches Neuland vorstoßen kann.

Nur beim ersten Hinhören klingt das verständlich. Nicht gesehen werden indes die immensen Gefahren, die dadurch in der Dritten Welt selbst und in anderen Staaten wie Frankreich, die den Weg nach Genf erschweren, heraufbeschworen werden. Denn wie ein Bumerang wird ihr Nein auf ihren eigenen Außenhandel zurückschlagen, und zwar in Form neuer Importhemmnisse an der US-Grenze oder von Washington durchgesetzter freiwilliger Export-Selbstbeschränkungsabkommen.

Natürlich besitzen die Vereinigten Staaten komparative Kostenvorteile im Dienstleistungs- und High-Tech-Bereich, während der mächtige Dollar dabei ist, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes zu ruinieren. In dieser kritischen Phase kommt es Ronald Reagan jedoch in erster Linie darauf an, dem handelspolitisch wütenden Kongreß die legislativen Hände zu binden.

Reagan weiß, daß das Kapitol, vor die Wahl gestellt, der Liberalisierung mehrheitlich immer den Vorzug vor einem sich ausbreitenden Protektionismus geben würde. Deshalb wäre für ihn ein festes Gatt-Datum das beste politische Werkzeug. Mit ihm ließe sich ein hoher Wall aufwerfen gegen die Flut von Schutzgesetzen, die als Reaktion auf das Versagen der „Großen Sieben" in Bonn jetzt den Kongreß überschwemmen. Seit der Verabschiedung des Smoot-Hawley Tariff Act 1930, der die Depression weltweit verschlimmerte, ist die Stimmung in den USA nicht so protektionistisch gewesen.

Die Liste der eingebrachten Gesetzentwürfe hat einen seit damals nicht gekannten Umfang erreicht. Senatoren und Abgeordnete in wachsender Zahl unterstützen inzwischen einen Sonderzoll von 15 bis 20 Prozent auf alle Importgüter. Andere „Bills" richten sich ausschließlich gegen Japan oder die Einfuhr von Telefonen aus Taiwan, Schuhen aus Brasilien und Südkorea, petrochemischen Erzeugnisen aus Saudi-Arabien, Holz aus Kanada, Wein aus Frankreich und Italien oder Hemden und Blusen aus China und Indonesien. Sogar die High-Tech-Industrie ruft um Hilfe.

In dieser kritischen Situation ist Eile das Gebot der Stunde: Reagan braucht die Unterstützung der Partner. In den USA nimmt der protektionistische Druck noch zu, wenn sich das Wirtschaftswachstum weiter verlangsamen und das Handelsdefizit 1985, wie von Malcolm Baldrige vorausgesagt, 150 Milliarden Dollar erreichen sollte.

AUF EIN WORT

„Wenn aus dem Auspuff eines Autos so wenig herauskäme wie aus dem Ministerrat, dann wäre die Welt in Ordnung."

Siegbert Alber, Vizepräsident des Europaperlaments. FOTO: DIE WELT

Stahlfusion am Ende

J. G. Düsseldorf

Einen „Einstellungsbeschluß bis auf weiteres" verkünden die Stahlkonzerne Klöckner und Krupp nebst ihrem potentiellen Partner, Australiens größtem Rohstoffkonzern CRA, für ihr gemeinsames Bemühen, aus deutschem Klöckner/Krupp-Stahlpotential die „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH" mit 10 Mrd. DM Jahresumsatz und hohem Rationalisierungsvorteil zusammenzubringen. Aus Gründen, die „außerhalb ihres Einflußbereichs" lägen, müßten Klöckner wie Krupp nun ihre jeweils eigenen Rationalisierungskonzepte vorantreiben, um rechtzeitig bis zum auf Ende 1985 terminierten Schluß der Subventionen in der EG-Stahlindustrie mögliche Staatshilfe zu erhalten. Seitens der (Bundes-)Politik habe man keine hinreichende Zuversicht bekommen, das Fusionskonzept unter der „notwendigen allseitigen Unterstützung" zu realisieren.

EG-HAUSHALT

Finanzminister einigen sich über Ausgabenrahmen 1986

VWD, Brüssel

Der Rat der EG-Finanzminister hat sich in Brüssel erstmals auf einen Bezugsrahmen für den Haushalt 1986 innerhalb der nur den Rat selbst bindenden Richtlinien für die Haushaltsdisziplin geeinigt. Für obligatorische Agrarausgaben setzte der Rat einen Rahmen der Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen von 20 619,4 Mill. Ecu. Für nicht obligatorische Ausgaben setzte er die Verpflichtungsermächtigungen auf höchstens 8782,4 und die Zahlungsermächtigungen auf höchstens 5536,2 Mill. Ecu fest. Bei den obligatorischen Ausgaben außerhalb des Agrarbereichs wurden die Verpflichtungsermächtigungen auf 2558,4 und die Zahlungsermächtigungen auf 2535,7 Mill. Ecu begrenzt.

Im Rat der Finanzminister wandte sich der Staatssekretär im Finanzministerium, Hans Tietmeyer, gegen jede Defizitpolitik zur Konjunkturstimulierung. Tietmeyer glaubte in der Grundorientierung der EG-Kommission gewisse neue Töne zu entdecken, die von der Bundesregierung beschäftigungswirksame Programme im Wege der Defizitfinanzierung erwarteten. Der Kommission sei die Lektüre des Jahresberichts der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zu empfehlen, die solche Beschäftigungsprogramme für kontraproduktiv halte.

EG-Vizepräsident Christophersen unterstrich, daß sich die EG-Kommission unverändert für eine disziplinierte Haushalts-, Lohn und Geldpolitik einsetze, jedoch bei den Regierungen einzelner Länder einen Spielraum sehe, Subventionen stärker für investitionsfördernde als bestandserhaltende Maßnahmen einzusetzen.

US-UNTERNEHMENS-GEWINNE

Längere Durststrecke, wenn Dollar nicht rascher sinkt

H.-A. SIEBERT, Washington

Stagnierende Unternehmensgewinne in den USA sagt das Wirtschaftsinstitut Data Resources Inc. für die nächsten zwölf Monate voraus. Im ersten Quartal 1985 sanken die Gewinne nach Steuern bereits um 2,8 und gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs um neun Prozent. Im verarbeitenden Gewerbe sind die Gewinne seit Jahresfrist um 13,3 Prozent geschrumpft, während die Dienstleistungs-, Handels- und Verkehrsunternehmen unterm Strich 13 Prozent mehr verdienten.

Als Gründe nennt Data Resources die wechselkursbedingte starke Importkonkurrenz, die es amerikanischen Unternehmen nicht erlaubt, höhere Kosten im Preis weiterzugeben, wieder steigende Löhne und die verlangsamte Industrieproduktion. In den USA dauert der Konjunkturaufschwung immerhin schon 31 Monate, und Facharbeiter werden knapper. Vom überbewerteten Dollar besonders betroffen sind die Hersteller von Konsumgütern. Ihre Gewinne sackten übers Jahr im Quartalsvergleich von 59,4 auf 50,8 Mrd. Dollar (Jahresrate und saisonal bereinigt). Im Bereich langlebiger Gebrauchsgüter nahmen sie von 30,3 auf 27,2 Mrd. Dollar ab.

Wie ernst die Lage in zwei kritischen Wirtschaftszweigen ist, zeigen diese Zahlen: Die Gewinne der Chemie-Industrie sanken von 9,0 auf 6,4, die der Mineralölindustrie von 23,6 auf 19,8 Mrd. Dollar.

Gleichzeitig stellt der Conference Board, das Wirtschaftsinstitut der Industrie, daß der Vertrauensindes der Unternehmer im Vergleich zum April um neun Punkte auf den tiefsten Stand seit dem zweiten Halbjahr 1982 zurückfiel.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neuer „DDR"-Kredit

Frankfurt (dpa/VWD) – Einen neuen Kredit über 600 Mill. Dollar hat die „DDR" von einem internationalen Bankenkonsortium bekommen. Wie die Dresdner Bank, Frankfurt, bestätigte, ist ein entsprechender Vertrag in London unterschrieben worden. Konsortialführer bei den 85 beteiligten Banken sind die Arab Banking Corporation, die First Chicago Ltd und die Industrial Bank of Japan (IBJ). Von deutscher Seite aus gehören die Dresdner Bank und die Commerzbank dem Konsortium an. Der Kredit hat eine Laufzeit von acht Jahren. Die erste Tranche von 80 Millionen Dollar steht sofort zur Verfügung, und zwar zu 3/8 Prozent über der US Prime Rate. Die anderen 520 Millionen Dollar können zu 3/4 Prozent über dem Londoner Interbankensatz (Libor) gezogen werden.

Dollar unter drei Mark

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar ist gestern an den europäischen Devisenmärkten auf den niedrigsten Kurs seit Mitte November 1984 gefallen. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,9720 Mark festgestellt, knapp dreieinhalb Pfennig schwächer als am Vortag mit 3,0063 DM. Die Bundesbank griff nach Händlerangaben in die Kursfindung nicht ein.

Belgien erhöht Diskont

Brüssel (VWD) – Belgien hat den Diskontsatz um ¼ Prozentpunkt auf 9½ Prozent erhöht.

Konditionen geändert

Berlin (tb) – Die Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank hat eine neue Tranche steuerbegünstigter Darlehen nach Pragraph 16 Berlinförderungsgesetz aufgelegt. Die Zinsen betragen bei acht Jahren Laufzeit 4,5 Prozent, bei zehn Jahren fünf Prozent und bei zwölf Jahren 5,25 Prozent. Die Tilgung erfolgt nach drei tilgungsfreien Jahren in gleichen Raten. Die Renditen belaufen sich nach Angaben der Bank je nach Einkommensteuersatz auf 7,97 bis 9,66 Prozent (bisher 8,39 bis 10,23 Prozent) bei 30 Prozent bezw. 56 Prozent Einkommensteuerbelastung.

Mehrfach überzeichnet

Hamburg (dpa/VWD) – Die Springer-Aktie als künftiger Börsenneuling ist weit überzeichnet worden. Man spricht von schätzungsweise 400 Prozent. Dies ist aus Börsenkreisen zu erfahren, obwohl der Ausgabekurs von 335 DM pro 50-DM-Anteil als stattlich bezeichnet wird. Das große Interesse ist nach Ansicht der Börsianer nicht zuletzt auch auf den „guten Namen des Springer-Konzerns" zurückzuführen. Der Taxkurs (geschätzter Kurs) an der Börse liegt zur Zeit bei 400 DM.

Bund senkt Rendite

Bonn (dpa/VWD) – Die Rendite der Bundesobligationen wird heute herabgesetzt. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, führt die im Zuge des Zinssenkungstrends beschlossene Kurserhöhung der 6,75-Prozent-Bundesobligationen (Serie 55 von 1985/1990) auf 100,8 Prozent zu einer Rendite von nur noch 6,56 Prozent. Erst am Montag war die Rendite durch die am Freitag zuvor beschlossene Kurserhöhung von 100,0 auf 100,4 Prozent von 6,75 auf 6,65 Prozent gefallen.

Hoher Handelsüberschuß

Tokio (dpa/VWD) – Der Überschuß in der japanischen Handelsbilanz hat im 1. Halbjahr 1985 den Rekordwert von 17,66 Mrd. Dollar erreicht. Nach vorläufigen Angaben des japanischen Finanzministeriums wurden Waren für 82,25 Mrd. Dollar exportiert. Das sind 0,3 Prozent weniger als im 1. Halbjahr 1984. Die Importe gingen um 6,4 Prozent auf 64,59 Mrd. Dollar zurück. Der Rekordüberschuß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres übertraf klar das Plus der Vorjahresperiode von 13,5 Mrd. Dollar.

HWWA

„Wachstumskräfte haben sich wieder abgeschwächt"

JAN BRECH, Hamburg

Die Aufwärtsbewegung in der Weltwirtschaft hat erheblich an Schwung verloren. Wie das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in seinem jüngsten Lagebericht schreibt, sind vor allem die expansiven Kräfte in den USA verhalten. Aber auch in Westeuropa und Japan habe sich der Anstieg von Gesamtnachfrage und Produktion insgesamt verlangsamt.

Das HWWA geht davon aus, daß das reale Bruttosozialprodukt in den USA im Jahresdurchschnitt 1985 nur noch um 3 (1984: 6,8) Prozent, in Westeuropa um 2,2 (2,4) und in Japan um 4,5 (5,8) Prozent wachsen dürfte. Die Expansion des Welthandels verringert sich von neun auf fünf Prozent. Die Prognose eines nur mäßigen Produktionsanstiegs in den westlichen Industrieländern gründet das HWWA in erster Linie auf die noch zurückhaltende Einschätzung der eigentlichen Wachstumskräfte.

Es gibt nach Meinung des HWWA Anhaltspunkte, daß die notwendigen Anpassungsprozesse noch nicht weit genug gediehen sind. Der Preisauftrieb in den Industrieländern sei mit durchschnittlich 4,5 Prozent trotz seit gut fünf Jahren verfolgter Stabilitätspolitik und hoher Arbeitslosigkeit noch etwa doppelt so stark wie in der langjährigen Mitte vor der weltweiten Inflationsbeschleunigung Ende der sechziger Jahre. Dies zeuge von der Zählebigkeit der Inflationserwartungen und auch davon, daß dem gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit einer Wachstumsförderung durch eine Verschiebung der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen in vielen Industriestaaten enge Grenzen gesetzt sind.

FORSCHUNGSETAT / Die Zuwachsrate liegt höher als beim Gesamthaushalt

Schlüsseltechnologien stärker gefördert

HEINZ HECK, Bonn

Der Forschungsetat 1986 wird nach dem vom Kabinett am 1. Juli verabschiedeten Entwurf um 3,6 Prozent auf 7,45 Milliarden Mark ansteigen (Zuwachsrate des Bundeshaushalts 2,4 Prozent). Aus diesem Etat werden etwa 70 Prozent der zivilen Forschungsausgaben des Bundes und rund 13 Prozent der gesamten deutschen Forschungsausgaben finanziert. Die staatliche Forschungsförderung konzentriert sich auf die Grundlagenforschung, die allgemeine Daseinsvorsorge (Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen) sowie Schlüsseltechnologien und Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft.

Forschungsminister Heinz Riesenhuber trat bei der Erläuterung seines Etats den von der Wissenschaft geäußerten Befürchtungen entgegen, daß die Grundlagenforschung wegen deutscher Beteiligungen an der Trägerrakete Ariane V und der Weltraumstation Columbus notleidend werden könnte. Seit dem Regierungswechsel 1982 sei der Anteil der Grundlagenforschung überdurchschnittlich gestiegen. Noch 1982 habe dieser Anteil 27,4 Prozent betragen; in diesem Jahr seien es 34,3 Prozent und im Haushalt 1986 voraussichtlich 36 Prozent. Das habe es bisher „auch annähernd nie gegeben", betonte Riesenhuber.

Die Ausgaben für Schlüsseltechnologien (ohne Energieforschung) steigen 1986 auf 1,97 Milliarden Mark mit einem Anteil von 26,5 Prozent am Gesamthaushalt. Die Steigerungsrate insgesamt beträgt 17,3 Prozent, im einzelnen für Informationstechnik 16,5 Prozent, Biotechnologie 29,4 Prozent und physikalische Technologie 22,6 Prozent. Auch für Vorhaben der staatlichen Daseinsvorsorge (Umwelt, Gesundheit) gebe es hohe Steigerungsraten.

Die Ausgaben für nukleare Energieforschung zum Beispiel werden dagegen drastisch zurückgefahren (minus 28,3 Prozent). Auf den Dauerbrenner Kohleverflüssigungsanlage angesprochen, betonte Riesenhuber, ein solches Projekt müsse nicht an Haushaltsfragen scheitern; aus den interessierten Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Saarland) gebe es aber bisher noch keine entscheidungsfähigen Unterlagen. Damit rechnet er frühestens gegen Ende dieses Jahres.

Am kommenden Dienstag wird es in Paris eine Eureka-Konferenz auf Ministerebene geben. Im 86er Haushalt, so wurde deutlich, wird sich dieses Forschungsprogramm allenfalls mit einigen Millionen Mark für die Planungsphase (Projektauswahl) niederschlagen. Riesenhuber betonte, daß als Auswahlkriterium der zivile Nutzen eines Vorhabens ausschlaggebend sei.

JAPAN

Importe werden weiter gefördert

VWD, Tokio

Die japanische Regierung hat gestern angekündigt, als „zweite Stufe" ihres Aktionsprogramms zur Förderung der Importe die Regeln für die Zulassung ausländischer Güter auf dem japanischen Markt zu erleichtern.

Erst kürzlich hatte Tokio als „erste Stufe" des Aktionsprogramms die Senkung der Zölle auf 1860 Industrie- und Agrargüter bekanntgegeben. Der Generaldirektor des Büros für Welthandel im Handelsministerium, Kuroda, erklärte, in der zweiten Stufe würden einige „unsichtbare" Handelshemmnisse fallen. So werde das Ministerium künftig die Sicherheitszertifikate der ausländischen Produzenten für Elektrogüter als ausreichend akzeptieren und keine zusätzlichen Prüfungen in Japan verlangen.

Innerhalb von drei Jahren werde Tokio die Normen der internationalen elektrotechnischen Komission übernehmen. Im Ausland ermittelte klinische Testdaten für Pharmazeutika würden künftig für alle Medikamente akzeptiert, die auf Japaner nicht anders wirkten als auf die Menschen anderer Vöker, die japanischen Komitees für Lebensmittelnormen würden in Zukunft auch auf ausländische Expertisen zurückgreifen.

Die verschiedenen japanischen Ministerien werden nach Kurodas Worten bei den Bemühungen um vermehrte Einkäufe im Ausland vorangehen, um der japanischen Wirtschaft ein Beispiel zu geben. Ausländische Anbieter würden bei der Beschaffung den japanischen Anbietern gleichgestellt. Damit gebe Japan der Welt ein Beispiel.

TCHIBO / Cash-Management und Beteiligungen sorgten für Gewinnsteigerung – Umsatz leicht zurückgegangen

Nach dem „Kaffeekrieg" eine Phase der Besinnung

JAN BRECH, Hamburg

Das Ende des „Kaffeekrieges" im Frühjahr 1984 hat bei Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG, Hamburg, eine Phase der Rückbesinnung eingeleitet. Strategisch, so betont Vorstandsmitglied Horst Pastuszek, sei es aber notwendig gewesen, den Versuch des Konkurrenten Jacobs zu vereiteln, sich über eine neue Rösttechnologie und veränderte Packungsgrößen gleichsam aus dem Oligopol am Kaffeemarkt herauszudifferenzieren. Daß Tchibo in der Abwehrschlacht taktische Fehler begangen habe, stehe auf einem anderen Brett. „Nur wer nichts tut, macht auch keine Fehler", kommentiert Pastuszek.

Der Rückbesinnung im Jahre 1984 ist nun das Jahr der „Erprobung" gefolgt. Tchibo werde sich nicht noch einmal unvorbereitet von neuen Strukturen am Markt überraschen lassen, betont Pastuszek. Die Ziele des Unternehmens seien neu formuliert und mündeten in eine qualitative Marktstrategie. Um sich von Kaffee als „Stapelware" abzuheben, werde Tchibo künftig noch größeres Gewicht auf die Elemente Frische, Qualität und Sortenvielfalt legen. Das Gebrauchsgütergeschäft in den Filialen bleibe zwar erhalten, bekomme aber eine neue Struktur. Zu dem im Berichtsjahr um knapp ein Prozent zurückgegangenen Umsatz von 1,9 Mrd. DM trägt dieser Bereich traditionell rund 20 Prozent bei.

Die Strategie des Wachstums über die Qualität, die nach den Worten von Pastuszek natürlich ihren Preis hat, verbindet Tchibo mit Experimenten in den großen Verbrauchermärkten. Über diese Vertriebsschiene gehe inzwischen fast 3 Prozent des Röstkaffee-Absatzes. Dem wachsenden Strom von Kunden in die Verbrauchermärkte müsse Tchibo folgen. Zurzeit gebe es zehn Tchibo-Filialen in großen Verbrauchermärkten und zehn Depots verbunden mit dem Verkauf von Spezialitäten im Fast-Food-Geschäft. Entscheidungen über weiteres Vorgehen auf diesem Feld sollen im Herbst getroffen werden. Die bisherigen Reaktionen der Abpacker, die Tchibo offenbar über den Preis aus ihren angestammten Märkten vertreiben wollen, schrekken Pastuszek nicht. Mit Preisunterbietung sei das Tchibo-Konzept allein nicht aus den Angeln zu heben. Generell werde sich Tchibo spätestens in drei Jahren in einem anderen Kleid präsentieren.

Trotz aller Blessuren, die Tchibo im „Kaffeekrieg" abbekommen hat, fehlt es dem Unternehmen nicht an finanzieller Kraft, um neue Aktivitäten zu erproben und auch durchzustehen. Die Liquidität ist nach wie vor überragend, die Finanz- und Bilanzstruktur über jeden Zweifel erhaben. Im Beteiligungsvermögen, zu dem eine Schachtel an der industriellen Perle Beiersdorf und ein maßgeblicher Anteil an dem Hamburger Reemtsma-Konzern gehören, befinden sich zudem erhebliche stille Reserven.

Tchibo hatte es 1984 nicht nötig, von der sehr konservativen Bilanzpolitik abzuweichen, um das Ergebnis zu „schönen". In der Bewertungspolitik habe es keine Veränderungen gegeben, erklärt Pastuszek. Dennoch zeichnet der ausgewiesene Gewinn von 49,6 (43) Mill. DM ein Bild, das der Ertragsentwicklung im Kaffeegeschäft nicht entspricht. Pastuszek räumt unumwunden ein, daß sich das operative Ergebnis ganz erheblich verschlechtert hat. Hierzu habe einmal der Mengenverlust von 8 Prozent beigetragen, zum anderen deutlich höhere Marketingaufwendungen, um verlorengegangene Kunden zurückzuerobern und schließlich gravierende Spannenverluste. Mehr als die Hälfte der 100 Mill. DM, um die der Rohertrag zurückgegangen ist, entfallen auf Spannenverluste infolge der sich öffnenden Schere von Einstandskosten und Verkaufserlösen.

Den Gewinn, von dem 14 Mill. DM der Rücklage zugeführt werden, verdankt Tchibo einem erfolgreichen Cash-Management, einem positiven Beteiligungsergebnis sowie starken steuerlichen Entlastungen, die im Berichtsjahr aufgrund außerordentlicher Vorgänge in den Vorjahren, so etwa einer Teilwertabschreibung von 90 Mill. DM auf die Reemtsma-Beteiligung, wirksam geworden sind.

Die Spannen im Kaffeegeschäft, so betont Pastuszek, blieben auch in diesem Jahr das Problem. Im Durchschnitt der Branche fehlten nach wie vor 40 bis 50 Pfennig je Pfund, um die Verteuerung der Rohwaren zu dekken. Mengenmäßig sei das Desaster im Zusammenhang mit der neuen Rösttechnologie und der 400-Gramm-Packung dagegen ausgebügelt. Bei deutlich zweistelligen Zuwachsraten steige der Marktanteil von Tchibo, der auch im Berichtsjahr „signifikant" über 20 Prozent gelegen habe, wieder. Die gesamte Kaffeebranche hat nach Schätzungen von Pastuszek im ersten Halbjahr ein Plus von 6 bis 7 Prozent erreicht.

SAARBERGWERKE / Positives Kohle-Ergebnis

Mitarbeiterzahl geht zurück

HANS BAUMANN, Saarbrücken

Auch im Geschäftsjahr 1984 der Saarbergwerke AG, Saarbrücken, bildeten die Energieaktivitäten den Schwerpunkt des Geschäftes mit den Hauptprodukten Kohle, Koks, Strom und Öl. Diese vier Erzeugnisse hatten am Konzernumsatz von 7,0 (6,6) Mrd. DM einen Anteil von 92 Prozent. Der Jahresfehlbetrag wird mit 82,5 Mill. DM ausgewiesen, der im Konzern durch den Verlustvortrag aus 1983 auf 107 Mill. DM steigt. In der AG blieb der Verlust in etwa auf der gleichen Höhe wie im Konzern. Er betrug 77 Mill. DM. Im Vorjahr war das Ergebnis allerdings ausgeglichen.

Im Kernbereich Kohle, Koks und Strom schloß das Geschäftsjahr mit einem Plus von über 25 Mill. DM ab. Wie der Vorsitzende des Vorstandes, Rudolf Lenhartz, bei der Erläuterung des Abschlusses erklärte, gelang in der Sparte Bergbau eine Kostenreduzierung um 16 Mill. Mark. Bei der Betrachtung des Überschusses im Bereich Kohle müsse jedoch berücksichtigt werden, daß überplanmäßig mehr als 200 Auszubildende eingestellt worden seien und daß sieben Anpassungsschichten eine Nettobelastung von 24 Mill. Mark verursacht hätten.

Die Sachinvestitionen betrugen 200 (330) Mill. Mark. Schwerpunkt mit 137 (235) Mill. Mark waren wieder die kohlebezogenen Aktivitäten. Im Vordergrund standen Schachtbauprojekte und maschinelle Einrichtungen unter Tage. Die Frage, ob Saarberg die von ihr entwickelte Technologie zur Kohleverflüssigung nun anderweitig verwerten werde, nachdem die neue Regierung an der Saar auf die Nutzung verzichtet habe, beantwortete Lenhartz mit einem Gedankenspiel: In Alberta zum Beispiel gebe es riesige Mengen Kohle, die unter 140 DM je Tonne koste. Es fehle aber die Infrastruktur, um diese Kohle in die Häfen zum Export zu bringen. Vielleicht biete sich in solchen Gebieten die Kohleverflüssigung und der Bau einer relativ billigen Pipeline an.

Die Saarbergwerke haben im Berichtsjahr 10,25 (10,0) Mill. Tonnen Kohle gefördert. Die Steigerung erklärt sich durch die höhere Zahl der Fördertage. Auch die Schichtleistung je Mann unter Tage erhöhte sich um 6,5 Prozent auf 4890 Kilogramm. Im ersten Halbjahr 1985 hat sie sogar die 5000-Kilogramm-Marke überschritten.

Der Absatz stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf 10,6 Mill. Tonnen. Das Kohlelager verringerte sich dadurch von 1,7 auf 1,3 Mill. Tonnen. Es verminderte sich im ersten Halbjahr 1985 weiter auf 1,1 Mill. Tonnen. Nach Lenhartz hat sich die Absatzlage 1985 verbessert, weil die ersten Monate besonders kalt waren. Hinzu kamen Bezüge der „DDR", die in Versorgungsschwierigkeiten geraten war. Saarberg habe sofort 160 000 Tonnen Nußkohle liefern können, sagte Lenhartz.

Die Brutto-Stromerzeugung von Saarberg stieg 1984 um rund 17 Prozent auf über 9 Mrd. kWh. Im ersten Halbjahr 1985 lag die Stromerzeugung etwas unter dem Vorjahresniveau.

Im Berichtsjahr verringerte sich die Zahl der Beschäftigten der Saarbergwerke AG um 2,9 Prozent auf 24 556 (25 283) Mitarbeiter. Davon waren 12 726 (12 952) unter Tage beschäftigt. Auch im ersten Halbjahr 1985 wurde die Belegschaft weiter reduziert. Ende Juni waren bei der AG 23 961 Mitarbeiter beschäftigt, davon 12 251 unter Tage. Die Konzernbelegschaft ging auf rund 30 000 zurück. Ende 1984 waren 2659 Jugendliche in der Ausbildung, das sind rund 11 Prozent der Gesamtbelegschaft.

KODAK / Nach drei Verlustjahren werden nun wieder schwarze Zahlen geschrieben

Erstmals Umsatz-Milliarde übertroffen

WERNER NEITZEL, Gruibingen

„Eher in Dur als in Moll" sieht die Kodak AG, Stuttgart, Tochter des amerikanischen Fotoriesen Eastman Kodak, die Perspektiven für die Fotografie und die eigenen geschäftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Noch immer gebe es hier für Innovationen ausreichend Raum, wie beispielsweise im Filmsektor der Trend zu höheren Empfindlichkeitsstufen zeige. So befindet sich denn auch die Kodak AG nach Einschätzung ihres Vorstandsvorsitzenden Ernst Lieser „zweifellos im Aufwind". Für das Geschäftsjahr 1985 rechnet er mit einem Umsatzzuwachs von 15 Prozent.

Dabei entfalte insbesondere das Exportgeschäft starke Wachstumskräfte. Von den Sparten her sind es vor allem die Fachbereiche (Röntgen, graphisches Gewerbe), die deutlich aufwärts tendieren. Auch die Ergebnisentwicklung verlaufe positiv. Der Optimismus ist verständlich, hat es das Unternehmen doch im Geschäftsjahr 1984 geschafft, nach drei Verlustjahren erstmals wieder schwarze Zahlen zu schreiben.

Nachdem in 1984 (allerdings durch hohe Sonderkosten mitverursacht) ein Jahresverlust von 76,6 Mill. DM ausgewiesen worden war, erzielte die Kodak AG im Berichtsjahr 1984 einen Jahresüberschuß von 13,5 Mill. DM. Nach Zuführung von 0,7 Mill. DM an die Rücklagen beläuft sich der Bilanzgewinn auf 12,8 Mill. DM. Er wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Der steuerliche Verlustvortrag beträgt über 100 Mill. DM.

Auslöser für diese wesentliche Ergebnisverbesserung war der von der Kodak AG bewerkstelligte kräftige Umsatzzuwachs um 26,3 Prozent auf 1005 Mill. DM, womit also erstmals die Umsatzmilliarde übersprungen wurde. Dazu beigetragen haben außer der leicht verbesserten Lage auf dem deutschen Fotomarkt eine „unerwartet starke" Nachfrage nach Amateurfilmen und Papieren sowie hohe Exporte von Fachgeräten.

Der Anteil des Exports (vorwiegend an ausländische Schwestergesellschaften und an die Konzernmutter) am Umsatz vergrößerte sich auf 16 (11) Prozent und dürfte in diesem Jahr 20 Prozent überschreiten. Die Entwicklung des Dollar-Wechselkurses und die Umstrukturierung in der Fertigung – der Anteil der für den Konzern gefertigten Produkte hat zugenommen – sind dabei die Schrittmacher.

Rund 30 (25) Prozent des Umsatzes entfällt auf Eigenfertigung, in welche die Fototechnik, Farblabor, Kundendienst und das gut laufende Geschäft mit Hochleistungsfotokopierern einbezogen sind. Der Anteil der Handelswaren (vor allem fotochemische Erzeugnisse und auch Disc-Kameras) liegt demnach bei 70 (75) Prozent. 60 Prozent des Kodak-Umsatzes entfallen auf den Amateursektor, 40 Prozent auf den Fachbereich.

Die Produktion von Sofortbildkameras für Amateure läuft bei der Stuttgarter Gesellschaft aufgrund der stark abgesunkenen Absatzzahlen – wie angekündigt – derzeit aus. Vorerst zurückgestellt hat man in Europa auch die Markteinführung des neuen „Kodavision"-Programms (Videocamera mit integriertem Recorder auf Basis der 8-Millimeter-Band-Technologie). Dazu Lieser: „Wir wollen die derzeitige Hektik am Markt nicht mitmachen."

Die Investitionen sollen im laufenden Jahr über 60 Mill. DM liegen nach 57,5 (67,1) Mill. DM bei 39 (47,9) Mill. DM Abschreibungen im Berichtsjahr. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich auf 3644 Mitarbeiter (plus 1,4 Prozent), bis Ende des Jahres soll weiter auf etwa 3850 Mitarbeiter aufgestockt werden.

Gesellschaft gegründet

dpa/VWD, Frankfurt

Die Gründung einer neuen Gesellschaft zur Vermarktung des Finanzinformationsdienstes „Telerate", der Interfinet/VWD GmbH mit Sitz in Frankfurt, haben am Montag AP-Dow Jones/Telerate und VWD-Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, Eschborn, bekanntgegeben. Hauptanteilseigner der deutschen Gesellschaft sind AP-Dow Jones/Telerate über ihre Tochter Interfinet (UK) Ltd. in London. Die Gründung tritt an Stelle der Vereinbarung, nach der VWD das Telerate-System als Agent vertrieben hatte.

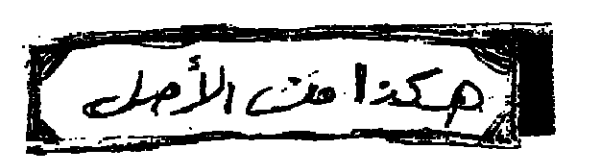
Telerate ist Anbieter von Real-Time-Finanzinformationen für Banken, Makler und andere Finanzinstitutionen. In einer gemeinsamen Erklärung des VWD-Geschäftsführers Rolf Poppe mit dem Geschäftsführer der neuen Gesellschaft, John Jessop, heißt es: „Die neue Gesellschaft bedeutet eine Stärkung der Bande zwischen den beiden Organisationen, bezogen auf das Telerate-Projekt, und sie ist auf das Ziel gerichtet, eine aggressive Verkaufskampagne auf dem wichtigen deutschen Markt in Gang zu setzen." AP-Dow Jones/Telerate ist eine Gesellschaft mit Sitz in New York, die der Telerate Inc. und AP-Dow Jones gehört.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Amberg: Vetter Betonwerke GmbH, Auerbach-Michelfeld; **Arnsberg:** Heringhäuser Industrie-Service Personal-Leasing GmbH, Bestwig-Heringhausen; ECR-Kaltrund-Profile-Vertriebs GmbH; **Bamberg:** Rudolf Naumann, Kaufm., Inh. d. Wilhelm Henninger; **Beckum:** Bauplanungsbüro Becker GmbH; **Detmold:** Rosemeier GmbH Natur- und Kunststeinbetrieb, Barntrup; **Dortmund:** Sonnak GmbH & Co. Malerbetrieb und Raumgestaltung, Lünen; Autohaus Am Westfalendamm GmbH; **Esslingen:** Presswerk Schwaben Otto Single GmbH und Co. KG, Plochingen; **Gütersloh:** V. Goertz GmbH, Herzebrock-Clarholz; **Hildesheim:** Heinrich Ernst, Elektro- u. Straßenbaumeister, Giesen OT Hasede; **Kiel:** a) Reimer & Schmidt GmbH & Co. KG b) Betonwerk Erich Müller GmbH & Co. KG; **Krefeld:** Nachl. d. Wilhelm Hans Klaaßens; **Mannheim:** SIM Sanitär- u. Industriebedarf Mannheim GmbH; PS – Pharma-Maschinen u. Geräte GmbH; **Münster:** RFA-Leasing GmbH; Ferdinand Wellerdieck OHG; **Neuss:** H. Schäfer & Cie. GmbH, Korschenbroich-Kleinenbroich; **Nürnberg:** Hans Lang steppzet GmbH, Schwabach; **Offenburg:** Kohler GmbH, Hoch-Tiefbau Zimmerei & Co. KG, Zell am Harmersbach; **Osterholz-Scharmbeck:** Rudolf Röhrmann KG; **Pinneberg:** Edith Pfannenschmidt geb. Troschka, Halstenbek; Wickers Automatische Verpackungssysteme GmbH, Rellingen 2; **Stuttgart:** Haug Bauges. mbH, Sindelfingen; **Uelzen:** Utz Ritter, Bauing. Inh. d. Klasen & Co.; Friedrich Klasen KG; Friedrich Klasen; **Waldbröl:** Nosbach, Hoch- u. Tiefbau GmbH, Reichshof-Brüchermühle; **Weißenburg:** Nachl. d. Hans Otto Hoffmann.

Konkurs beantragt: Siegen: Conto Control Filtec Kontrollanlagen GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Düren: W. Merkens, Wasseraufbereitungsges. mbH, Kreuzau; **Stuttgart:** KG i. Wilhelm Weller Möbelfabrik, Nürtingen.



HERTIE / Reform der Führungsstruktur im Verkauf

Mehr Häuptlinge als Indianer

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Hertie gewinnt wieder an Fahrt", freut sich Jürgen Krüger, Verkaufsvorstand des drittgrößten deutschen Warenhauskonzerns. Nachdem das Familienunternehmen 1984 mit einem Umsatzrückgang um 6,1 Prozent auf 5,7 (6,1) Mrd. DM deutlich schlechter abgeschnitten hatte als der Durchschnitt der Branche (minus 3 Prozent), ging es im ersten Halbjahr 1985 auf die Überholspur.

Während die Branche weiterhin auf Talfahrt blieb, steigerte der Konzern seinen Umsatz (auf unveränderter Verkaufsfläche) um gut 3 Prozent auf 2,67 Mrd. DM. Der Vorsprung und möglichst auch die Zuwachsrate sollen auch im zweiten Halbjahr gehalten werden. Dennoch wird auch für 1985 noch kein Betriebsgewinn unter dem Strich stehen. In den vergangenen acht Jahren hatte Hertie Betriebsverluste von insgesamt 517 Mill. DM eingefahren, davon 146 Mill. DM allein im vergangenen Jahr.

Trotz erheblicher außerordentlicher Erträge wird dieser Betriebsverlust auch in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt, voll ausgewiesen. Rund 158 Mill. DM an Erträgen aus Anlageabgängen (Verkauf nicht betriebsnotwendiger Grundstücke und Gebäude in Berlin sowie Verkauf des Hauses Neukölln an eine Leasing-Gesellschaft mit Rückmiete) wurden mit 120 Mill. DM in der 6b-Rücklage und ansonsten in Pensionsrückstellungen von 39 Mill. DM über Normaldotierung untergebracht.

Der hohe Jahresverlust (Finanzchef Lothar Deppe: „Ein Rückschlag auf dem Weg aus der Verlustzone") hat sich dank der Aktivierung stiller Reserven nur relativ geringfügig auf die Eigenkapitalquote ausgewirkt: Bei einer um 30 Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme ging sie nur auf 33,8 (36,3) Prozent zurück.

Bei der Rückkehr in schwarze Zahlen soll ein Umstrukturierungs- und Reorganisationsprogramm helfen, das zunächst auf drei Jahre angelegt ist. Im Visier hat die Hertie-Mannschaft dabei drei Hauptziele:

- Ein computergesteuertes Warenwirtschaftssystem soll die Logistik effizienter machen und die Reaktionsfähigkeit am Markt stärken.
- In engem Zusammenhang damit sollen die Warenhäuser in Regionalverbünden zusammengeschlossen werden.
- Die Führungsstruktur im Verkauf soll erneuert werden. Krüger: „Stellenweise hatten wir mehr Häuptlinge als Indianer" – sprich: mehr Abteilungsleiter als untergeordnete Führungskräfte.

Auch in der Sortimentspolitik gibt es einen Schwenk: „Das Trading-up hat im Warenhaus seine Grenzen erreicht. Für das normale Warenhaus – die meisten unserer Verkaufsfilialen – ist der Kunde die Familie Jedermann." Neben solcher Stärkung der günstigeren Preissegmente sollen die ertragsschwachen Sortimente systematisch ausgedünnt werden.

Wir stark sich Rationalisierung und neue Strukturen auf die Belegschaftsstärke – 1984 weiter auf 33 760 (36 190) Mitarbeiter gesunken – auswirken werden, mag der Vorstand noch nicht vorhersagen. Noch sind die Zielgrößen bei den Leistungskennziffern mit 169 000 (168 000) DM Umsatz je Mitarbeiter und 6641 (6914) DM je Quadratmeter Verkaufsfläche nicht erreicht.

FLICK-KONZERN / Rückzug bei Krauss-Maffei bis auf Kartellamtssegen perfekt

Vormarsch zu größeren Investitionen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mehr Gewinn, mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze – in diesem Dreigestirn positiver Daten, bei dessen Anblick auch Politiker-Herzen höher schlagen könnten, präsentiert der größte und „spendenumwitterte" deutsche Familienkonzern seinen Abschluß für 1984. Die drei unter dem Dach der Düsseldorfer Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA (IV) zusammengefaßten Industriegruppen (Buderus, Feldmühle, Dynamit Nobel) haben, läßt man den stets schwankungsreichen Wehrtechnik-Bereich der Buderus-Tochter Krauss-Maffei AG beiseite, ein Umsatzplus von 11,2 Prozent erzielt, das deutlich über den 6,5 Prozent Steigerung der Gesamtindustrie lag.

Vermutlich in Vorbereitung des Ausscheidens von Komplementär Hans Werner Kolb (65), der mit Ablauf seines Vertrages zum 30. Juni 1986 in den Ruhestand geht, hat Konzerneigentümer Friedrich Karl Flick (58) eine weitere Ergänzung der Geschäftsfühung seiner „IV-Holding" vorgenommen. Nach dem zum 1. Juni 1985 vom US-Rohstoffkonzern Amax gekommenen Rolf Genssler (56) wird zum 1. September Wolfgang Laaf (58), bisher Vorstandsmitglied (und künftig Aufsichtsratsvorsitzender) der Edelstahlwerke Buderus AG in die Geschäftsführung eintreten. In der dann (bis zu Kolbs Ausscheiden) fünfköpfigen Führungsspitze wird es außer dem Eigentümer (als Vorsitzender) nach Kolb keinen Geschäftsführer in der herausgehobenen Position des persönlich haftenden Gesellschafters mehr geben. Von der alten Garde der einst zehn familienfremden IV-Geschäftsführer ist nur der Finanz- und Steuerfachmann Heribert Blaschke (53) übriggeblieben.

Nach Ausschaltung des vorjährigen (bereits versteuerten) Sonderertrags von 194 Mill. DM aus Liquidation einer Curaçao-Finanzholding zeigt der nun ausgewiesene Konzern-Jahresüberschuß immerhin eine Verbesserung um 105 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand. Bis auf wieder 10 Prozent Dividende für 700 Mill. DM Aktienkapital der IV-Holding läßt der Konzernherr alles in der Firma.

Da soll auch, erläutert IV-Komplementär Hans Werner Kolb als Statthalter des fern seiner Düsseldorfer Zentrale residierenden Konzernherrn und mit freimütigem Eingeständnis eigener Erkenntnis-Grenzen im nun letzten vollen Amtsjahr vor seinem späten Ruhestand, der reichlich 100 Mill. DM schwere Buchgewinn aus Flicks aktuellster Transaktion landen: Bis auf den „spätestens Mitte September" fälligen Spruch des Bundeskartellamts perfekt ist der Rückzug aus der „Panzerschmiede" Krauss-Maffei auf nur noch 15 (bislang 100) Prozent Anteil an 16,25 Mill. DM Aktienkapital (Buchwert 32 Mill. DM) dieses im Berichtsjahr auf 1,7 (1,9) Mrd. DM Umsatz abgestiegenen Unternehmens.

Abseits der Panzerschmiede signalisiert Statthalter Kolb für die drei Inlandsgruppen des Konzerns auch für 1985 (und mindestens auch für 1986) einen noch beträchtlicheren Investitionsanstieg auf mehr als 0,5 Mrd. DM. Die Langfrist-Strategie des Konzernherrn (soweit er sie beurteilen könne) ziele klar auf maximale Stärkung seiner Industrietöchter, von denen keine zum Verkauf anstünde.

Die großen Worte begleiten große Taten. Um mehr als die Hälfte über das schon 1984 deutlich gewachsene Niveau sollen in Flicks Inlandskonzern ab 1985 die Sachinvestitionen mit starkem Akzent bei Kapazitätserweiterung auf eine Jahresrate von gut 0,5 Mrd. DM wachsen. Die noch in der Schweiz gelegenen restlichen 2 Prozent von 140 Mill. DM Dynamit-Aktienkapital wurden 1984 gekauft und machten das meiste vom Zuwachs des IV-Beteiligungskontos auf 3,26 (3,24) Mrd. DM aus.

Ein (auch im Ertrag) höchst ansehnliches Konto vom wahren Geschäft des Flick-Konzerns. Es repräsentiert, rechnet man alle Beteiligungen ab 20 Prozent anteilig mit, dazu den Gerling-Versicherungskonzern und das verbliebene Daimler-Zehntel, rund 26,1 (24) Mrd. DM Gesamtumsatz. Und allein in den Beteiligungen an Daimler und am US-Konzern Grace derzeit einen Kurswert von etwa 4,7 Mrd. DM.

Flick-Gruppe [1])Gerling	1984	±%
Umsatz (Mill. DM) [1])	10 516	+ 5,7
Exportanteil (%)	37,9	(37,9)
Gesamtleistung	11 377	+ 6,7
Rohertrag	4 050	+ 6,3
Personalaufwand	2 328	+ 2,2
Beschäftigte	13 205	+ 1,5
Sachinvestitionen	307	+ 19,5
Abschreibungen	364	+ 4,0
Brutto-Cash flow	823	+ 13,8
Zinsaufwandsaldo	94	- 16,8
EEV-Steuern	250	+ 22,0
Jahresüberschuß	206	- 31,2
Ausschüttung Holding	70	(70)

[1]) Inlandskonzern ohne Gerling.

KOLBERMOOR / Unternehmensberater soll helfen

Probleme nur bei der Mutter

DANDWARD SEITZ, München

Getragen von der weiterhin positiven Textilkonjunktur – wenngleich gegenüber dem Vorjahr deutlich verhaltener – ist die Kolbermoor-Gruppe im laufenden Jahr in allen Betrieben gut ausgelastet. Der vergleichsweise hohe Auftragsbestand sichert, wie Aufsichtsratsvorsitzender Karl Daniels und Vorstandssprecher Emil Zepf in München mitteilten, für das zweite Halbjahr 1985 ein hohes Beschäftigungsniveau. Teilweise habe man schon Aufträge für 1986 hereinnehmen können.

In den ersten fünf Monaten 1985 verzeichnete der Konzern ein Umsatzplus von 10,7 Prozent im Vergleich zur Vorjahreszeit. Besonders positiv sei dabei die Entwicklung der drei Spinnwebereien (Pfersee, Momm und Kempten) gewesen, die ein Plus von fast 12 Prozent erreicht hätten.

Schon 1984 waren die Spinnwebereien, begünstigt durch die baumwollfreundliche Mode, die stärkste Säule des Konzerns. Insgesamt kamen sich auf ein Umsatzplus von 6,3 (10,5) Prozent auf 201,5 Mill. DM. Dazu steuerten Pfersee 107,7 Mill. DM (plus 7,7 Prozent), Momm 57,9 Mill. DM (plus 3,9 Prozent) und Kempten 35,8 Mill. DM (plus 6 Prozent) bei. Einschließlich ihrer Tochtergesellschaften kletterte der Umsatz um 5,5 Prozent auf 212,0 Mill. DM. Die Exportquote stieg auf 30 (27) Prozent.

Zufrieden zeigten sich Daniels und Zepf denn auch mit der Ertragsentwicklung in diesem Bereich. Bei Pfersee habe sich das Ergebnis günstig entwickelt, so daß in angemessenem Umfang für die kommenden Jahre habe Vorsorge getroffen werden können. Mit einem „hervorragenden Ergebnis" habe aber Momm mit einem „beachtlichen Anteil" zur Ausschüttung von Pfersee von unverändert 20 DM je 100-DM-Aktie und dem (neuen) Bonus von 5 DM beigetragen.

Licht und Schatten gab es hingegen, so Daniels, bei den beiden Verkaufsspinnereien des Konzerns – BSU Textil und Kolbermoor. Mit einem Umsatzplus von rund 25 Prozent kamen beide Gesellschaften (einschließlich Töchter) zusammen erstmals auf knapp 130 Mill. DM. Auf Kolbermoor entfielen davon 59 Mill. DM (plus 27,2 Prozent) und BSU 59,1 Mill. DM (plus 25,7 Prozent). Beide Spinnereien seien das ganze Jahr über voll ausgelastet gewesen, wobei in Teilbereichen sogar Sonderschichten hätten gefahren werden müssen.

Während die BSU noch ein positives Ergebnis erzielte, wird das positive Bild, so Daniels, auch 1984 durch die weiter negative Ertragsentwicklung bei der Spinnerei Kolbermoor, die auch als Obergesellschaft fungiert, getrübt. Ihr Betriebsverlust hat sich entgegen den Erwartungen auf 5 (4 nach 1,4) Mill. DM erhöht. Laut Zepf ist dies im wesentlichen auf hohe Personalkosten sowie erneut auf Installations- und Umstellungskosten zurückzuführen. Als Jahresüberschuß werden nur noch 0,027 (0,83) Mill. DM ausgewiesen. Leer gehen daher die Aktionäre aus, nachdem für 1983 noch eine auf 10 (14) DM je 100-DM-Aktie gekürzte Dividende gezahlt worden war.

Den Dividendenausfall wollen Daniels und Zepf nicht als ein „Aushungern" der Aktionäre verstanden wissen. Man habe nur nicht gewollt, daß „mit einer Auschüttung aus finanziellen Mitteln der Töchter das Problem Kolbermoor überdeckt wird". Verluste hätten der Mutter die Maschen- und Möbelstoffgarn-Sparte gebracht. Nun soll ein Unternehmensberater ein umfassendes Sanierungskonzept erarbeiten, zumal man nicht erwartet, den Betriebsverlust 1985 entscheidend zu verringern.

BKB / Umwelt-Investitionen von 400 Millionen DM

Buschhaus prägte 1984

DOMINIK SCHMIDT, Helmstedt

Die Braunschweigische Kohlenbergwerke AG (BKB), Helmstedt, die über den hannoverschen Stromversorger Preußenelektra zum Düsseldorfer Veba-Konzern gehört, ist in ihrer Geschäftsentwicklung des Jahres 1984 nachhaltig von der gerichtlich untersagten Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus geprägt worden. Wie der Vorstand in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht schreibt, sind die Arbeiten zur Indienstnahme nach dem revidierten Urteil in vollem Gange: Die Aufnahme der Stromerzeugung stehe nun bevor, heißt es weiter.

Bereits Ende 1984 hat die BKB den Auftrag zum Bau einer Rauchgas-Entschwefelungsanlage für das Kraftwerk Buschhaus und den Block C des Kraftwerks Offleben II vergeben. Angelaufen sind zugleich die Vorarbeiten für die Entschwefelung der Blökke A und B im Kraftwerk Offleben. Das gesamte Umweltschutzprogramm erfordere Investitionen von über 400 Mill. DM. Außerdem fielen zusätzliche Betriebskosten in erheblichem Umfang an. Trotz der öffentlichen Hilfen werde die Ertrags- und die Finanzkraft der BKB in den nächsten Jahren bis an die Grenze des Vertretbaren belastet.

In den Kraftwerken Offleben I und II erzeugte die BKB 1984 mit 3915 Mill. kWh um 6,4 Prozent weniger Strom als im Vorjahr. Die Rohkohleförderung ging auf 4,23 (4,57) Mill. t zurück. Die Stromabgabe verringerte sich um 5,8 Prozent auf 3823 Mill. kWh, wobei in das eigene Versorgungsgebiet 4 Prozent mehr Strom geliefert wurden.

Der Rückgang der Erlöse aus Nebengeschäften ließ den Umsatz insgesamt um 4,1 Mill. DM auf 418 Mill. DM sinken. Die Preissteigerungen werden mit 2,1 bis 2,3 Prozent beziffert. Die Fertigstellung der Aufschlußarbeiten im Tagebau Schöningen wird als Ursache für den Rückgang der Erträge aus aktivierten Eigenleistungen auf 9,2 (21,6) Mill. DM genannt. Der Abschreibungsaufwand nahm trotz des Verzichts auf Sonderabschreibungen wegen des Kraftwerks Buschhaus um 16,7 Mill. DM auf 140 Mill. DM zu.

Die Mindererträge konnten durch geringere Aufwendungen für Material und Steuern nicht kompensiert werden. Infolgedessen weist die BKB lediglich einen Jahresüberschuß von 0,3 Mill. DM gegenüber 28,5 Mill. DM im Jahre 1983 aus. Eine Dividende wird 1984 – für das Vorjahr waren es 12 Prozent – nicht ausgeschüttet. Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 70 auf 3152 Beschäftigte.

DG BANK / Produkte auf internationaler Ebene werden im Rahmen der Unico entwickelt

Gegen gemeinwirtschaftliche Aktivität

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

„So ein Quatsch", kommentiert Helmut Guthardt, Vorstandsvorsitzender der DG Bank, des Spitzeninstituts der genossenschaftlichen Bankengruppe, Intentionen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG, die Genossenschaften in Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit einzubinden. Der Anstoß zu dieser Idee kommt von Genossenschaften, vor allem in Frankreich, aber auch von italienischen und belgischen, die sich als eine „dritte Kraft" zwischen privater und staatlicher Wirtschaft fühlen und die glauben, diese Position über eine möglichst enge genossenschaftliche Zusammenarbeit in der EG stärken zu können. Der Blick auf Mittel aus EG-Töpfen ist nicht zu übersehen.

Die deutschen Genossenschaftsbanken wollen davon nichts wissen. Sie verstehen sich als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Sie grenzen sich deshalb auch klar von gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen ab, wenngleich dies der breiten Öffentlichkeit vielleicht nicht immer bewußt ist. Ihr Förderauftrag konzentriert sich allein auf die Mitglieder.

Das schließt nicht aus, daß die DG Bank aus ihrer Funktion als international für die Gruppe tätiges Spitzeninstitut auch im Ausland Aufgaben fördernder Natur übernimmt. In erster Linie ist jedoch die Zusammenarbeit mit ausländischen Genossenschaftsbanken rein geschäftlich ausgerichtet. Sie manifestiert sich institutionell in der London and Continental Bankers Limited (LCB) und in der Unico (United Cooperative Banks)-Gruppe.

Die LCB, unter deren 13 Eignern aus Dänemark, Italien, Frankreich, Kanada, Belgien, Schweden, Österreich, Finnland und den Niederlanden die DG Bank mit 35,7 Prozent vom 77 Mill. DM Grundkapital den größten Anteil hält, ist der größte gemeinsame Nenner für die internationale Zusammenarbeit der DG Bank mit ausländischen Genossenschaftsbanken. Mit dieser Merchant Bank in London, die keine ihrer Aktionäre als Ersatz für einen eigenen Stützpunkt in der City ansieht, haben die Genossenschaftsbanken vor zwölf Jahren erstmals auf dem internationalen Parkett Flagge gezeigt, wenn man einmal von dem Joint Venture der DG Bank in Luxemburg absieht.

In dem Maße, in dem das kommerzielle Geschäft für die LCB an Bedeutung verliert, profiliert sie sich immer stärker im Investment-Banking, also im nicht kapitalabhängigen Wertpapiergeschäft, in dem sie zu den Spezialisten für Floating Rate Notes in der Finanzberatung zählt; eine Dienstleistung, die vor allem für den Agrarbereich immer stärker gefragt ist. So stammen mehr Erträge der LCB aus dem Dienstleistungsgeschäft als aus dem Zinsgeschäft.

Einer der LCB vergleichbare Rolle spielt in der Schweiz die B. E. G. (Bank Europäischer Genossenschaftsbanken). Bei dieser auf Initiative der DG Bank zurückgehenden Gemeinschaftsgründung steht das Geschäft mit Privatkunden im Vordergrund, besonders das Wertpapier- und Edelmetallgeschäft mit deutschen Anlegern; dies bleibt auch in Zukunft die Strategie der B. E. G.

Zu einem harten Kern multinationaler Zusammenarbeit hat sich die DG Bank mit Partnern der LCB und der B. E. G. aus Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Norwegen (die schwedische Föreningsbankernas Bank signalisiert Interesse) in der Unico formiert, einer Plattform, von der aus gemeinsame einzelne Produkte entwickelt werden. Dazu gehört zum Beispiel ein Zahlungsverkehrsystem mit Gutschrift grenzüberschreitender Zahlungen mit einem Verbundpartner innerhalb von drei Valutatagen, Exportfinanzierungen, Leasing und Projektfinanzierungen, das gemeinsame Projekt der ESC (European Security Corporation in New York) – nur von vier Unico-Partnern gegründet – sowie der Unico-Investmentfonds in Luxemburg; die Unico-Trading in Wien vermittelt bilaterale Warentauschgeschäfte.

Streit von Hoesch mit Wolff beendet

J. G. Düsseldorf

Einen Tag vor Prozeßbeginn haben die Konzerne Hoesch AG, Dortmund, und Otto Wolff AG, Köln, ihren seit Ende 1983 schwelenden Streit um die Kölner PHB Weserhütte AG (PWH) am Montag nachmittag begraben. Hoesch gibt seinen aus Arbed-Besitz für 53 Mill. DM erworbenen Anteil von 49,6 Prozent an 30 Mill. DM PWH-Aktienkapital für 60 Mill. DM an den bisher knappen Mehrheitsaktionär Otto Wolff AG (50,3 Prozent) ab und Wolff zieht seine Klage gegen Hoesch auf Herausgabe der PWH-Aktien (begründet mit einer „Mißachtung" Wolff'schen Vorkaufsrechts beim Eigentumswechsel von Arbed zu Hoesch) zurück.

Für die expansive PWH-Gruppe (1,03 Mrd. DM 1984er Weltumsatz im Anlagenbau) löst sich damit ein zumindest bei allfälligen Kapitalerhöhungsplänen lähmendes Patt. Die beiden Streithähne würzen in gemeinsamer Presseerklärung den Friedensschluß mit der (Wolff'schen) Versicherung, der im Rechtsstreit erhobene Vorwurf „unredlichen" Hoesch-Handelns beim seinerzeitigen Aktienerwerb sei nach neuer Erkenntnis des Klägers unzutreffend und werde nicht aufrechterhalten.

NAMEN

Gerhard Heine, Geschäftsführer der DER Deutsches Reisebüro GmbH, Frankfurt, wird zum 1. Januar 1987 Vorstandsmitglied für Vertrieb und Absatzförderung der Touristik Union International (TUI), Hannover. Er löst **Manfred Rudolph** ab, der nach 18jähriger Tätigkeit für die TUI auf eigenen Wunsch in die Geschäftsführung des seiner Familie gehörenden Reisebüros Bangemann, Hannover, das Gesellschafter der TUI ist, wechselt. **Gernot Obermann**, Geschäftsführer der Börsen-Daten-Zentrale, Frankfurt, wird ab 1. November 1985 Generalbevollmächtigter des TUI-Vorstandes für die Bereiche Organisation und IDV (Informations-Systeme und Datenverarbeitung). **Herbert Löffler** wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 an zum Bereichsleiter für das Finanz- und Rechnungswesen benannt.

Rolf Schäfer, bisher Aufsichtsratsvorsitzender der Krones AG Hermann Kronseder Maschinenfabrik, Neutraubling, ist mit Wirkung vom 1. Juli 1985 in den Vorstand des Unternehmens eingetreten. Sein Aufsichtsratsmandat hat er zum 30. Juni niedergelegt.

Werner Schütze, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG, Hannover, ist zum 1. Juli 1985 in den Ruhestand getreten.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kakao durchweg fester notierte, kam es bei Kaffee nur in den vorderen Sichten zu gewinnen.

Getreide und Getreideprodukte

	8.7.	5.7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	317,75	317,25
Sept.	317,50	318,75
Dez.	324,25	326,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	241,84	241,45
Amber Durum	272,64	249,23
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	119,00	119,10
Okt.	123,50	125,00
Dez.	127,80	129,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	115,40	115,00
Okt.	114,50	110,30
Dez.	113,20	112,80
Hafer Chicago (c/bush)		
Juli	148,50	149,00
Sept.	144,00	145,75
Dez.	146,50	148,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	270,75	271,00
Sept.	254,25	254,50
Dez.	249,25	260,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Juli	132,20	130,00
Okt.	127,80	123,60
Dez.	127,70	123,20

Genußmittel

	8.7.	5.7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	138,60	
Sept.	141,05	geschl.
Dez.	141,80	
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2120	
Sept.	2160	geschl.
Dez.	2147	
Umsatz	1834	
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,69	
Okt.	2,83	
Jan.	3,02	geschl.
März	3,43	
Mai	3,62	
Umsatz	4650	
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	geschl.	geschl.
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	8.7.	5.7.
Juli	1794-1795	1820-1830
Sept.	1826-1827	1864-1865
Nov.	1867-1869	1902-1904
Umsatz	4825	4708
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1807-1814	1813-1818
Sept.	1777-1778	1769-1771
Dez.	1745-1746	--1733
Umsatz	3757	2849
Zucker London (£/t) Nr. 6	8.7.	5.7.
Aug.	85,60-86,00	84,40-84,60
Okt.	88,20-88,40	88,20-88,40
Dez.	91,60-92,40	92,80-93,00
Umsatz	680	771
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	9.7.	8.7.
schw. Sarawak spez.	780,00	780,00
weißer Sarawak	990,00	998,00
weißer Muntok	1000,00	1080,00

	8.7.	5.7.
Orangensaft New York (c/lb)		
Juli	14,00	
Sept.	13,00	
Nov.	13,95	geschl.
Jan.	13,50	
März	13,30	
Umsatz	30	

Öle, Fette, Tierprodukte

	8.7.	5.7.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	geschl.	geschl.
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	gesch.	geschl.
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	29,21	29,65
Aug.	27,95	28,12
Sept.	27,10	27,20
Okt.	26,50	26,80
Dez.	25,65	25,55
Jan.	25,20	25,50
März	25,05	25,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	geschl.	geschl.
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	-
Choice white hog 4 % fr. F	geschl.	-
Talg New York (c/lb)		
top white		
fancy	geschl.	geschl.
bleichfähig		
yellow max. 10 % fr. F		
Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	49,95	50,65
Aug.	48,30	48,95
Okt.	43,70	44,42
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	58,60	60,70
Aug.	58,57	60,70
Febr.	67,57	69,50

	8.7.	5.7.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen sch. schwere River Northern	geschl.	-
Kühe sch. schwere River Northern	geschl.	-
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	569,50	572,00
Aug.	565,00	568,00
Sept.	564,00	565,50
Nov.	570,00	572,00
Jan.	580,50	581,00
März	598,50	591,00
Mai	599,00	599,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	127,20	124,70
Aug.	129,00	127,00
Sept.	132,70	131,00
Okt.	135,00	132,80
Dez.	140,00	138,50
Jan.	142,00	141,00
März	145,00	146,00
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	8.7.	5.7.
Juli	340,00	340,50
Okt.	345,40	346,50
Dez.	350,00	352,00
Kokosöl New York (c/lb)	8.7.	5.7.
Westküste fob Werk	geschl.	geschl.
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9.7.	8.7.
jegl. Herk. cif	905,00	920,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	740,00	725,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	520,00	525,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	196,25	201,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	555,00	535,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	277,00	277,80

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8.7.	5.7.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2: Juli	61,40	
Okt.	61,50	
Dez.	61,50	geschl.
März	62,40	
Mai	62,60	
Juli	62,55	
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	geschl.	geschl.
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	8.7.	5.7.
Aug.	Handel	Handel
Okt.	aus-	aus-
Dez.	gesetzt	gesetzt
Umsatz		
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	8.7.	5.7.
Okt.		55,30
Dez.		55,50
März	geschl.	55,50
Mai		55,50
Umsatz		0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8.7.	5.7.
Juli	615,0-619,0	608,0-614,0
Okt.	619,0-623,0	619,0-621,0
Dez.	622,0-624,0	-
Umsatz	5	3
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9.7.	8.7.
East African 3 long	600,00	600,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	8.7.	5.7.
Juli	12255	12247
Aug.	12271	12265
Kautschuk London (p/kg)	8.7.	5.7.
Nr. 1 RSS loco	66,00-69,00	66,00-69,00
Aug.	--75,00	--75,00
Sept.	--75,00	--75,00
Okt.	--77,00	--77,00
Tendenz: ruhig		

	8.7.	5.7.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Juli	194,50-195,50	194,50-196,50
Aug.	195,00-194,00	192,50-195,50
Nr. 2 RSS Juli	189,00-190,00	189,00-190,00
Nr. 3 RSS Juli	186,50-187,50	186,50-187,50
Nr. 4 RSS Juli	182,00-183,00	182,00-183,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	9.7.	8.7.
BWC	575	575
BWD	550	550
BTC	575	575
BTD	550	550

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9.7.	8.7.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	296,86-297,07	299,80-300,20
drittfolg. Monat	305,73-305,95	309,42-307,82
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	118,83-119,03	119,84-120,04
drittfolg. Monat	119,85-120,74	120,44-120,64
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1462,16-1464,18	1525,04-1527,05
drittfolg. Monat	1474,25-1478,28	1547,09-1549,09
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	215,90-216,10	217,63-218,44
drittfolg. Monat	214,89-215,10	216,43-216,83
Produz.-Preis	261,00	264,91
Reinzinn 99,9 %	4108-4149	4102-4143

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9.7.	8.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	432,01-434,25	437,88-440,48
Blei in Kabeln	126,50-127,50	127,50-128,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -händler

Messingnotierungen

	9.7.	8.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	394-395	394-401
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	435-436	438-439
MS 63	441-447	444-450

Zinn-Preis Penang

	9.7.	8.7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,81	30,55

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9.7.	8.7.
Leg. 225	340--	340--
Leg. 226	342--	342--
Leg. 231	372-375	372-375
Leg. 233	383-395	383-395

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9.7.	8.7.
Platin (DM je g)	27,80	27,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	30700	30780
Rücknahmepr.	29950	29950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	30820	30850
Rücknahmepr.	30030	30070
verarbeitet	32530	32560
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30275	30270
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	592,90	588,40
Rücknahmepr.	575,50	571,10
verarbeitet	619,80	614,20

Internationale Edelmetalle

	9.7.	8.7.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	314,80	312,20
15.00	314,85	309,25
Zürich mittags	315,90-316,40	311,70-312,20
Paris (Fl-kg-Barren) mittags	92400	92350
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	445,55	445,10
3 Monate	458,45	458,45
6 Monate	471,25	471,50
12 Monate	494,35	496,25
Platin (£/Feinunze)	8.7.	5.7.
London fr. Markt	197,55	195,65
Palladium (£/Feinunze)		
London f. Händlerpreis	70,35	70,95

	8.7.	5.7.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	309,25	
Silber H & H Ankauf	601,00	
Platin fr. Händlerpr.	257,20-264,00	geschl.
Produz.-Preis	475,00	
Palladium		
fr. Händlerpr.	93,50-94,50	
Produz.-Preis	130	
Silber (c/Feinunze)		
Juli	601,00	
Aug.	604,00	
Sept.	607,50	
Dez.	619,00	geschl.
Jan.	624,70	
März	632,00	
Mai	641,10	
Umsatz	20000	

New Yorker Metallbörse

	8.7.	5.7.
Kupfer (c/lb)		
Juli	59,40	
Aug.	59,65	
Sept.	60,10	
Dez.	61,10	geschl.
Jan.	61,45	
März	62,05	
Mai	62,55	
Umsatz	9000	

Londoner Metallbörse

	9.7.	8.7.
Aluminium (c/to)		
Kasse	737,00-737,50	745,00-746,00
3 Monate	759,00-759,50	767,00-768,00
Blei (£/t)	295,00-295,50	299,50-298,00
3 Monate	297,50-298,50	300,50-301,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1054,0-1054,5	1069,5-1070,5
3 Monate	1065,0-1064,5	1080,0-1080,5
abends Kasse	-	1060,5-1061,5
3 Monate	-	1072,0-1072,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1030,0-1033,0	1043,0-1044,0
3 Monate	1050,0-1052,0	1067,0-1068,0
Zink (£/t) Kasse	536,00-536,50	544,00-546,00
3 Monate	533,50-534,00	539,00-539,50
Zinn (£/t) Kasse	9450-9455	9490-9500
3 Monate	9530-9535	9580-9590
Quecksilber ($/Fl.)	-	285-290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	60-65

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

ALGERIEN

Unsere Aktivitäten und Dienstleistungen:

- Beratung bei Vertragsabschlüssen
- Regelung aller Finanz- und Steuerangelegenheiten
- Durchführung jeglicher Art von Transporten frei Baustelle
- Übernahme sämtlicher Zollformalitäten
- Baustellenabwicklung

Beste Referenzen bei der deutschen Industrie

Angebote unter L 3584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GROSSE MENGE MODESCHMUCK

UNSER ANGEBOT: Ein großer Posten Ohrringe, Armbänder, Halsketten, Broschen und Ringe in ca. 250 verschiedenen Ausführungen. Abzunehmende Gesamtmenge 350 000 Stück, ab Lager, zu DM 0,50 DM pro Stück.

Bary Byoux, Postf. 81, NL-3850 AB Ermelo, Ruf 00 31 / 34 17 / 5 20 73, Telex 40 993 bary nl.

Generalvertretung

für das Bundesgebiet und Westberlin

mit bei Baumärkten, Baumarktketten und Eisenwarenfachhandel eingeführtem Vertreterteam, sucht weitere gute Vertretung.

Angebote unter M 3431 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE PROFIS

Wir haben 1984 über 365 Abschlüsse getätigt.
Wir haben eine geographisch flexible Immobilien-Crew.
Wir verkaufen Immobilien.
Wir vermieten Immobilien.
Jetzt suchen wir neue Top-Objekte.
Zuschr. u. T 3502 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neuheit Fitneß- und Freizeitmarkt

Ein großer Markt bietet sich unserer Jedermann-Saunakabine neuester, gesetzlich geschützter Konstruktion.

Infolge baulicher Größe und möglicher Selbstmontage ist die Kabine vor allem für Messeverkauf gut geeignet.

Wir suchen freie Verkäufer mit einschlägigen Erfahrungen.

Angebote unter L 3430 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aktiver Teilhaber

30–40 J., Kfm. für Mühlenbetrieb in Holstein zum Betrieb der Mühle u. Aufbau eines Absatzmarktes im Biobereich gesucht.
Ang. u. S 3589 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Heimwerker-/Hobbymärkte NRW

Guteingeführte Vertretung sucht weitere Vertretung evtl. Service. Zuschriften unter D 3556 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Existenzgründung

Führendes Schweizer Finanzierungsunternehmen vergibt über Deutsche Holding **Gebietsrepräsentanz** innerhalb der Bundesrepublik. Hoher Verdienst gewährleistet. Auch für Branchenfremde Einarbeitung möglich.
Bewerbung mit Lichtbild, tab. Lebenslauf sowie Telefonangabe unter A 2959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung Handelsvertreter

Norddeutsches Industrieunternehmen der Investitionsgüterbranche will weiter expandieren.
Wir vergeben unten aufgeführte neue Postleitzahlbereiche an redegewandte Herren, die mit selbstsicherem Verhandlungsgeschick unsere Produkte bei allen klein- und mittelständischen Unternehmen vertreiben oder vermieten. Kein Eigenkapital. Wir bieten hohe Provision.
Postleitzahlgebiete: 1000, 3340, 3500, 4050, 6000, 6700, 7000, 7100, 7500, 8000, 8070 und 8900.
Bitte senden Sie Ihre kompletten Unterlagen, Lichtbild etc. unter V 3592 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen erfolgreiche Vertriebsfirmen in allen EG-Ländern für

„ROTOPRACTIC"

der vertikale Toilettenpapier-Spender für normales Toiletten-Papier, 4 und 5 Rollen, auch abschließbar.
Ang. u. P 3434 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen Vertriebspartner (Einzel- und/oder Großhändler) für:

IBM-kompatiblen PC/XT

für Deutschland, Österreich und Schweiz. Hersteller ist Unterlieferant von ITT und verfügt über eigene Entwicklungsabteilung, um Produkt dem neuesten technischen Stand anzupassen. Endverbraucherpreise sind absolut konkurrenzfähig.

Ensch S. A. R. L., Postfach 21 32, L-1021 Luxemburg
Telefon 0 03 52 / 48 41 41 – Telex 3 466 ensch lu.

INNENREVISION

– Projektweise –
viels. in Industrie, Handel und Verwaltung erf. Revisor führt System-, Wirtschaftlichkeits- u. Deliktrevision projektweise durch. Projektmanagement u. Revisorenschulung „on the job". Ausführl. Berichterstattung. Erarbeitung von Empfehlungen, Garant. Verschwiegenheit. Dipl.-Kfm. Thomas, Postfach 201 230, 2 HH 20

Als bundesweit tätiges Eheanbahnungs-Institut vergeben wir an

seriöse Partner

mit Einkommensvorstellungen von mehr als DM 120 000 p. a. die Errichtung einer selbständigen Agentur im regionalen Gebiet. Etwas Eigenkapital erforderlich. Vorkenntnisse nicht nötig.
Bewerbung mit Tel. erbeten unter P 3411 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Forderungen

kaufen wir an oder ziehen wir für Sie ein. Schicken Sie uns unverbindlich Ihre Forderungen, wir geben unser schriftliches Angebot innerhalb 24 Stunden ab.
W-S-K Inkasso
Postf. 11 47, 6969 Höpfingen
Tel. 0 62 83 / 999

Brasilien

Geschäftsanbahnung, Marktforschung, Organisationsberatung, Betriebsschließung.
Dt. Wirtschaftsjurist mit internationaler Erfahrung übernimmt den Service für Sie.
Michael Schreiber
04722 Granja Julieta
Sao Paulo/Brasil
Rua Dona Maria Augusta Rolim Loureiro, 222
Telefon 00 55 11 / 2 47-05 04

Firmendomizil in Bonn

günstiges Preis-/Leistungsverhältnis im Büro-Service.
Postfach 16 01 70, 53 Bonn 1
Tel. 02 28 / 25 69 61

Neue/2. Existenz

Kriegen Sie das Gewicht Ihrer Stadt in den Griff! Unser Slogan: „Für immer schlank"! Start sofort, mit konkurrenzloser Methode. Verdienst mtl.: DM 10 000,– u. mehr. Gebietsschutz u. Betreuung zugesichert. Erforderlich: Telefon u. geringes Eigenkapital.
Kopa-KG, Dr. M. Schlüter
Krähenweg 5, 2000 Hamburg 61
Telefon 0 40 / 5 55 18 60

Vertriebs-Fachmann

mit Marketing-Erfahrung als abschlußstarker selbständiger Partner für Dienstleistungsunternehmen gesucht. Kontaktaufnahme bitte mit
Dr. Rainer Gebauer BDU
6232 Bad Soden 2, Pf. 21 40
Tel. 0 61 96 / 2 70 68

Kaufe Restposten

aller Art gegen bar, auch Kommission.
Postfach 10 12 25, 2000 Hamburg 1

Garantieumsatz mit einer risikolosen Bezirksvertretung

= Marktlücke =

Wir vergeben Bez.-Vertretungen als Haupt-, Nebenberuf od. 2. Bein, über bek. Markenprodukte an agile Personen. Kundenkreis: Clubs u. Vereine. Jeder 2. Kontakt ein Abschluß. Kap.-Einsatz f. Warenlager DM 7000,–, Jahresverdienst DM 35 000,– u. mehr je nach Einsatz. Bei Tätigkeitsaufgabe Warenrückgutschrift. Bedingung: 25 m² Lagerfläche, Pkw, Tel., einw. Leumund. Ausf. Zuschr. an: Pf. 70 12 28, 6000 Frankfurt/M. 70

Finanzengagement

Ein Mandant hat auf gut deutsch gesagt „die Nase voll" von den Finanzierungsmethoden deutscher Banken.
Unser Mandant ist nämlich der Meinung, daß es keinen maximalen Profit gibt, wenn nicht ein minimales Risiko eingegangen wird.
Eines der ältesten Personalcomputer-Systemhäuser der Bundesrepublik – unser Mandant – will die zukünftigen Wachstumsraten in diesem Marktsegment so voll ausschöpfen, wie es sein Kundenpotential verspricht.
Sollten Sie Interesse haben, sich in einer der innovativsten Branchen finanziell zu engagieren, sind wir jederzeit zu einem vertraulichen Gespräch bereit.
Angebote unter A 3421 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CITY BÜROS

Hamburg-Innenstadt
mit Fullservice: Tel., Telex u. -fax., Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, möbl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★

FORDERUNGSANKAUF

(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 60 04 75

Im- u. Exportfirma

langj. Brasilienerfahrung sucht Kontakt zu exportinteressierten Firmen nach Brasilien.
Ang. u. R 3588 an WELT-Verlag 10 08 64, 4300 Essen

Recognised English Language School requires recruitment agents. Excellent commission. Principal, FITZROY COLLEGE, Northdown House, MARGATE, Kent CT9 3TP, England, Tel. 00 44 / 843 / 6 55 47

Gebietsvertretung

exklusiv für Universal-SICHERUNGSGERÄT „BELLO", patentierte Weltneuheit, sofort zu vergeben.

Angebote unter T 3436 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schwedische Firma

sucht deutsche Produkte für den skandinav. Markt. Kostenlose Auskunft durch
JK Marketing AB
Box 6166, S-20011 Malmö/Schweden

Großvertrieb für Heimtextilien sucht für den Verkauf in EG und Übersee den

Leiter des Exports

mit langjähriger Erfahrung.
Werka Textil
Schmidt u. Schierberg GmbH
Postfach 39 63 –
4500 Osnabrück
Tel. 05 41 / 58 64 31 – Tx. 9 4 714

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen...

... bitten wir, die Chiffre-Nummer auf jeden Fall **deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag** zu vermerken.

Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung

01-478

STELLENGESUCHE

Betriebswirt

25 J., verh., 2 Kinder, Ausb. z. EH-Kaufmann in bedeutendem Fachgeschäft des DIYS u. Handwerksbedarf, erfolgr. Abschl. der Fachschule Wuppertal mit Ausbildereignung, 1jähr. Tätigkeit bei der BBE-Unternehmensberatung, **sucht selbständige, verantwortungsvolle Aufgabe im Eisenwaren-, Baubeschlag- u. Bauelementebereich, die sein ganzes Engagement erfordert.**
Zuschr. u. C 3555 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer Import/Export

Deutscher, 41 J., Sprachen: fließend Englisch, Spanisch, Portugiesisch, wohnh. in São Paulo, Brasilien, z. Zt. in Heimatstadt Hamburg. 18 J. Südamerikaerfahrung in Führungsposition deutscher Unternehmen, mit engen Kontakten zu Banken, Behörden, Industrie und Handel, su. in Hamburg zum baldmöglichen Antritt herausfordernde Führungsaufgabe in namhaftem Handelshaus oder außenhandelsorientierter Industrie.
Angebote erbeten unter R 3434 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SÜD-OST-ASIEN

Kaufm. Leiter, handlungsbevollmächtigt, techn. Background, vertriebsorientiert, 6 J. im Anlagenbau, 30 J., z. Z. Verantwortung für 120 Mio. Umsatz im High-Tech-Anlagenbau, weltweit tätig mit Schwerpunkt Süd-Ost-Asien, China, USA, in „zu" sicherer Position, sucht mittelfristig Angeb. f. leitende Position in Süd-Ost-Asien und umliegenden Ländern als Repräsentant, Niederlassungsleiter etc. Die Position soll auf „den ersten Mann vor Ort" zugeschnitten sein und im Bereich des Anlagen/Maschinenbaus bzw. Vertriebs liegen.
Für erste Kontakte: Angebote unter K 3583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Engagierter Jungredakteur

Ende 20, Schwerpunkt Kfz-Bereich, z. T. auch PR-Arbeit/Werbung, gute Branchenkontakte, 10jährige Erfahrung im Kfz-Sektor, belastbar und nicht ortsgebunden, sucht neue interessante Aufgabe.
Angebote unter R 3412 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Techn. Betriebswirt (HWL), 45 Jahres, REFA, dyn., einsatzfreudig, verhandlungssicher, langj. Tätigkeit in mittl. Industrieunternehmen der Metall- u. Fleischwarenbranche als Kfm. Leiter/Verwaltungsleiter, Erfahrungsschwerpunkte im Aufbau von Cost-Controlling (Material- u. Zeitwirtschaft), Budget und Budgetkontrolle, Bilanzierung und Finanzierung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe in Norddeutschland.
Zuschriften u. C 3423 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrene

Augenarzthelferin

36, übernimmt Quartalsabrechnungen.
Tel. 0 30 / 7 74 82 47

Gastronomin

sucht Wirkungskreis in Spanien, Nähe Barcelona, Spanienerfahrung, 4 Fremdsprachen, Küche u. Gastronomie perfekt.
Angebote erb. unter N 3432 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemiekaufmann, 39 Jahre, ungebunden, 14 Jahre internat. Handel Chemikalien u. Rohstoffe, 3 Jahre Wertpapierhandel US-Börsen, sucht herausfordernde Aufgabe im Handel/Vertrieb/Marketing. Ausbildung: Abitur, Börsenlizenz, Marketing, Organisation, Personalwesen. Angeb. erb. u. S 3435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheit

Polizeibeamter, 25 J., im Personenschutz tätig, Spezialausbildung, sucht neuen Wirkungskreis im Bank- oder Privatbereich.
Ang. u. U 3437 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.




Wirtschaftswissenschaftler (HS/FH)

mit Neigung für die Bereiche Rechnungs- und Prüfungswesen beenden im Juli 85 ein 7-monat. praxisorient. Vertiefungsseminar **Rechnungswesen und EDV.**
In Form von prakt. Übungen, Fallstudien, Einzel- und Gruppenarbeit, begleitet durch regelm. Leistungskontrollen, erarbeiteten sich die Teilnehmer ein fundiertes Basiswissen.
Bestandteil des Seminars war ein 6-wöchiges Betriebspraktikum.
Bewerbungsunterlagen fordern Sie bitte über den Fachvermittlungsdienst beim Arbeitsamt Hamburg an.
Auskünfte erteilen: Frau Krauel/Herr Lindner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331/-2423, FS 2163213

1080

Organisations- und EDV-Berater, Diplom-Kaufmann

40, langj. Managementerfahrung in Beratung, Wirtschaft und Verwaltung, fundiertes kaufmännisches Wissen; sucht leitende Tätigkeit in Stab oder Linie mit weitergehender Verantwortung für Planung und Ergebnis.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

1114

Diplom-Volkswirt

27, verh., mit speziellen Kenntnissen in Absatzwirtschaft/Marktforschung; sucht Anfangsstellung bei Verbänden, Behörden oder Unternehmen.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

1115

Physiker, Dr. rer. nat.

Experimentelle Physik, 36, led., Kenntnisse der Optik, Spektroskopie, Atom- und Molekülphysik; Grundkenntnisse der speicherprogrammierbaren Steuerung und Digitaltechnik, BASIC; Wunsch: Forschung, Entwicklung.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

1116



Mit Initiative und Motivation.
Geschult für die Praxis.
Gut gerüstet für neue Aufgaben.

Fortbildung von Akademikern zu Betriebswirten

Nach 2 Jahren intensiver Schulung an der Weiterbildungsakademie in Hamburg beenden 26 Akademiker (Pädagogen, Psychologen, Mathematiker, Chemiker und Politologen) im Juli 1985 erfolgreich ihre Ausbildung zu **staatlich geprüften Betriebswirten.** Zusätzlich legten die Teilnehmer an der Handelskammer zu Hamburg die Kaufmannsgehilfenprüfung in den Bereichen Industrie, Werbung, Großhandel, Verlag oder Bank ab.
Zur Vertiefung der im Vollzeitseminar erworbenen Kenntnisse arbeiteten die Teilnehmer für ¾ Jahr betriebswirtschaftlich orientiert auf allen Ebenen in unterschiedlichen Unternehmen im Bundesgebiet.
Mögliche berufliche Einsatzbereiche sind aufgrund der Ausbildungsschwerpunkte:
- Personalwesen/Mitarbeiterschulung
- Marketing
- EDV
- betriebl. Rechnungswesen

Anfragen richten Sie bitte an den
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2431, -2587, FS 2163213

1117

Bauleiter

Hoch- und Tiefbau, 13 Jahre verantwortungsvolle Berufserfahrung (z. Zt. als Oberbauleiter) im Bereich kommunaler Bauten (Schulen, Sportanlagen, Krankenhäuser) mit fundierten Erfahrungen und Kenntnissen, sucht aus ungekündigter Position neue, anspruchsvolle Aufgabe im Ausland. Fremdsprachen: Englisch und Holländisch.
Angebote erb. unter G 3427 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Management Immobilien/Kapitalanlagen

Unternehmerisch veranlagter Jurist, 2. Staatsexamen, Dipl.-Finanzwirt, 34 Jahre, mehrjährige Erfahrung auf dem Gebiet Immobilien/steuerbegünstigte Kapitalanlagen, u. a. Konzeption, Abwicklung, Schulung, sucht unternehmerisch orientierte Tätigkeit im Bereich Norddeutschland/Nordwestdeutschland.
Angebote erbeten u. H 3428 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

25jähriger Deutsch-Türke

mit ausgezeichneten Kenntnissen in der deutschen u. türkischen Sprache, Grundkenntnisse in Engl. u. Russ., mit nicht abgeschl. Studium der Germ. u. Politik, vielseitig interessiert, nicht ortsgebunden, Führer- u. Flugscheine, sucht interessante Tätigkeit.
Angeb. u. T 3414 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EBS-Absolvent

Prädikatsexamen 6/85, led., sucht Anfangsstellung, gegebenenfalls Trainee, in int. tätigem Handels- oder Industrieunternehmen. Bereich Marketing und Vertrieb.
Angeb. u. W 3439 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bürokauffrau, 24 J., 8jähr. Berufserfahrung im Vers.-Wesen, flexibel, Engl.-Kenntn., Schreibautomat, su. neuen Wirkungskr. z. 1. 10. 85 als Sekretärin. Ang. u. V 3438 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Als Facharbeiter

im Bereich Klima u. Kälte suche ich im Raum HH neuen Wirkungskreis, auch als Betreuer Ihrer Haustechnik.
Ang. u. U 3591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ungarin

23, engl. u. russ. Sprachkenntnisse, Deutsch und Italienisch sehr gut, Abschlußdiplom der Hochschule für Außenhandel, Budapest, (Fächer: BWL, Deutsch, Italienisch), z. Z. tätig als Außenhandels-Kauffrau in staatl. Ex- u. Importunternehmen, sucht interessante, längerfristige Tätigkeit in der Bundesrepublik.
Zuschr. u. X 3506 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

im Einzelhandel
29 Jahre, verh., Spielwarenhandel, Erfahrung im Vers.-Außendienst (HV), in ungek. Stellung, sucht in Hamburg neue Aufgabe im Innendienst von Handel, Bank, Versicherung oder Computerfirmen. Ich bin jederzeit zu intensiver Schulung bzw. Weiterbildung bereit.
Angebote unter B 3422 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche ausbauf. Aufgabenstellung als Mittler zwischen Produktion u. Vertrieb
i. techn./kfm./organisatorischen Bereich ab Okt. 86. Zur Person: 38 J., tätig im Verkauf (Innen- und Außendienst i. HH), krempelt auch mal die Ärmel hoch, geradlinig, einsatzbereit, verantwortungsvoll. Meisterbriefe Metallhandwerk, Betriebswirt VWA.
Ang. u. T 3590 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

26jährige Irin

gelernte Hotelkauffrau, in ungek. Stellung, seit 5 J. im Bankwesen tätig, würde gerne als **Reisebegleiterin** o. ä. im Mittelmeerraum arbeiten. Engl. u. Deutsch fließend, Franz.-Kenntnisse
Angebote u. S 3413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chauffeur Hausmeisterehepaar

ER: Kfz-Schlosser, Führerschein II u. III, langjährige unfallfreie Fahrpraxis wie Pkw u. Lkw im Werksfernverkehr, handwerklich sehr geschickt (Jagdschein).
SIE: perfekte Hausfrau mit allen Hausarbeiten bestens vertraut, in ungekündigter Stellung, suchen Dauerstellung.
Angebote unter Chiffre J 11 539 IVA AG, Postfach, CH - 8032 Zürich

Kaufm. Ausbildungsplatz

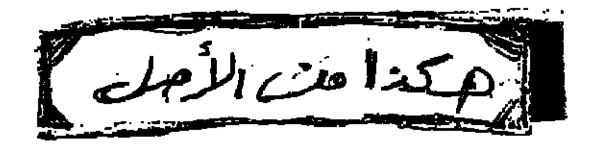
weibl., 1986 in fremdsprachlich orientierten Industrie-/Handelsbereich Raum Holstein/Hamburg **gesucht.** Kurz-Info: geb. 1968, 1984 Realschulreife, Schüleraustausch USA High School Texas, versetzt nach Kl. 12, von der Schule zum 2. Jahr eingeladen. Schwerpunktkurse 1985/86: Spanisch II, Computer-Mathe, Buchhaltung, Schreibmaschine. Voraussichtl. Abschluß '86, College-Reife. Bitte um Kontaktaufnahme unter K 3429 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

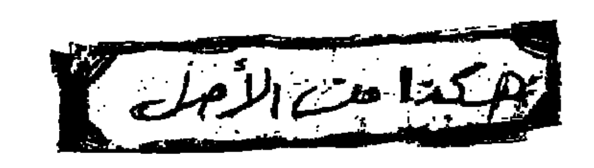
STELLENANGEBOT

75j., verw. Arzt sucht anpassungsfähige

Hausdame

gegen Bezahlung, zwecks Haushaltsführung. Interesse f. Geselligkeit u. Reisen muß vorh. sein, Putzfrau vorh.
Zuschr. erb. u. N 3586 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.





Bundesanleihen

			9.7.	8.7.
F	8 dgl. 76 IV	10/85	100,5	100,55
F	5½ dgl. 78 II	3/86	99,95	99,95bG
F	5¾ dgl. 78	5/86	99,9	99,9
F	7¼ dgl. 76 I	12/86	102,25	102,25
F	6½ dgl. 79	1/87	102,2	102,3G
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	101,25	101,25
F	6½ dgl. 77	4/87	101,95	102
F	6½ dgl. 77	7/87	101,7	101,7
F	6 dgl. 77	10/87	100,7	100,75
F	6 dgl. 78 I	1/88	100,75	100,75
F	6½ dgl. 78 I	9/88	101,7	101,8
F	6 dgl. 77	9/87	100,5bG	100,5
F	6 dgl. 78 II	7/88	100,35	100,35bG
F	6½ dgl. 77	5/89	101,05	101,15
F	8 dgl. 79 I	7/89	105,9	105,9
F	6 dgl. 78 I	2/90	99,5	98,25
F	8 dgl. 80 II	7/90	106,8	106,8
F	9 dgl. 81	3/91	109,8	109,8
F	10½ dgl. 81	9/91	117,2G	117
F	10½ dgl. 81	11/91	116,8	116,8
F	8 dgl. 80 I	2/92	105,8G	105,9
F	10 dgl. 82	2/92	115,65	115,65G
F	9½ dgl. 82	7/92	113,7	113,7
F	8 dgl. 82	11/92	106,15	106,15
F	7½ dgl. 83	1/93	105,1	105,2
F	8¼ dgl. 83	10/93	107,9bG	107,95
F	7¼ dgl. 84 S.47	7/89	104,15	104,15
F	7¼ dgl. 84 S.48	9/89	104,45	104,5bG
F	7½ dgl. 84 S.49	10/89	103,65	103,75
F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	102,65	102,65
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	101,85	101,95
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	100,85	100,85
F	7¼ dgl. 85 S.53	90	102,35bG	102,9
F	7 dgl. 85 S.54	90	101,45	101,5

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,15	102,2G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Nachlassende Anlagebereitschaft

Der gesunkene Dollarkurs scheint die Ausländer veranlaßt zu haben, mit dem Neuerwerb deutscher Anleihen zunächst einmal kürzerzutreten. Ihre Kurse lagen deshalb unter leichtem Druck. Die Anlagebereitschaft der Inländer belebte sich trotz der leicht anziehenden Renditen nicht. Hoffnungen auf eine Lombardsatzsenkung noch vor der Sommerpause des Zentralbankrates werden zur Zeit noch nicht sonderlich ernst genommen, obwohl der gesunkene Dollar der Bundesbank neuen Spielraum für eine Zinssenkung gegeben haben dürfte.

M	6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
M	6½ dgl. Pf 12	94bG	94G
M	7 dgl. Pf 20	101,75G	101,25G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,75	100,5
B	6 dgl. Pf 34	99bG	98,75T
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,75G	101,75G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,4G	101,4G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	98,75G	98,75G
D	6½ dgl. Pf 67	91,5G	91,5G
D	5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	78G	78G
S	7 dgl. Pf 125	101,75G	101,75G
S	7 dgl. Pf 128	98G	98G
S	8 dgl. Pf 177	101G	101G
S	6 dgl. KS 77	87G	87G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	92,1G	92,1G
F	7¼ dgl. 71	100,3T	100,3T
F	7½ dgl. 76	101T	101T
F	7½ Klöckner W 71	100,5G	100,5G
F	8 dgl. 72	101T	101T
F	6 KWK 63	99,9G	99,9G
F	6 dgl. 62	99,4G	99,4G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6G	98,6G
F	6 Rh.Briw. 63	97,8T	97,8T
F	6 dgl. 65	98G	98G
F	6 RWE 63	99,1T	99,1T
F	6 dgl. 65	98,25T	98,25T
F	7¼ dgl. 71	100,25	100,25bG
F	7 dgl. 72	100,5	100,5T
F	6 Rh.-M.-Don. 62	99,95G	99,95G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	98,5	98,5
F	8 Chem. Hüls 71	100,6T	100,6G
F	7¼ Conti Gummi 71	100,3T	100,3T
F	4½ Harpen 59	2380G	2380G
F	7½ Hoesch 71	100,25G	100,25T
F	7½ Karstadt 71	100,25	100,25
F	7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

H	Occ. Petroleum	94,5	98
F	Océ v. d. Grint	300	300G
F	Olivetti St.	9,5	9,9
F	Olivetti Vz.	8,8	8,95
F	Olympus Optical	13,6	14T
H	v. Ommeren	26,5	26,3
F	Omron Tateisi	17,5G	18G
F	Pacific Telesis	234	232,5
F	Pakhoed	56,5	57,5
F	Pan Am	20,9	21,3
D	Parker Drilling	14,6	14,55
F	Parker Hannifin	102G	103
F	Pechiney	8,6	8,5

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

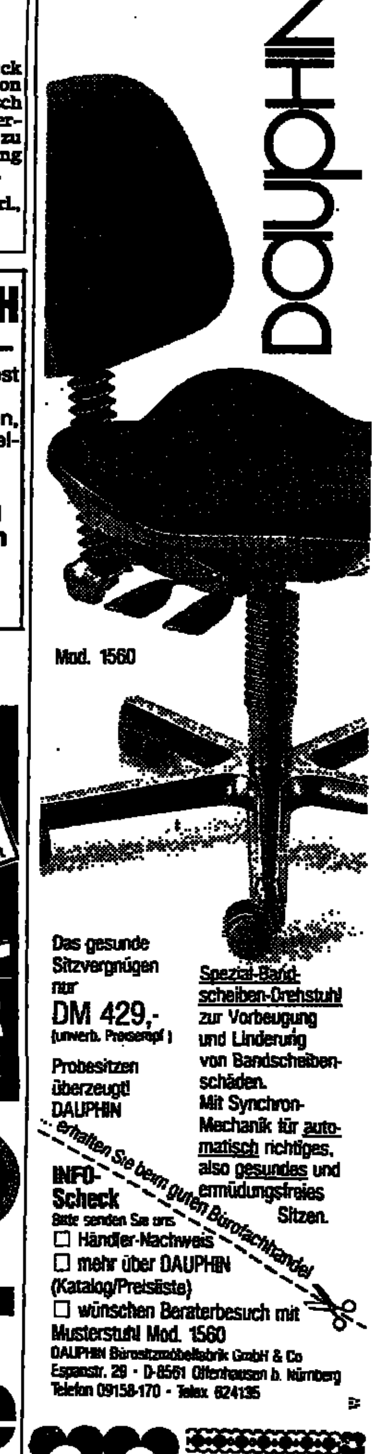
Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65









Kräftiger Rückschlag bei den Aktien

Ausländer drosselten die Käufe – Kulisse stellte glat:

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es zu einem weiteren deutlichen Kursrückgang. Noch wird er mit markttechnischen Überlegungen begründet. Zurückzuführen sind die Kursrückgänge, die selbst in den Standardwerten nicht selten über 10 DM hinausgingen, einmal auf ein verringertes Kaufvolumen der Ausländer, zum anderen aber auch auf forcierte Gewinnmitnahmen des Berufshandels, der bemüht ist, seine Bestände zu verringern. Unter diesen Umständen blieben positive Unternehmensberichte, wie die von Siemens unbeachtet.

Mit einem gewissen Unbehagen wird die Entwicklung des Dollar verfolgt, weil sein Rückgang die Exporterlöse deutscher Unternehmen verringert. Viele Gesellschaften sind bei ihrer Gewinnkalkulation für 1985 von einem Dollarkurs ausgegangen, der über drei DM bleibt. Unter diesen Umständen lagen natürlich auch die Titel der Großchemie unter Druck. Die Abschläge machten hier vier bis fünf DM aus. Siemens-Aktien wurden um rund 10 DM zurückgenommen. Um mehr als 20 DM lagen Mercedes-Aktien schwächer. Am Bankenmarkt erlitt die Deutsche Bank eine Einbuße von rund 10 DM. Mit der Erklärung des Vorstandes, keine Neugliederung der Bank nach dem Muster der Allianz zu planen, entweicht hier spekulative Luft. Als interessant gelten Commerzbank und Dresdner Bank, doch auch hier waren Minuskorrekturen unvermeidbar.

Frankfurt: Siemens verminderten um 10 DM und AEG um 16,10 DM. Bayernverein verloren 9 DM und Mannesmann 7,50 DM. KHD gaben um 3 DM und MAN um 1,50 DM nach.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Bilfinger gaben um 5 DM und Dyckerhoff St. um 4 DM nach. Hein. Lehmann stockten um 5 DM und Hageda um 3 DM auf. Allianz Vers. und Aachen Münchn. Bet. verminderten um 25 DM und Colonia um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 14 DM zurückgenommen werden. Phoenix Gummi schwächten sich um 4 DM und HEW um 0,90 DM ab. NWK-Vz. verminderten um 1 DM. Markt und Kühlhallen verloren 7 DM.

Berlin: Berthold konnten 8 DM zulegen. DeTeWe schwächten sich um 9 DM und Herlitz Vz. um 6 DM ab. Orenstein büßten 3,50 DM und Schering je 3 DM und Berliner Elektro 2,50 DM ein. Kempinski gaben um 2 DM nach.

München: Aigner schlossen um 6 DM, Agrob Vz. um 2 DM und Dekkckel AG um 6,50 DM schwächer. Erste Kulmbacher verloren 50 DM und Flachglas 6 DM. Energie Ostbayern stockten um 5,50 DM und AKS um 3 DM auf.

Stuttgart: Stuttgarter Hofbräu stockten um 3 DM auf. Mercedes waren um 18 DM niedriger. Hohner wurden mit 210 DM (minus 22 DM) Brief taxiert. SEK ermäßigten sich um 12 DM. Aesculap mußten 17 DM abgeben.

Nachbörse: deutlich schwächer

WELT-Aktienindex: 205,27 (208,26)
WELT-Umsatzindex: 5091 (4919)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Aktien-Umsätze

Düsseldorf	9.7.	
Allianz Vers.	1988	2235
Dr. Babcock	1476	3775
Degussa	1818	1021
Girmes	14513	19707
Harpener	3291	701
Hussel	192	1735
IKB	1749	10548
Philips Komm.	6679	1931
Salamander	774	1064
Sudbag	6115	483
Frankfurt	**8.7.**	
Allianz Vers.	2597	4612
BBC	12595	92317

Inlandszertifikate

	Ausg. 9.7.	Rückn. 9.7.	Rückn. 8.7.
AAR-UNIV.F.1	128,10	120,85	120,4
Adilanda	54,22	51,45	52,21
Adirenta	25,46	24,72	24,76
Adiverba	92,49	89,80	90,5
Adirec	92,66	88,25	89,83
Adiverba	133,77	127,40	128,63
Aegis Ertr.-Fds.	38,94	37,18	37,14
Aegis Wachst.-Fds.	55,91	53,24	53,43
AGI Fonds	167,98	159,98	159,90
Akkumula	158,95	151,34	151,61
Alte Kapital Fds.	27,57	27,45	27,87
Allianz-Rentenfonds	123,25	120,34	120,19
Analytik Fonds	30,53	28,58	28,74
Addeka	43,80	42,12	42,41
Amecura 1	69,44	69,59	69,09

Inland

	9.7.	8.7.
H Aach M Bet 9+2,50	1435	1430
H Aach M. Vers 7	621	600
D Aach. Rück. 9	1890	1890
D Asoag *4	450T	450T
M Ach-Gögg 4	128	126bG
H Adca 0	145	147
D Adler 9	320G	325
F Adt 0	32	33,5T
F AEG-Telef. 0	131,7	136,8
D AEG-Kabel 9	276T	281bG
S Aesculap 9	458	475bG
F AGAB 5	119	118
D Agnppina *0	1500T	1470T

	9.7.	8.7.
H Br H.Hypo 10+1	337	342G
Hn Brach Jute *0	108B	110B
H Breitenb.-C. *28	600G	600G
H Br. Straßb. *0	460T	470T
H Br. Vulkan 0	79	81,5
H Br Wollk. 7	177	176,5
F BBC 6	243	245
S BSU Textil % 20	1300TG	1300TG
D Buckau-W. 4,1	127T	150B
D Buderus *12	375	375
M Bgl.Br.Ing. *12+2	860TG	860TG
S BglBrh.Rav *0	380G	380B
S Calw D. **30+18	771	790bG
F Cassella *15	532bG	535

	9.7.	8.7.
M En. Oberfr. 6	270G	270G
M En. Ostb. 6	216bG	210,5
H Elbraft 0	64	67,5
B Engelhardt 7	205xD	215
D Enka 7,5	292	297
M Erlus 12,5	337bB	340bB
M Erste Kulmb. 9	1250	1300bG
S esbi *0	8,5bB	8,5B
S Essl. Masch. *6	415	420
M Esterer **10	567G	567
D Farb. Liqu. RM 0	7,95	7,8
F Flachglas 9	240	248
D Ford *19,36	860T	860T
B Forst. Ebn. *4 %	5000bG	5000
M Fr. Oberl. Wk. 5	238bB	230,5

	9.7.	8.7.
S Hohner *6	210TB	232bB
H Holsten-Br. 6	220	220bG
F Holzmann 10+1	420	425
D Horten 6	184,5	187
B Hw. Kayser *12	279G	279G
D Hussel 8	305	307
D Hutta Heg. 0	ausg.	ausg.
M Hutschenr. 9	270bB	269,5
H Hypo Hbg. 10+2,5	445	450
D IKB 7,5	220	227
S IWKA 0	305	305,5
M Isar-Amper 7,5	378bG	378bG
D Isenbeck 4,75	156bG	160
H Jacobsen *8	620G	620G

Ausländische DM-Anleihen

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

	9.7.	8.7.
Deere	30,25	30,125
Delta Airlines	51,625	52
Digital Equipm.	93,25	93,5
Dow Chemical	35	35
Du Pont	58,5	58,75
Eastern Gas Fuel	22,25	22,25
Eastman Kodak	45,375	45,5
Exxon	52,625	52,75
Firestone	21,125	21
Fluor	17,25	17,375
Ford	45,625	45,75
Foster Wheeler	13,375	13,375
Fruehauf	22,25	22,375
GAF Corp	35,375	35,25
Phibro	44,375	44,5
Philip Morris	85,125	85,625
Philips Petroleum	11,875	11,875
Pittston	11	11,25
Polaroid	31,875	32
Prime Computer	18,375	18,5
Procter & Gamble	57,875	57,5
RCA	46,375	46,875
Revlon	42,5	41,875
Reynolds Ind.	30,125	30,25
Rockwell Int	37,375	37,5
Rorer Group	36	35,875
Schlumberger	38	38
Sears Roebuck	37,125	37,7

Toronto

	9.7.	8.7.
Brenda Mines	–	9
Brunswick M & Sm.	12,25	12,25
Cdn. Imperial Bk.	36,75	36,875
Cdn. Pacif. Enterpr	28,5	28,375
Cdn. Pacific Ltd.	19,75	19,375
Cominco	12,875	12,875
Coseka Res.	2,86	2,87
Denison Mines	11,875	11,875
Dome Petroleum	2,85	2,81
Domtar	19	18,875
Falconbridge Ltd.	18,75	18,875
Great Lakes Forest	21,125	21
Gulf Canada	17,625	17,75
Gullstream Res	–	1,54

London

	9.7.	8.7.
B.A.T Industries	326	323
Br. Leyland	38	37
British Petroleum	528	530
BTR	341	345
Burmah Oil	258	260
Cadbury Schweppes	157	158
Charter Cons.	181	181
Cons. Gold. Fields $	4,99	5,09
Cons. Murchison	462	450
Courtaulds	145	144
De Beers $	5,35	5,3
Distillers	298	299
Driefontain $	24,5	24,25

Mailand

	9.7.	8.7.
Mondadori A.	1960	1940
Montedison	2010	2050
Mira Lanza	33000	32610
Olivetti Vz.	5679	5685
dgl. St.	6000	6020
Pirelli SpA	2781	2745
La Rinascente	883	886
RAS	80500	78150
SAI Risp.	17050	17250
SIP	2400	2380
Snia Viscosa	3370	3390
STET	3286	3298
Index	346,30	343,05

Wien

	9.7.	8.7.
Creditanst.-Bkv.Vz.	350	350
Gösser-Brauerei	510	510
Länderbank Vz.	358	345
Österr. Brau AG	508	502
Perlmooser	580	582
Reininghaus	835	834
Schwechater Br.	–	320
Semperit	92	95
Steyr-Daimler-P.	173	175
UniversaleHochTief	275	271
Veitscher Magnesit	570	552
Index	97,77	98,05

Tokio

	9.7.	8.7.
Toyota Motor	1270	1270
Index	1055,91	1054,01

Kopenhagen

Den Danske Bank		346
Jyske Bank		740
Kopenh. Handelsbk.	Kurse	329
Novo Industri	lagen	333
Privatbanken	nicht	324
Ostasiat. Komp.	vor	225
Dan. Sukkerfabr.		495
For. Bryggerier St.		950
Kgl. Porc. Fabr.		229

Brüssel

	9.7.	8.7.
Arbed	1715	1695
Brux. Lambert	1905	1910
Cockerill Ougrée	221	225
Ebes	2965	2970
Gevaert	3895	3900
Kredietbank	–	–
Petrofina	5650	5710
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1835
Sofina	7300	7270
Solvay	4395	4395
UCB	5240	5250
Index	2339,99	2342,31

Singapur

	9.7.	8.7.
Cycle + Car.	3,2	3,18
Cold Storage	2,45	2,47
Dev. Bk. of Sing.	5,4	5,35
Fraser + Neave	5	4,94
Kl. Kepong	–	–
Mal. Banking	5,35	5,35
Nat. Iron	2,52	2,55
OCBC	8,45	8,6
Sime Darby	1,85	1,86
Singapur Land	2,48	2,58
Un. Overs. Bank	3,84	3,8

Sydney

	9.7.	8.7.
CSR (Thiess)	3,02	3,06
Metals Expl.	0,47	0,47
MIM-Holdings	2,88	2,85
Myer Emporium	2,8	2,78
North Broken Hill	2,25	2,35
Oakbridge	1,05	1,05
Peko Wallsend	4,15	4,1
Poseidon	3,6	3,45
Thomas Nat. Tr	2,1	2,12
Waltons Bond	0,37	0,37
Westpacific Banking	4,45	4,42
Western Mining	3,97	3,92
Woodside Petr.	1,42	1,41
Index	902,20	897,10

Optionshandel

Frankfurt: 09. 07. 85
3032 Optionen = 155 500 (207 000) Aktien,
davon 303 Verkaufsoptionen = 15 400 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-120/19, 10-130/15, 10-140/10, 10-150/6,4, 10-160/4,9, **BASF** 10-210/41, 10-220/23, 10-221/22, 10-230/30, 10-231/16,5, 10-240/14, 10-241/12, 10-250/10,5, 10-251/10, 10-260/8,4, 10-261/6, **Bayer** 10-201/44, 10-220/23, 10-221/22,5, 10-231/18, 10-240/14,5, 10-241/11, 10-250/9,85, 10-251/7,2, 10-260/5, **BHF** 1-350/30, **Bay. Hypo** 10-390/16, **Bekula** 10-100/4,6, **BMW** 10-410/70, 10-420/60, 10-470/36, 10-490/15, 10-500/10, **Bay. Vereinsbk.** 10-480/11,9, **Commerzbk.** 10-200/36, 10-210/26,8, 10-220/17, 10-230/13, 10-240/10, 10-250/8, 10-260/6, **Conti** 10-150/14, 10-160/8,9, 10-170/5, 1-137/25, **Daimler** 10-900/44, **Dt. Babcock St.** 10-170/10,4, **Dt. Babcock Vz.** 10-170/7,9, **Deutsche Bk.** 10-508/99,75, 10-630/29, 10-650/16, 10-660/14, **Degussa** 10-370,5/6, **Dresdner Bk.** 10-212,5/59, 10-230/45, 10-240/35, 10-250/27, 10-270/19, 10-280/14, **GHH St.** 10-170/15, 10-180/8, **Hoechst** 10-221/28, 10-230/20, 10-231/18, 10-240/15, 10-250/10, 10-251/10, 10-260/6, **Hoesch** 10-100/21, 10-110/15, 10-120/8, 10-130/6, **Karstadt** 1-250/19,4, **Klöckner** 10-70/7,6, 10-75/4,4, 10-80/2,4, **Lufthansa St.** 10-210/18, 10-220/17, 10-230/12,7, 10-240/7, **Lufthansa Vz.** 10-210/21, 10-220/13, 10-230/10, **MAN** 4-180/21,8, **Mannesmann** 10-176/31, 10-190/30, 10-206/15,6, 10-210/15, 10-220/15,8, **RWE St.** 10-170/23,8, 10-180/19,4, 10-190/8,7, **RWE Vz.** 10-160/22, 10-190/6, **Kali + Salz** 1-320/34, 1-330/30, **Siemens** 10-550/68, 10-560/52,25, 10-570/47, 10-580/37, 10-583,3/32, 10-590/30, 10-600/29,2, 10-620/22,6, 10-640/11, 10-680/5, **Thyssen** 10-100/21,5, 10-110/13, 10-120/9,5, 10-130/11, **Varta** 1-240/30, **Veba** 10-180/49, 10-200/35, 10-210/28, 10-220/23, 10-230/12, 10-240/8,15, 10-250/5, **VEW** 10-140/7,5, 10-150/3, 1-140/12,2, **VW** 10-320/45, 10-330/38, 10-340/31, 10-350/27, 10-360/24,8, 10-380/10,6, 10-400/10,6, **Alcan** 1-80/4,6, **Chrysler** 10-110/5,35, 10-120/3,4, **IBM** 1-420/26, **Litton** 1-250/15,5, **Norsk Hydro** 10-35/3,8, 1-35/5, **Philips** 1045/5,9, 10-50/3,8, **Sony** 1-55/4, **Xerox** 1-160/25, 1-170/22.
Verkaufsoptionen: **AEG** 10-130/2,5, **BASF** 10-230/4, 4-230/6, **Bayer** 10-220/2, 10-230/3,5, 1-220/3, **BHF** 10-340/9, **Bay. Hypo** 10-360/6, **BMW** 10-410/3, 10-430/8, **Bay. Vereinsbk.** 10-440/16, **Commerzbk.** 10-210/3,4, **Conti** 10-140/2,3, 10-150/4,5, **Daimler** 10-850/10, **Deutsche Bk.** 10-550/6, **Dresdner Bk.** 10-240/5,35, 10-250/5,6, 10-260/6,8, **Hoechst** 10-220/1,9, 10-230/2,4, **Hoesch** 1-110/2,9, **Klöckner** 10-70/3, **Lufthansa Vz.** 1-190/2,6, **Linde** 10-530/10, **Mannesmann** 10-190/1,6, **Nixdorf** 10-560/10, **Schering** 10-190/12, **Kali + Salz** 1-290/4, **Siemens** 10-540/2,55, 10-550/4,5, 10-570/13, **Thyssen** 1-110/3,6, **Veba** 10-220/4,5, **Alcan** 10-75/3,2, **Chrysler** 1-110/8, **Norsk Hydro** 10-35/1,6.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝–7⅞	5⅛–5¼	5–5⅛
3 Monate	7⅞–7⅞	5⅛–5¼	5⅛–5⅛
6 Monate	7¾–8	5¼–5½	5¼–5⅝
12 Monate	8 –8¼	5⅜–5⅝	5¼–5⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1370,00	1744,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	217,25	270,47
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,00	266,76
20 belgische Franken	166,25	218,03
10 Rubel Tscherwonez	225,00	283,86
2 südafrikanische Rand	210,75	261,92
Krüger Rand, neu	949,50	1122,33
Maple Leaf	954,25	1127,75
Platin Noble Man	853,00	955,89
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	219,00	278,16
20 schweiz. Franken „Vreneli"	170,00	222,30
20 franz. Franken „Napoléon"	168,00	220,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	879,25	1066,19
20 österr. Kronen (Neuprägung)	174,75	222,02
10 österr. Kronen (Neuprägung)	90,75	120,56
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	409,25	500,75
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	95,75	131,96

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 8. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,9680	2,9760	2,9634	2,92	3,02
London¹)	4,014	4,028	4,028	3,92	4,07
Dublin¹)	3,125	3,139	3,139	3,05	3,20
Montreal³)	2,1900	2,1980	2,1764	2,15	2,25
Amsterd.	88,650	88,860	88,420	88,00	89,75
Zürich	119,160	119,360	119,250	111,75	120,55
Brüssel	4,951	4,971	4,917	4,85	5,05
Paris	32,775	32,935	32,425	32,00	33,75
Kopenh.	27,775	27,896	27,560	27,00	28,75
Oslo	34,590	34,710	34,050	34,00	35,75
Stockh.**)	34,495	34,655	33,700	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5585	1,5685	1,5325	1,52	1,62
Wien	14,213	14,253	14,184	14,13	14,35
Madrid**)	1,742	1,752	1,707	1,70	1,82
Lissabon**)	1,717	1,737	1,632	1,35	2,15
Tokio	1,2070	1,2100	–	1,17	1,23
Helsinki	47,940	48,140	47,150	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	2,211	2,285	–	0,03	0,18
Athen*) **)	–	–	–	1,75	2,55
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0185	2,0355	–	1,95	2,06
Johannesbg.*)	1,518	1,537	–	1,15	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet

Devisenmärkte

Die zuletzt zu beobachtende Abwärtsbewegung des US-Dollars verstärkte sich am 9. 7. Offensichtlich wächst bei vielen Marktteilnehmern das Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Administration und der Fähigkeit, die bekannten Probleme zufriedenstellend lösen zu können. Der US-Dollar erreichte am Morgen einen Höchstkurs von 2,9850, geriet dann aber unter Druck und fiel im Freiverkehr bis 2,9550. Die Bundesbank griff weder im Freiverkehr noch zur Notiz ein. Der amtliche Kurs von 2,9720 wurde letztmals am 16. November 1984 unterschritten. Gegen Geschäftsschluß nannte man Kurse um 2,96. Das englische Pfund profitierte am meisten von der Dollar-Baisse und zog auf 4,0210 an. Kräftige Abschläge mußten der Yen und der Escudo hinnehmen. Im EWS verlief die Kursentwicklung uneinheitlich. US-Dollar in: Amsterdam 3,3440; Brüssel 59,8475; Paris 9,0350; Mailand 1902,00; Wien 20,8990; Zürich 2,4920; Ir. Pfund/DM 3,132; Pfund/Dollar 1,3530; Pfund/DM 4,021.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 8. Juli: In D-Mark 2,25219 (Parität 2,24184); in Dollar 0,748732 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 8. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports am 9. Juli wurden größer notiert; bedingt durch ein hohes Angebot an DM an den Euromärkten.

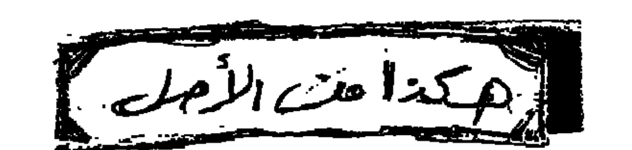
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,70/0,60	1,95/1,85	3,75/3,55
Pfund/Dollar	0,58/0,56	1,51/1,48	2,67/2,62
Pfund/DM	3,30/1,90	7,60/6,20	13,5/12,1
FF/DM	22/6	51/35	92/76

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 7.: Tagesgeld 5,25–5,35 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.



RADSPORT / Thuraus Ausschluß bei der Tour

„Jetzt macht er von sich reden, weil er ganz einfach mal zuschlägt“

KLAUS BLUME, Bonn

Es sollte ein großer Abschluß werden. Noch einmal wollte der Frankfurter Radprofi Dietrich Thurau bei der Tour de France beweisen, daß er noch kämpfen kann, daß er sein Talent noch nicht ganz und gar verschleudert habe. Doch statt dessen kam das abrupte Ende. Im Tour-Kommuniqué steht: „Dietrich Thurau wurde sanktioniert wegen eines tätlichen Angriffs auf ein Mitglied der internationalen Jury gemäß Artikel 24.“ Jenes Jury-Mitglied, der Belgier Raymond Trine, hat beim internationalen Verband gestern auch noch den Antrag gestellt, Thurau ein Jahr lang für alle Rennen zu sperren. Käme der Antrag durch, könnte der Frankfurter in diesem Winter auch kein einziges Sechstagerennen mehr bestreiten. Das wäre endgültig das Ende.

Trine will beoabachtet haben, wie Thurau am Samstag auf der Zeitfahr-Etappe nach Straßburg im Windschatten des Franzosen Mottet gefahren sei, was verboten ist. Deshalb bekam Thurau eine Strafminute. Das wurmte den Frankfurter, weil Mottet, der ebenfalls an seinem Hinterrad gefahren war, straffrei ausgegangen ist, und weil Mijnher Trine sich schon vor dem Prolog in Plumelec über sein futuristisch anmutendes Spezial-Rennrad mokiert hatte. Thurau durfte dennoch damit fahren.

Seinem belgischen Teamchef Albert de Kimpe vertraute Thurau daraufhin an, er werde Trine bei nächster Gelegenheit „krankenhausreif“ schlagen. De Kimpe antwortete: „Bitte, seien Sie vorsichtig. Sie riskieren sonst eine Strafe von einem Jahr.“ Thurau habe ihm daraufhin geantwortet: „Ich riskiere dabei überhaupt nichts, Trine riskiert, ins Krankenhaus zu kommen.“ Ein französischer Fotograf war dann Augenzeuge: „Trine und Thurau haben sich angeschrien, und dann hat ihn Thurau am Hemdkragen gegriffen und geschüttelt.“ Ein Augenzeuge im „France-Soir“: „Thurau hat ihn hochgehoben und dann so etwas Ähnliches gesagt, wie: Beim nächsten Mal zerschlage ich dir die Fresse.“

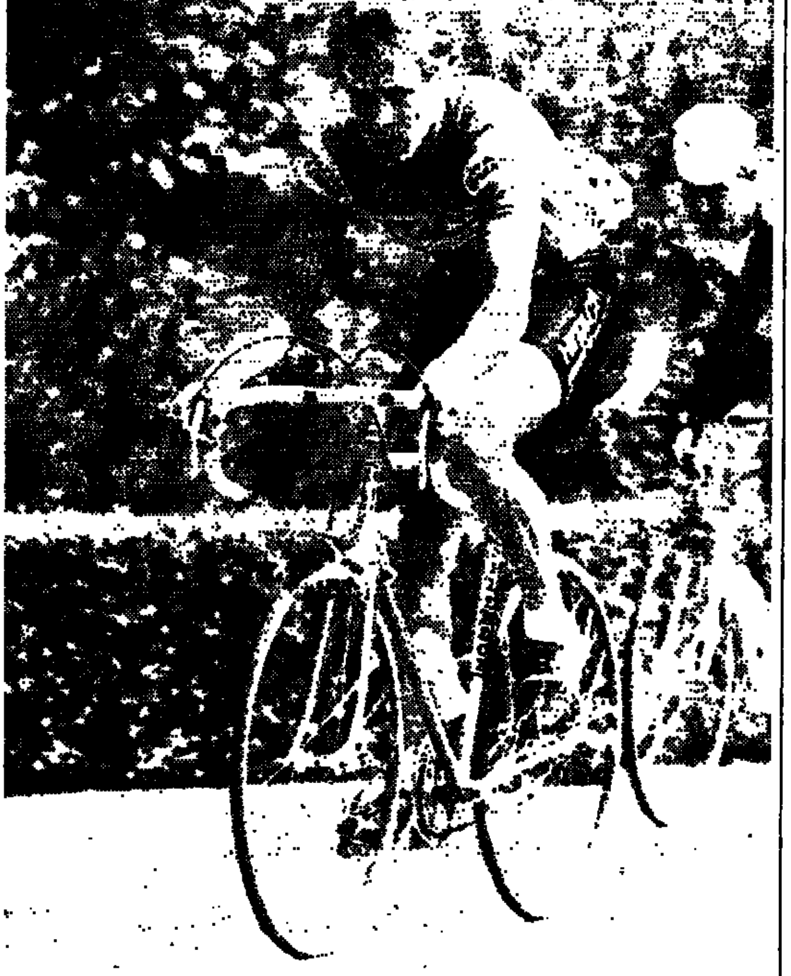
Thurau fühlt sich dennoch im Recht, bestreitet diese Vorgänge und weist darauf hin, daß ihn Trine während seines zehntägigen Tour-Aufenthaltes regelrecht verfolgt habe. Er mutmaßt gar, Trine handele eventuell im Auftrag seines ehemaligen belgischen Arbeitgebers Gustav Janssens (Ijsboerke), von dem er vor Jahren im Streit geschieden ist. Belgische Fachleute wollen jedoch wissen, daß der Flame Janssens und der Wallone Trine noch nie ein Wort miteinander gewechselt haben.

In der französischen Presse liest sich denn der Vorgang auch ganz anders. Der Tour-Mitveranstalter „Le Parisien“ kommt zu dem Schluß: „Man kann süß, nett und lächelnd sein, so wie Dietrich Thurau – und dennoch über die Reaktionen eines Halunken verfügen.“ Oder er muß sich im „Le Matin“ vorwerfen lassen: „Dietrich Thurau, das war die Ex-Hoffnung Nummer eins des Radsports, die eines Tages aus dem Paradies vertrieben wurde, weil er vielmehr die Schönen der Nacht als die Arbeit liebte.“

Es gibt in Frankreich wenig Verständnis für das, was Thurau sich zum Ende seiner immer wieder verkorksten Karriere geleistet hat, wenngleich ihm das Sport-Fachblatt „L'Equipe“ attestiert: „Die Gründe für den Zorn des Deutschen sind sehr klar.“ Und: „Thurau wurde ein Opfer der Ungerechtigkeit.“

Was sicher im Falle der Bestrafung nach dem Zeitfahren stimmt, dennoch die Reaktion des Frankfurters nicht entschuldigt. Und so ist es denn mal wieder zu dem gekommen, was fast so war: Thurau macht erneut, und wohl zum allerletzten Mal, auf seine Weise Schlagzeilen. Der „France-Soir“: „Thurau, der Kämpfer, ist draußen. Jetzt macht er von sich reden, weil er zuschlägt.“

Manfred Böhmer, der Präsident der deutschen Profis, hat Tour-Direktor Felix Levitan gebeten, Gnade vor Recht ergehen zu lassen – vergeblich. Und so kommt er zu dem Schluß: „Sicherlich war das eine übertriebene Maßnahme. Es wurde einfach ein Exempel statuiert. Allerdings kann ich Thurau den Vorwurf nicht ersparen, sich überhaupt zu dieser Tätlichkeit hinreißen zu lassen. Das durfte nicht passieren.“



Dietrich Thuraus letzte große Fahrt bei der Tour de France. FOTO: H.A. ROTH

1977 war sein bestes Jahr

DW. Bonn

In seinem ersten Profi-Jahr gewann der gelernte Schriftsetzer Dietrich Thurau 1975 die Deutsche Straßenmeisterschaft. Auch international hatte er bei den Profis einen guten Einstand: Im Frühjahr 1975 wurde er Dritter der Andalusienrundfahrt und Sechster bei Paris–Nizza. 1976 belegte Thurau bei der Spanienrundfahrt nach fünf Etappensiegen Rang vier. Das Jahr 1977 wurde mit Abstand das erfolgreichste Thuraus: Sieg bei der Andalusienrundfahrt (8 Erfolge), Dritter beim Klassiker Lüttich–Bastogne–Lüttich, Fünfter der Tour de France (5 Etappensiege, 15 Tage lang Träger des Gelben Trikots), Zweiter bei der Weltmeisterschaft in San Cristobal.

1978 belegte Thurau bei der Belgienrundfahrt Rang drei, bei Lüttich–Bastogne–Lüttich Rang zwei und gewann dieses Rennen 1979. Im selben Jahr siegte er bei der Deutschlandrundfahrt und erzielte bei der Tour de France einen Etappensieg. Im Gesamtklassement wurde er Zehnter. Bei den Weltmeisterschaften konnte er seinen Erfolg von 1977 wiederholen und gewann die Silbermedaille.

Ende des Jahres wechselte er vom belgischen Rennstall Ijsboerke zu Puch. Außer einem dritten Rang beim schweren Klassiker Paris–Roubaix erreichte der Frankfurter 1980 keine nennenswerte Plazierung in einem der großen Rennen. Im November 1980 wechselte Thurau zum deutschen Rennstall Kotter. Bei den meisten Rennen in den folgenden zwei Jahren gab er vorzeitig auf, so auch beim Giro d'Italia 1982.

Für die Saison 1983 unterschrieb Thurau beim italienischen Rennstall Del Tongo. Im Schlußklassement des Giro gelang ihm ein fünfter Rang, was die italienischen Zeitungen als Comeback feierten.

FUSSBALL / Der Niedergang des Hans Müller

Erst gehätschelt, dann geschaßt – ein Schwabe wollte Italiener sein

sko, Bonn

Hansi hieß er lange, und er ließ sich gerne so nennen. Aber Kosenamen, zumal im Auf und Ab des Profifußball-Geschäfts, sind eine schwere Hypothek. Ein „Wiggerl“ Kögl muß sich erst noch dieser Auszeichnung würdig erweisen – den Maier-Sepp dagegen würde heute keiner mehr Josef rufen. Aus Hansi indes ist mittlerweile ganz kühl Hans geworden. Nur der Qualitätsbegriff des deutschen Fußballs – schlicht „Müller“ – ist ihm geblieben.

Hans Müller ist arbeitslos. Sein Vertrag mit Inter Mailand, der schon lange nur noch auf dem Papier bestand, ist am letzten Juni-Tag ausgelaufen. Die Verhandlungen mit dem FC Udinese und Atalanta Bergamo sind gescheitert, am Sonntag schloß der italiensiche Transfermarkt seine Pforten. Müller steht draußen vor der Tür. Obwohl er mit seinen 28 Jahren im besten Alter ist für einen, der sich als Dirigent auf dem Fußballfeld sehen möchte.

Vor drei Jahren hat er Deutschland verlassen, im Blickfeld die Star-Karriere bei Internazionale Milano, dem Traditionsverein in der Nationalliga. Für den VfB Stuttgart hatte er kein wehmütiges „Ade“ übrig, er verabschiedete sich mit einer Klage auf Nachzahlung von Prämien und Gehalt beim Heimatverein. Die Brücken waren für alle Zukunft abgebrochen.

Heute sagt sein Freund Karl-Heinz Rummenigge: „Ich sehe für Hansi leider keine Chance mehr.“ Rummenigge tut das leid. Als er vor gut einem Jahr dem Schwaben ins Fußballparadies Italien folgte, da gab Hansi an Kalle seine Erfahrungen weiter: Schnell Italienisch lernen, dann gehöre man bald dazu.

So hat er es 1982 gehalten. Von Spätzle auf Spaghetti umzusteigen fiel ihm nicht schwer. Dunkle Lokken, braune Haut – Hans Müller fühlte sich bald nicht mehr als Nordeuropäer: „Keiner merkt, daß ich ein Deutscher bin.“

Die Zeitungen aber sahen in ihm weiter den „Tedesco“, den Deutschen. Wer in Mailand ganz dazugehören will, der muß Wochenende für Wochenende die Fans auf den Stadionrängen überzeugen. Hans Müller enttäuschte. Sein ganz persönlicher Anstoß war verpatzt.

Die Laufbahn zeigte ausgeprägte Wellenlinien. Mal ein gutes Spiel – die Inter-Fans bejubelten ihren Hansi. In der nächsten Begegnung kam Hans sich vor „wie in der Hölle“. Everybody's Darling wollte er sein, mehr als ein Pfeifkonzert wurde ihm nicht geboten. Dann hatte Mailand kein Interesse mehr, schob den Gastarbeiter zuerst auf die Ersatzbank, spann Fäden zum 1. FC Köln, zu Associazione Calcio, dem damaligen 13. der ersten Liga. Verlieh ihn, der so gern dazugehören wollte, schließlich in die Provinz an den AC Como. Müller fügte sich in sein Schicksal – blieb er doch zumindest in Italien – und ließ sich mit Frau Claudia 15 Minuten von Como in Guanzate nieder. Nun muß er schon wieder die Koffer pakken.

„Müller kämpft nicht. Er hat Angst und leistet nur Großes, wenn kein Gegner in der Nähe ist“, attestierte ihm eine italienische Sport-Zeitung und machte ihn verantwortlich, als Inter Mailand gegen Real Madrid aus dem Europapokal ausschied. Böse Zungen halten Hans Müller für den geeigneten Pausenclown: Zwischen zwei Halbzeiten, in denen ernsthaft um den Ball gekämpft wird, zeigt er seine Kabinettstückchen, präsentiert sich als Ballkünstler im blütenweißen Trikot.

Aber Fußball-Ästheten wie der schöne Hans, der erst die anderen und dann sich selbst anzweifelt, stehen auf den Wunschlisten italienischer Profi-Vereine nicht sehr weit oben. Das Kontingent ist schnell erschöpft. Zwei Ausländer pro Verein lassen die Fußball-Statuten zu, auch in der Reserve darf kein dritter stehen. Drei Vereine, bisher ohne ausländische Unterstützung, stiegen jetzt in die italienische Nationalliga auf – wenigstens sie mögliche Arbeitgeber für Müller? So wie der FC Lecce suchten sich auch die anderen Klubs kräftige Burschen vom Kaliber eines Hans-Peter Briegel. Ein Fieber nach breitschultrigen Nordlichtern ist ausgebrochen. Der FC Bari holte zwei Engländer, der Däne Elkjaer ging nach Verona, Bergamo setzt auf Stromberg aus Schweden. Keine Chance für Hans Müller.



Und wo geht die Reise des Hans Müller nun hin? FOTO: BAADER

Die Stimmung des Sensiblen ist auf dem Nullpunkt, die Fürsprache eines erfolgreichen Karl-Heinz Rummenigge erfolglos. Ein Angebot von Olympiakos Athen soll in Como eingetroffen sein – für den wohlerzogenen Müller mit seinem inzwischen perfekten, galanten Italienisch eine Horrorvision, in der Bolz-Liga Griechenlands zu spielen. Abgesehen davon hielt sich das Interesse der Hellenen offensichtlich in Grenzen: Längst sind zwei andere Ausländer verpflichtet . . .

Müllers intensive Suche nach einem Arbeitsplatz war den italienischen Sportzeitungen zwar gelegentlich eine Notiz wert, aber weder „Tutto Sport“ noch der „Corriere“ oder die„ Gazetta“ widmeten sich dem Deutschen aus dem Schwabenland in den letzten Wochen ausführlich. Von Hansi Müller ist schon lange nicht mehr die Rede. Und langsam verblaßt auch das Interesse an Hans Müller.

SPORT-NACHRICHTEN

Schulden abgebaut

Braunschweig (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig ist wieder schuldenfrei. Präsident Günter Mast hatte den Verein im konkursreifen Zustand im November 1983 mit einem Schuldenberg von fast über fünf Millionen Mark übernommen.

Langer auf Rang acht

Paris (sid) – Der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer ist nach seinem dritten Platz bei den Offenen Meisterschaften von Frankreich Achter in der Geld-Rangliste der bestverdienenden Golfer. Langer hat in dieser Saison bisher 267 635 Dollar eingespielt. Es führt der Amerikaner Strange mit 520 081 Dollar.

Alleinige Führung

Biel (dpa) – Andrej Sokolow (UdSSR) liegt nach sechs von 17 Runden des Schach-Interzonenturniers von Biel mit fünf Punkten allein in Führung. Der Holländer van der Wiel und Waganjan (UdSSR) folgen mit 4,5 Punkten gemeinsam auf dem zweiten Platz.

Friedens-Appell

Olympia (sid) – Die 25. Session der Internationalen Olympischen Akademie in Olympia hat an die UNO appelliert, alle in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelten Länder zu veranlassen, 1988 während der Olympischen Spiele mindestens einen Tag Waffenruhe zu vereinbaren.

Borg nach Schweden

Visby (UPI) – Nach elf Jahren Aufenthalt in Monaco will der fünfmalige Wimbledon-Sieger Björn Borg im Herbst wieder nach Schweden zurückkehren. Das erklärte Borg in Visby (Schweden).

Bankrott droht

London (dpa) – Mindestens 20, wenn nicht sogar 30 englischen Fußball-Profi-Klubs droht der Bankrott, falls die Regierung keine finanzielle Hilfe aufbringt. Die Krise ist durch die von der Regierung angeordneten Sicherheitsvorkehrungen in den Stadien entstanden. Die Maßnahmen sind als Folge eines Tribünenbrands gefaßt worden, bei dem 53 Menschen ums Leben gekommen waren.

Frankfurter Umfrage

Frankfurt (AP) – Über 60 Prozent der Zuschauer des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Frankfurt fühlen sich von Naziparolen gestört. Nach einer Umfrage unter Besuchern und Fans fühlten sich 18,8 Prozent von Parolen wie „Jude, Jude“ nicht gestört, 20 Prozent antworteten „ist mir egal“.

Banks trumpfte auf

Barcelona (sid) – Dreisprung-Weltrekordler Willie Banks (USA) trumpfte in Barcelona mit 17,71 m auf. Der Kubaner Delis gewann das Diskuswerfen mit 69,08 m.

Kommission gebildet

Brüssel (dpa) – Die Stadien der Ersten belgischen Fußball-Liga werden am 15. August von einer Kommission inspiziert, der Vertreter der Vereine, der Regierung und der Polizei angehören. Das ist eine Entscheidung des belgischen Kabinetts, nachdem es beim Europacup-Finale am 29. Mai in Brüssel 38 Tote und über 300 Verletzte gegeben hat.

ZAHLEN

RADSPORT

Tour de France, 10. Etappe, Epinal – Pontralier (204,5 km): 1. Pedersen (Dänemark) 5:06:27 Stunden, 2. Lammerts (Holland), 3. Gaston (Spanien) 0:02 Min. zurück; Gesamtwertung: 1. Hinault (Frankreich) 51:07:57 Stunden, 2. Lemond (USA) 2:16 Min. zurück, 3. Kelly (Irland) 2:24, 4. Bauer (Kanada) 3:21, 5. Anderson (Australien) 3:28, 6. Roche (Irland) 3:44, 7. Mottet (Frankreich) 4:11, 8. Simon (Frankreich) 4:20, 9. Rüttimann (Schweiz) 4:53, 10. Hagedooren (Belgien) 5:12.

SEGELN

Flying-Dutchman-Weltmeisterschaft auf dem Gardasee, fünfte Wettfahrt: 1. Schönherr/Paulsen (Dänemark), 2. J. und E. Diesch, 3. Batzill/-Wende, 4. Schwarz/Mössmang... 6. Wiesner/Lang (alle Deutschland) – Gesamtstand: 1. Diesch/Diesch 37 Punkte, 2. Adler/Temke (Brasilien) 65, 3. Schönherr/Paulsen 70,7, 4. Batzill/-Wende 71,7.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Barcelona, Männer, 400 m: 1. Heraus (Spanien) 45,85 Sek., 800 m: 1. E. Koech (Kenia) 1:46,12 Min., 110 m Hürden: 1. Moracho (Spanien) 13,49 Sek., Hochsprung: 1. Sotomayor (Kuba) 2,30 m, Dreisprung: 1. Banks (USA) 17,71 m, Diskus: 1. Delis (Kuba) 69,08 m.

TENNIS

Internationale Meisterschaften der Schweiz in Gstaad (150 000 Dollar), Herreneinzel, erste Runde: Keretic (Stuttgart) – Stadler (Schweiz) 6:3, 6:4, Popp (Neuss) – Elter (Essen) 6:3, 6:3.

VOLLEYBALL

Sechs-Länder-Turnier der Damen in Tiflis: Deutschland – Japan 0:3 (4:15, 7:15, 10:15) – Kuba – UdSSR A 3:0, CSSR – UdSSR B 3:2.

GEWINNQUOTEN

Toto, Elferwette, 1.: 108,50 Mark, 2.: 10,00 Mark, 3.: 2,20 Mark. – **6 aus 45,** 1.: unbesetzt, Jackpot: 329 191,15 Mark, 2.: 53 848,00 Mark, 3.: 5635,20 Mark, 4.: 86,40 Mark, 5.: 7,00 Mark. – **Rennquintett,** Rennen A: 1.: 31,90 Mark, 2. 3,00 Mark. – Rennen B: 1.: 444, 30 Mark, 2. 133,20 Mark. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 56 534,00 Mark. (ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Das Komitee tanzt lieber*

Tradition muß nicht immer sinnvoller Fortbestand sein. Die große internationale Rotsee-Regatta an diesem Wochenende – was ist sie eigentlich noch wert? 1962 fanden auf dieser windgeschützten Regattastrecke bei Luzern die ersten Ruder-Weltmeisterschaften statt, und seitdem wohl betrachtet der internationale Verband FISA diese Veranstaltung als eine Art eigenes Heiligtum. Rund 250 Boote aus 23 Verbänden wurden denn auch in den vorläufigen Meldelisten 1985 geführt.

So etwas liest sich imposant. Auch die Vorankündigung des ständigen Duells Karppinen gegen Kolbe, unter Hinzuziehung des „DDR“-Athleten Mundt, klingt nach großem Rudersport. Doch beim genauen Hinsehen fragt man sich: Gaukelt das Rotsee-Komitee sich und der staunenden Ruderwelt ansonsten nicht etwas vor?

Da sind zum Beispiel die wohlbetuchten Luzerner Geschäftsleute nicht bereit, 5000 Schweizer Franken Reisekostenzuschuß zu zahlen, um den rumänischen Verband starten zu lassen. So fehlen denn bei den Frauen die fünf rumänischen Olympiasieger-Boote von Los Angeles ebenso wie bei den Männern der Zweier ohne Steuermann mit Toma und Jussup. Dieses Boot, in Los Angeles siegreich, gilt mittlerweile als fast unschlagbar.

Die Amerikaner fehlen (bis auf zwei Klubboote), die Australier, die Neuseeländer. Der norwegische Zweier Grepperud/Lekan, Weltmeister 1982 und Rotsee-Doppelsieger im vorigen Jahr, ist ebenfalls nicht am Start. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Veranstalter bleiben dennoch dabei: Diese Regatta ist besser besetzt als die olympische 1984 in Los Angeles. Vielleicht liegt man deshalb so fatal falsch, weil man sich im Luzerner Regatta-Komitee, einem gesellschaftlichen Zirkel ersten Ranges, nicht allzu sehr und wohl auch nicht allzu gern mit dem Rudersport befaßt. Woher käme denn wohl sonst der in Ruderkreisen so beliebte Spruch: Das Komitee tanzt und tafelt . . . K. Bl.

Fliegerisches Fiasko als Bestseller-Nervenkitzel – Haileys „Flug in Gefahr"

Das große Millionen-Mißverständnis

Da fliegt eine viermotorige Verkehrsmaschine über Kanada hinweg mit einer Crew und fast fünfzig Passagieren, die ein spezielles Problem haben: Kein Flugzeugentführer, keine Bombe im Gepäckraum bedroht sie. Der Horror kommt vielmehr aus der eigenen Bordküche: Fischvergiftung!

Nachdem die Piloten dann am kulinarischen Genuß gegrillten Heilbutts flugunfähig geworden sind und höchste Not am Mann ist, tritt der Retter auf: ein ehemaliger Militärpilot, der auch einmal geflogen ist – auf einmotorigen Flugzeugen und vor zehn Jahren notabene. Glücklicherweise erkennt der gute Mann, daß er der Aufgabe, eine viermotorige Verkehrsmaschine heil zu landen, eigentlich nicht gewachsen ist. In dieser Szene liegt der einzige realistische Moment der ganzen Story. Doch da sie nun mal ein Happy-End haben muß, gelingt ihm die Landung dann doch noch. So rettet er zwar die Passagiere, aber nicht die Story.



Rettet die Passagiere, aber nicht die Story: Hanns Lothar als Jagdpilot Spencer mit Ingmar Zeisberg als Stewardess FOTO: FELICITAS TIMPE

Für die Fluggesellschaften, die seit Jahren einen Taumelflug zwischen roten und schwarzen Bilanzzahlen ausführen, hätte der Film eigentlich ein finanztechnisches Lehrbeispiel

Flug in Gefahr – ARD, 20.15 Uhr

sein können zum Thema: „Wie reduzieren wir unsere Piloten-Ausbildungskosten radikal?" Antwort: Man nehme einen Auch-mal-Flieger, erkläre ihm knapp, was er zu tun habe . . ., und schon kann er's.

Doch irgendwie muß dieser brisante Gesundschrumpfungsfilm bei den Airlines nicht angekommen sein. Statt dessen steigern sich deren Ausbildungskosten von Jahr zu Jahr mehr ins Unermeßliche. Knallharte Zwischenprüfungen alle halben Jahre und – damit man's zwischendurch auch ja nicht vergißt – Auffrischungskurse alle Vierteljahre. Meine eigene Ausbildung dürfte rund eine Million verschlungen haben; und als ich 1955, ebenfalls zehn Jahre nach meinem letzten Flug bei der Luftwaffe, wieder versuchte, ein gutmütiges Schiff wie die DC-3 oder Convair-Metropolitan heil auf die Erde zu bringen, brauchte ich immerhin drei Jahre bis zum Captain. Vielleicht war ich ja, im Gegensatz zum Filmhelden, ein hoffnungsloser Spätentwickler. Doch da sage keiner, in der Story gehe es auch nur darum, die Maschine „einigermaßen heil" herunterzubringen. Die Hohe Schule des Fliegens sei da nicht verlangt worden. Irrtum: Man kann einen solchen Koloß nur auf zwei Arten landen: einwandfrei – oder mit Aufschlagbrand.

Das Millionen-Mißverständnis des Autors rührt daher, daß er glaubt, man brauche einem solchen Mann nur geduldig zu erklären, wie er am Steuer zu ziehen oder zu drücken habe – und schon würde er mit fünfhundert Fuß sinken oder steigen können. Ein Querruderausschlag links – und schon kurvt der Mann auf den erforderlichen Kurs ein. Das erinnert an einen Radfahrer, den man zum ersten Mal in einen schweren Lkw mit Anhänger setzt und damit über die Serpentinen der Pyrenäen schickt. Das arme Opfer weiß weder, wie der Truck auf seine Steuerausschläge reagiert, noch, wie der Kurvenradius seines Anhängers ist.

Dabei ist das Beispiel noch unnatürlich simplifiziert; der Lkw ist, auf der sicheren Erde, nur um eine einzige Achse steuerbar, das Flugzeug gleich um drei, von seiner Speed, die knallharte Reaktionen erfordert, abgesehen. Ein winziger Fingerdruck zuviel am Querruder beim Anflug – und die Landebahn, die eben noch haargenau voraus lag, rast auf Nimmerwiedersehen nach rechts oben davon . . .

Kurz und schlecht: Wer an dem Film, wenn auch nur als fliegerischer Laie Freude haben will, sollte sich auf die schauspielerische Leistung beschränken, sofern sie nicht im Cockpit mit den völlig unnatürlichen Verhaltensweisen der Betroffenen spielt. Allen voran noch immer Hanns Lothar.

Dem Film geht das Buch des Bestsellerautors Arthur Hailey voran. Als ich, lang, lang ist's her, den Stuttgarter Verlag aufsuchte, der die deutsche Übersetzung herausgebracht hatte, und auf den fliegerischen Nonsens hinwies, entgegnete die Verlagsleiterin mit verblüffender Ehrlichkeit, das habe man ihr schon mehrfach mitgeteilt. „Doch was wollen Sie, es ist ein Bestseller . . ."

Dabei sollten wir es bewenden lassen. Schließlich geht es ums Sommertheater des Deutschen Fernsehens: Man sollte alles viel leichter nehmen. Hailey freilich ist nach diesem fliegerischen Fiasko in sich gegangen. Von Stund' an hat er sich intensiv mit der Fliegerei vertraut gemacht. Als er dann seinen nächsten Fliegerroman herausbrachte, konnte er das Lob aller Piloten einheimsen. In seinem „Airport" stimmt alles bis ins kleinste Detail: der Blickwinkel der Piloten aus dem Cockpit heraus, der legere Sprachstil, jede Funkfrequenz, auf der fachgerecht getalkt wird. Doch dieser gute Fliegerfilm ist wohl nichts fürs Sommertheater.

RUDOLF BRAUNBURG

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Hochzeitstag
Fernsehfilm
11.50 Umschau
12.10 Monitor
Moderation: Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.15 Tour de France
12. Etappe: Morzine – Col du Granier
14.40 Fury
15.05 Fauna iberica
15.30 Tagesschau
15.40 Pferde ohne Grenzen
16.25 Janosik, Held der Berge
17.10 Nudnik
17.20 Tour de France
12. Etappe: Morzine – Col dur Granier – Lans en Vercors
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Flug in Gefahr
21.25 Brennpunkt
Kernkraft am Ende?
Nordrhein-Westfalen will „Schnellen Brüter" stoppen
Der Schnelle Brüter in Kalkar soll gestoppt und als Investitionsruine im Wert von sieben Milliarden Mark „eingemottet" werden. Das jedenfalls ist die Meinung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, die den Weiterbau und die Ausgabe weiterer Milliarden aus öffentlichen Kassen für sinnlos hält. Hat der Atomstrom seine Zukunft schon hinter sich? Diese Frage diskutieren Friedheim Farthmann (SPD), August W. Eitz vom RWE und der Atomphysiker Klaus Traube
Moderation: Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Jazz-Fest Berlin 1984
Das Artie Shaw Orchester
23.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
15.30 Ferienkalender
16.05 Flugboot 121 SP
16.30 Babbelgamm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Rauchende Colts
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Die Welle
Amerikanischer Jugendfilm
In einem Experiment will ein kalifornischer Lehrer beweisen, daß sich die Jugend von heute genauso wie das nationalsozialistische Volk unter Adolf Hitler für falsche Ziele begeistern kann.
20.15 ZDF Magazin
Starthilfen für Selbständige unzureichend / Atlantik-Flüge mit höherem Risiko? / US-Staatssekretär Perle zur SDI-Debatte
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Polizeirevier Hill Street
21.45 heute-journal
22.05 Heute bin ich ohne Haß
Die Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werks zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen.
Von Michael Albus, Meinolf Fritzen
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Alles im Zunderland
Ein „musikalisches Fernsehvideo"
Regie: Leo Lorez
23.20 Nero Wolfe
Tod auf der Türschwelle
0.05 heute



Durch das Gegenüber im Spiegel aus dem alltäglichen Trott gerissen – Szene aus „Alles im Zunderland" – ZDF, 22.35 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Mischa und seine Brüder
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD

18.30 Mischa und seine Brüder
19.00 Godda
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Italien (5)

HESSEN

18.30 Mischa und seine Brüder
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
19.35 Der Physik-Zirkus II (1)
Magische Kräfte
Von Dr. Joachim Bublath

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Ostende
Einblicke in das pulsierende Leben der Seestadt. Auch über die vielfältigen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ostende und Nordrhein-Westfalen wird berichtet.
21.45 Hobbythek
Puppen zum Spielen und Sammeln
22.30 Das war Mord, Mr. Doyle
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Barbara Stanwyck, Sterling Hayden u. a.
Regie: Gerd Oswald
23.50 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Schüler Open Air auf dem Halberg (1)
Ferienfest des SR
20.15 Weimar, Du Wunderbare
21.00 Vierzig Gewehre
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Barbara Stanwyck, Barry Sullivan u. a.
22.15 Das romantische Zeitalter (1)
Die zornige Generation
23.00 Zum 100. Geburtstag von Ernst Bloch (1885–1977)
Experimentum mundi
0.00 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 MS Franziska
3. Kurze Reise
20.00 Mit Vergnügen!
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 „Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen . . ." (4)
22.50 Solange man sie braucht . . .
100 Jahre Frauenarbeit
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Erben der frühchristlichen Welt
Die aus der Wüste kamen
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Motorsport: Hinter den Kulissen / Radsport: Rheinland-Pfalz-Rundfahrt
Moderation: Klaus Niedzwiedz und Roman Köster
20.00 Offen gesagt
Lothar Kleinjung im Gespräch mit Rolf Liebermann
Rolf Liebermann, 75, Komponist und Theaterleiter, gehört zu den renommiertesten Persönlichkeiten des internationalen Opernlebens. Unter seiner Intendanz galt die Hamburgische Staatsoper als eine der besten der Welt.
20.30 Love Boat
Ein Herr in den besten Jahren / Gleich und gleich gesellt sich gern / Zwei starke Typen
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Agent 3S3 setzt alles auf eine Karte
Deutsch-ital. Spielfilm (1968)
Mit George Ardisson u. a.
Regie: Mino Guerrini
Agent 3S3 hat Urlaub. Er möchte ihn in Italien verbringen, um Schönes zu sehen und zu erleben. An Bord seines Schiffes trifft er seinen alten Freund Dwight Dempsey. Als das Schiff in Neapel anlegt, verabreden die beiden Freunde, sich einige Tage später in Rom wiederzutreffen. Doch Dwight kommt nicht!
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
Leben im Schattenreich
Die drei Klumberger
Die Fahrt, die alles ändert
19.00 heute
19.30 Die schönsten Melodien der Welt
Lieder, die jeder liebt
präsentiert von Stars, die jeder kennt
Buch: Henno Lohmeyer
Regie: Pit Weyrich
Mit Marlene Charell, Katja Ebstein, Carolin Reiber, Maria Schell, Karel Gott, Heino, Udo Jürgens und vielen anderen beliebten Künstlern.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Sportfreund Meikus aus Dresden
23.00 3SAT-Nachrichten

Nach schwerer Krankheit ist mein lieber Mann, unser lieber Vater

Dr. Herbert Mißler

im Alter von 59 Jahren von uns gegangen.

Dr. Inge Mißler geb. Wachter
Dr. Barbara Mißler
Brigitte Scholz geb. Mißler
und **Uwe Scholz**
Ulrich Mißler
Bettina Vesting geb. Mißler
und **Adolf-Wilhelm Vesting**
Johannes Mißler

Cuxhaven, den 5. Juli 1985
Alter Duhner Weg 7a

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 11. Juli 1985, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle Brockeswalde statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von Kranzspenden eine Spende erbeten an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger – Konto-Nr. 192 195 bei der Stadtsparkasse Cuxhaven, BLZ 241 500 01.

Am 5. Juli 1985 verstarb

Dr. Herbert Mißler

* 17. 10. 1925

Herr Dr. Mißler war einer der ersten, die sich in den fünfziger Jahren in Deutschland wissenschaftlich mit der Hybridzüchtung beschäftigten. In Cuxhaven hat er gestaltend und leitend, viele Jahre als Geschäftsführer, die Entwicklung der Lohmann Tierzucht GmbH geprägt.

Die deutsche Geflügelwirtschaft verliert mit Herrn Dr. Mißler eine herausragende Persönlichkeit, die beim Aufbau des Verbandswesens entscheidend mitgewirkt und ihre späteren Geschicke im nationalen und internationalen Rahmen mitbestimmt hat.

Wir danken Herrn Dr. Mißler für seine schöpferische und zielstrebige Mitarbeit, die wesentlich zum Aufbau des Geflügelbereiches unserer Firmengruppe beigetragen hat. Wir werden ihn nicht vergessen.

Vorstand, Geschäftsführung
und Mitarbeiter

Lohmann Tierzucht GmbH
Lohmann u. Co. AG

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, den 11. Juli 1985 um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle Brockeswalde, Cuxhaven, statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von Kranzspenden ggf. eine Spende erbeten an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger – Konto-Nr. 192 195, Stadtsparkasse Cuxhaven, BLZ 241 500 01.

Am 4. Juli 1985 verstarb

Direktor i. R.

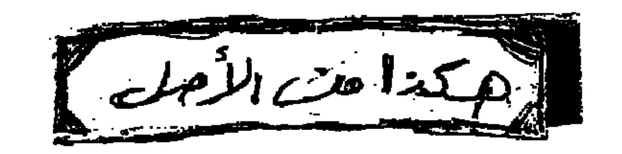
Otto Lütjen

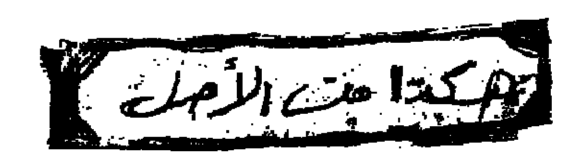
im 71. Lebensjahr.

Herr Lütjen hat unserer Gesellschaft mehr als 3 Jahrzehnte angehört. Bis zu seinem krankheitsbedingten Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Jahre 1971 hat der Verstorbene sich bleibende Verdienste um den Aufbau unserer Vertriebsorganisation in Norddeutschland erworben.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.

ALLIANZ VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT
Zweigniederlassung für Norddeutschland
Geschäftsleitung





Schlank für Arbeitsplätze

eka – Naht die sommerliche Badezeit, bedrängt so manchen die Idee einer Schlankheitskur. In den eigenen vier Wänden ist sie verhältnismäßig preiswert durchzuführen, kommt aber lediglich für Bürger ohne besonderes sozialpolitisches Verantwortungsbewußtsein in Frage. Bürger mit Sozialgefühl müssen zu anderen Mitteln greifen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde treibt es Gewissenhafte zur Entschlackung, Entfettung, zu Kuraufenthalten in die Badeorte. Freundliche Kurdirektoren, tolerante Ärzte, zartfühlend zupackende Masseure, herumwimmelnde Hilfsdienstleistende sollen ihres hart erkämpften Arbeitsplatzes im Wirtschaftszweig Körpergesunderhaltung nicht verlustig gehen.

Auch die in Bädern ansässigen Wirte, Kellner, Thekenhilfen, Barmixer nebst dazugehörigen Damen sind an Kurgästen interessiert. Denn heimliche Essensorgien der Kurenden, Nächte mit Alkohol- und Nikotingenuß füllen ihnen die Beutel.

Es sei die Frage gestattet, welcher Mensch mit Sozialgefühl kann überhaupt am Erfolg einer Kur interessiert sein? Welcher Bäderdirektor, Arzt, Wirt, Kellner kann ehrlichen Herzens wünschen, daß Morgengymnastik, Waldlauf, Heubad, Wassertreten den Kurenden helfe? Allenfalls die Kurenden selbst. Eine Weile freuen sie sich über den Verlust einiger Gramm Fett. Aber zu Hause fällt ihnen sofort ein, daß nur der Kurende, nicht der Gesunde all die Arbeitsplätze sichert.

Folglich sinkt ihr Interesse an der Verlängerung selbst des geringfügigsten Kurerfolges in gleichem Tempo, wie ihre alte Liebe zur Völlerei wächst. Knödel und Gansbraten, Schweinshaxe und Bier, und noch einen Klaren und noch einen – sie tun das alles nicht für sich, sie tun das alles für das Gemeinwohl, für die Erhaltung, wenn möglich Vermehrung des kostbaren Volksgutes Arbeit.

Der 3. internationale Klavierwettbewerb „Concours Géza Anda" in Zürich

Sensibler Pianist gesucht!

Am Pillenknick kann es wohl nicht gelegen haben. Was aber ist dann schuld daran, daß die Teilnehmerzahlen des internationalen Klavierwettbewerbs „Concours Géza Anda", der alle drei Jahre ausgetragen wird und jetzt zum dritten Mal in Zürich stattfand, sich derart rapide nach unten entwickeln: Von etwa 40 Kandidaten 1979 über 28 anno '82 auf ganze 14 in diesem Jahr?

Sollte es vielleicht, wie der Organisationschef Franz Reichenbach mutmaßte, daran liegen, daß das in der Tat recht hohe Niveau des Concours sich mittlerweile herumgesprochen hat und potentielle Kandidaten verschreckt? Oder womöglich an der immer noch zunehmenden Zahl von Wettbewerben, die sich längst gegenseitig Konkurrenz machen? Was gibt es da nicht alles zwischen dem Tschaikowsky-Wettbewerb in Moskau, dem Chopin-Concours in Warschau, dem Busoni-Wettbewerb in Bozen, Premio Tommasoni in Köln, Van-Cliburn- und Casadesus in Amerika, Reine-Elisabeth in Brüssel und und und ... von nationalen wie internationalen Förderwettbewerben, erwähnt seien hier nur der ARD-Wettbewerb in München und der Deutsche Musikwettbewerb in Bonn, gar nicht zu reden! Für einen relativ jungen Wettbewerb wird es da immer schwieriger, neben den renommierten Veranstaltungen in Brüssel, Warschau und Moskau zu bestehen. Denn deren Ruhm läßt sich auch mit Preisgeldern nicht so leicht aufwiegen.

Die Probleme der siebenköpfigen Jury haben sich freilich nicht im selben Maß verkleinert wie die Teilnehmerzahl. Auch unter 14 Teilnehmern muß selektiert, muß möglichst „die Persönlichkeit gefunden werden, die die interpretierten Werke optimal vertritt", wie es Jury-Vorsitzender Antal Dorati formulierte. Unumstritten auch bei Teilnehmern wie Juroren: daß ein Wettbewerb, unabhängig von Sieg oder Niederlage, wichtige Erfahrungen vermittelt, die sonst kaum zu machen sind. Wo hat man schon Gelegenheit, so oft vor einem so fachkundigen Publikum zu spielen? Denn das haben die Teilnehmer alle gemeinsam: Klavier spielen können sie, woran es hapert, sind die Auftrittsmöglichkeiten.

Die Anekdote, die Antal Dorati erzählt, wird der gegenwärtigen Situation jedenfalls sicher nicht mehr gerecht: Dem Wettbewerbs-Kandidaten Ferruccio Busoni sei seinerzeit der erste Preis mit der Begründung verweigert worden, er habe ihn ja sowieso nicht nötig. „Heute", weiß Dorati, „entscheiden die Juroren über die Karriere der Kandidaten in der nächsten Zeit."

Wer sich dem Streß der vier Concours-Ausscheidungsrunden aussetzt, wer das dafür notwendige Klavier-Repertoire von vier bis sechs Stunden Dauer erarbeitet, wer die manchmal beträchtlichen Reisespesen investiert – der will auch von den ausgesetzten Preisen profitieren.

Die bestehen beim Concours nicht in Geld, sondern sinnvollerweise in Konzert-Engagements: Der Gewinner kann mit Auftritten in acht Musikzentren Europas und der USA rechnen. Verständlich deshalb, daß ausgeschiedene Kandidaten aus ihrer Niedergeschlagenheit kein Hehl machen. Der Engländer Francis Rayner, der die zweite Runde nicht überstand: „Ich glaube nicht, daß ich noch einmal an einem Wettbewerb teilnehme – das war jetzt mein fünfter erfolgloser Versuch."

Typisch ist Rayners Verhalten allerdings nicht, der Trend geht in die andere Richtung. Eigentlich ist es erstaunlich, mit wieviel Gleichmut auch unterlegene Kandidaten die Jury-Entscheidungen akzeptieren: „Ich habe halt nicht so besonders gespielt", kommentiert der Brasilianer André Boainain sein Ausscheiden. „Ich nehme das nicht so tragisch – beim nächsten Mal spiele ich besser." Und die erst 19jährige, in Deuschland lebende Japanerin Yukino Fujiwara ergänzt in fröhlichstem Münchnerisch: „Ja mai, zu Wettbewerben muß man halt eine ähnliche Einstellung haben wie zum Lotteriespiel."

Die Wettbewerbs-Profis sind auf dem Vormarsch. Für keinen Teilnehmer war der Concours der erste Vergleich, die meisten verbrachten die vergangenen Jahre als Reisende in Sachen Klavierwettbewerb und legen ein entsprechendes Maß an Abgebrühtheit an den Tag: „Sich ärgern hat überhaupt keinen Sinn", sagt Yukino Fujiwara, „natürlich gibt es Wettbewerbe, bei denen man sich denkt: O Gott, was ist denn das für eine Jury – da fährt man dann eben nicht mehr hin." Sondern man meldet sich, so wäre hinzuzufügen, bei einem anderen Wettbewerb an.

Die Japanerin hatte allerdings auch gut reden: Sie erhielt nach der abschließenden Klavierkonzert-Prüfung mit dem Tonhalle-Orchester unter Ferdinand Leitner den zweiten Preis und drang damit bis ganz an die Spitze vor – einen ersten Preis gab es nämlich nicht.

Dabei hatte Antal Dorati noch am Tag vor der Finalprüfung zu Protokoll gegeben: Der Concours sei dazu da, dem Nachwuchs zu helfen, und das könne er nur, wenn die Preise auch tatsächlich vergeben werden.

Dazu ist allerdings Einigkeit unter den Juroren erforderlich – und damit hatte der Concours in diesem Jahr so seine Schwierigkeiten. Hartnäckigen Gerüchten zufolge soll Jury-Mitglied Maria João Pires kurz davor gewesen sein, das Gremium unter Protest zu verlassen, und selbst der zurückhaltende Antal Dorati beantwortete die Frage nach Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Jury mit einem schlichten „ja natürlich".

Was aber tut die Jury in einem solche Fall? Dorati hielt sich bedeckt: „Das ist nichts für die Öffentlichkeit." Hortense Anda-Bührle, Präsidentin des Stiftungsrates der Géza-Anda-Stiftung und Witwe des Concours-Namenspatrons, war da schon offener: „In diesem Fall einigt man sich eben gut demokratisch per Mehrheitsbeschluß." Maria João Pires saß mit recht düsterer Miene dabei – und sagte gar nichts.

Bevor Antal Dorati das Endergebnis verkündete (zwei zweite Preise an Yukino Fujiwara und den Türken Hüseyin Sermet, ein dritter Preis für Michael Endres aus der Bundesrepublik), fühlte er sich zu einigen erklärenden Bemerkungen veranlaßt: Das sei ja alles ganz schön, aber keiner der jungen Pianisten hätte es verstanden, auf dem Klavier zu singen. Das Tasteninstrument werde als Schlaginstrument mißbraucht, und deshalb könne ein erster Preis eben nicht vergeben werden.

Kommentierte ein Concours-Beobachter: „Da suchen sie einen möglichst sensiblen Pianisten – und dabei wird durch Wettbewerbe ein Künstler-Typus gezüchtet, der über Abgebrühtheit und Routiniertheit verfügen muß." STEPHAN HOFFMANN



Kunst oder populäre Ökologie? – Das von Hundertwasser entworfene Wohnhaus im dritten Wiener Gemeindebezirk FOTO: VOTAVA

Wien mokiert sich über das Hundertwasser-Haus

Die Gartenzwerge fehlen

Als Adolf Loos 1910 sein „Haus ohne Augenbrauen" gegenüber dem in schwulstigem Klassizismus schwelgenden Burgtor und in naher Nachbarschaft zur jahrhundertealten Michaelerkirche errichtete, gab es Volksaufläufe, Proteste, behördliche Maßnahmen und eine nachdrückliche Unmutsäußerung des Kaisers. Heutzutage spielte sich ein Eingriff in die gewohnte Architekturwelt weniger dramatisch, nur unter neugieriger Anteilnahme des Publikums ab: Im dritten Wiener Gemeindebezirk steht ein Wohnhaus vor seiner Eröffnung, das alle umgebenden, städtisch langweiligen Bauten überstrahlt.

Ganz im Gegensatz zum Looshaus ist keine Rede von einer glatten Fassade, von einer einhelligen Harmonie der Fenster und Zugänge, alle erdenklichen Baumaterialien sind durcheinandergewürfelt, auch Beton fehlt nicht in dem als Ziegelbau gedachten Gebäude, das rot und gelb und blau bemalt ist und als Zierde goldglänzende Zwiebeltürme besitzt. Passanten bleiben überrascht stehen, aber von Protesten hat man bisher nichts gehört. Auch die Mieter, denen eine redlich erhöhte Miete abverlangt wird, sind's zufrieden; es sollen schon alle Wohnungen vergeben sein. Man ist eben stolz, in einem Haus zu wohnen, das von einem Künstler entworfen worden ist.

Dennoch: Die Gemeinde Wien ist der Bauherr. Ihr hat Friedensreich Hundertwasser diesen Bau abgerungen und kann sich nicht genugtun mit Lobessprüchen über ihre Großzügigkeit und das Kunstverständnis des zuständigen Stadtrates, der sich von den umstrittenen Versuchen Hundertwassers an vorhandenen Objekten – Bäume, die aus den Fenstern wachsen, grellfarige Fassadenanstriche und ähnliches – nicht hat abschrecken lassen.

Ob man, was der Stadtrat hier also zugelassen und unterstützt hat, auf Kunstverständnis zurückführen soll oder nicht eher als einen extremen Versuch zur populären Ökologie ansehen muß, steht wohl dahin. Dieses Eckhaus an der Kegelstraße mit seinen zweckfreien Rundbogen, Säulen, Baumpflanzungen und hohen Türmen ließe sich mit einer Zierburg vergleichen, wie sie in Schrebergärten gern aufgestellt werden. Es fehlen bloß die dazu passenden Gartenzwerge, deren Beliebtheit Hundertwasser übrigens durchaus bejaht. Werktätige, sagt er, brauchen nach dem grauen Alltag Entspannung, Poesie, wie sie nur die Kunst geben könne. Darüber läßt sich kaum streiten.

Wogegen er sich vor allem wendet, das ist die Vereinsamung des Menschen in den heute üblichen Wohnblocks, wo der einzelne nur noch eine Nummer ist. Auf diese „planmäßige Sterilisierung" führt Hundertwasser sogar Verbrechen zurück. Nach seiner Vorstellung steht jedem Menschen ein Eigenheim im besonderen Sinne zu, deshalb werden auch die einzelnen Wohnungen sehr verschieden voneinander ausgestattet, durch spezielle Beiträge ihrer Leere entkleidet, mitunter die Badezimmer mit gebrochenen Kacheln versehen und alles in allem der Versuch zum unanonymen Wohnen unternommen.

Genau genommen müßte eigentlich der künftige Mieter vor der Fertigstellung befragt werden, was er am liebsten hat, aber da sieht Hundertwasser denn doch wieder eine Gefahr durch das schematische Denken der Bevölkerung – so interessant es wäre, versuchsweise alle Wünsche der Mieter zu erfüllen. Also werden die originellen und ganz ungewöhnlichen Ideen des Malers den Mietern oktroyiert, die sich damit abzufinden und in den so gestalteten Räumen eben glücklich zu fühlen haben. Und in der Tat, Hundertwasser lehnt die Bezeichnung „Zwangsbeglücker" keineswegs für sich ab.

Ob der Bau sich über Jahrzehnte halten wird, wie das Looshaus, wird die Zukunft zeigen. Natürlich werden die fröhlichen Farben der Fassade bald vom Großstadtgrau gedämpft werden. Aber interessant wird das spinnige Haus immer bleiben – als einer der wenigen Versuche, auch in Wiens Architektur etwas Eigenständiges zu schaffen. Im Durchschnitt sind hier beim Wiederaufbau nach dem Krieg vor allem soignierte, teils auch leicht monströse, in keinem Fall aber zukunftsweisende Bauten entstanden, nimmt man die Mauerbacher Kirche aus, die aber wiederum nicht von einem Architekten, sondern von dem Bildhauer Fritz Wotruba entworfen wurde, der sie mit gewaltigen Kuben recht überzeugend ausgestattet hat. Wie das Looshaus längst in das Stadtbild integriert worden ist und einem, der's nicht weiß, kaum auffallen dürfte, so gehört auch sie schon zur Stadtlandschaft von Wien. Wien verfügt über eine erstaunliche Kraft zur Amalgamierung. ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Deutsch-amerikanische Symposia in Krefeld

dpa, Krefeld

Als „Krefelder deutsch-amerikanische Symposia" wollen sich ab 1987 regelmäßig alle drei Jahre Historiker zu einem Kongreß in der rheinischen Seidenstadt treffen. Die Stadt Krefeld, die seit dem 1983 gefeierten Jubiläum „300 Jahre Deutsche in Amerika" zahlreiche Beziehungen zu den USA unterhält, hat sich zum Ziel gesetzt, mit dem Treffen „das Bewußtsein für die vielfältigen gegenseitigen Beziehungen zu wecken und zu vertiefen".

Ida-Ehre-Stipendium für Bühnenautoren

DW. Hamburg

Aus Anlaß des 85. Geburtstags der Hamburger Schauspielerin Ida Ehre und des 40jährigen Jubiläums ihrer Hamburger Kammerspiele hat die Körber-Stiftung ein mit 15 000 Mark ausgestattetes Ida-Ehre-Stipendium für Bühnenautoren eingerichtet, das jährlich an Nachwuchsautoren aus dem deutschsprachigen Raum vergeben wird. Die Empfänger sollen ein Jahr lang an einer Sprechbühne in der Bundesrepublik hospitieren, um als Basis für ihre künftige Arbeit den Alltag von Dramaturgen, Regisseuren, Bühnenbildnern und Schauspielern von der Auswahl der Stücke über die Proben bis zur Aufführung kennenzulernen.

Ausstellung führt in die Welt der Märchen

DW. Marburg

Das Märchen in seiner ganzen Vielfalt zeigt die Wanderausstellung „Märchenwelten", die gestern im Marburger Rathaus eröffnet wurde. Gezeigt werden neben europäischen Kunst- und Volksmärchen auch außereuropäische Sammlungen sowie Parodien und Satiren.

Das Tanzarchiv verläßt Köln nun doch nicht

reg. Köln

Das Tanzarchiv, die größte Privatsammlung tanz- und ballettgeschichtlicher Dokumente in Europa, bleibt aller Voraussicht nach in Köln. Die Stiftung „City-Treff" der Kölner Stadtsparkasse will die Kollektion des Ballettpublizisten Kurt Peters ankaufen, um zu verhindern, daß das wertvolle Archiv der Stadt verlorengeht. Zuletzt hatte sich das Amsterdamer Theaterinstitut um das Tanzarchiv bemüht.

Werke deutscher und holländischer Künstler

dpa, Maastricht

Unter dem Motto „Wieviel Schönheit können wir ertragen?" zeigt das Bonnefantenmuseum in Maastricht bis zum 29. September eine Ausstellung zeitgenössischer Malerei mit 50 Werken von Albert Oehlen und Volker Tannert aus Krefeld bzw. Recklinghausen sowie René Daniels aus Eindhoven und Armando aus Amsterdam.

Wettstreit des Sänger-Nachwuchses

AFP, Wien

Rund 250 Teilnehmer aus 38 Ländern werden vom 15. bis 23. Juli zum vierten internationalen Belvedere-Wettbewerb für junge Opernsänger in Wien erwartet. Neben den Geldpreisen für die drei Bestplazierten des Wettbewerbs gibt es für die besten Teilnehmer eine Reihe von Auftrittsmöglichkeiten zu gewinnen.

Backhuysens Vorliebe galt dem Meer

M. Sch. Amsterdam

Er malte mit Vorliebe maritime Szenen, seine Werke haben die stürmische See, Hafenaussichten und Schiffbrüche zum Thema. Ludolf Backhuysen, 1631 in Emden geboren, verließ seine Heimatstadt mit 19 Jahren, um in einem Amsterdamer *Handelshaus zu arbeiten.* Hier machte er sich schnell einen Namen als Kalligraph, wechselte dann aber zu den schönen Künsten. In Amsterdam gelangte der Künstler, der Zar Peter den Großen angeblich das Zeichnen lehrte und zu dessen Kunden der Sonnenkönig Ludwig gehörte, schließlich zu Weltruf, und hier, im „Land Zeemagazijn", ist jetzt bis zum 25. August die erste Backhuysen-Ausstellung zu sehen.

Jean-P. Le Chanois †

AFP, Paris

Der Filmregisseur Jean-Paul Le Chanois, einer der letzten Vertreter des französischen Realismus, ist in Paris im Alter von 75 Jahren gestorben. Er ist Autor von „Im Herzen des Sturms", dem einzigen Film, der im Krieg über den französischen Widerstand gedreht wurde. Der Verfasser einer Reihe von Chansons für Edith Piaf und Yves Montand schuf mit Vorliebe Filme, in denen die Handlung hinter den angeschnittenen Problemen zurücktrat, wie „Doctor Laurent" oder „Sans laisser d'Adresse", in dem er ein minutiöses Bild des Paris von 1950 entwirft.

Film mit Jack Lemmon

Tim Farley ist anders als Don Camillo

Jack Lemmon hat in seiner langen Karriere schon viele Rollen gespielt, vom unglücklichen Liebhaber bis zum Vater, dessen Sohn einer politischen Intrige zum Opfer fällt, vom smarten Reporter bis zum ernsthaften Wissenschaftler. Dennoch erinnert man sich eher an Lemmon den Komiker als an den Darsteller ernster Rollen. In seinem jüngsten Film „Die Auseinandersetzung" spielt er einen Priester mit viel Humor und Lebensfreude, aber eine komische Rolle ist das dennoch nicht. Denn dieser Pater Farley hat nichts Clownhaftes an sich, wie etwa Don Camillo.

Tim Farley ist Priester einer gutgehenden Gemeinde, beliebt bei seinen Schäfchen, der ideale Gottesmann, will es scheinen. Aber Farley gehört zu jener Sorte Priester, die den Menschen so sehr lieben, daß ihnen harte Wahrheiten und nötige Kritik nur ungerne über die Lippen kommen. Der junge Theologie-Student Mark Dolson (Zeliko Ivanek), Zögling Farleys, macht seinem Mentor diese – wie er findet – falsch verstandene Menschenfreundlichkeit zum Vorwurf.

Der Film „Die Auseinandersetzung" basiert auf Bill C. Davis' Theaterstück „Mass Appeal", ein ins Deutsche nicht übertragbares Wortspiel, das sowohl „Massen-Attraktion" als auch „Messen-Attraktion" heißen kann und unverkennbar mit dem Begriff „Sex Appeal" verwandt ist. Religion und Kirche waren gerade in den USA in den vergangenen Jahren häufiger Themen für Filme, Fernsehstücke und Dramen, da die Religion in den USA eine größere Rolle im Alltag und in der Politik spielt als hierzulande.

Aber Glenn Jordan, der das Theaterstück über die beiden konträren Priester verfilmte, stellt den Katholizismus und den Glauben nie in Frage. Sein Film ist ein eher harmloses Drama, ausgestattet mit einigen recht spannenden Rededuellen zwischen den beiden Theologen und ausgeschmückt mit Zusatzproblemen wie Sexualität und Homosexualität.

Und natürlich garantiert Lemmon als der lebensfrohe Priester auch eine gewisse unterhaltsame Komik, die geschickt von den spröden Teilen des Films, dem man die Bühnenvorlage allzusehr anmerkt, ablenkt. Was sich aber letztlich hinter der „Auseinandersetzung" zwischen dem lebenserfahrenen Priester und dem jungen Hitzkopf verbirgt, das ist das uralte Generationenproblem. Alle Diskussionen, die Farley mit Mark führt, erinnern an die Gespräche zwischen einem halbwegs geduldigen Vater und seinem trotzigen Sprößling. Das macht den Film sympathisch, auch wenn die „Massen-Attraktion" diesem Stoff gänzlich fehlt. Dazu wirkt auch Lemmon trotz seines Charmes hier viel zu gehemmt.

M. v. SCHWARZKOPF

„Textile Skulptur" in Lausanne: Die 12. Internationale Biennale der Tapisserie

Kühe weiden neben Bienenkörben

Ein größerer Gegensatz ist kaum denkbar als zwischen Hamburg und Lausanne. Beide Male ging es um dieselbe Sache, um die Tapisserie – jedenfalls behaupteten das die Titel beider Ausstellungen. In Hamburg fand im April/Mai die „4. Biennale der deutschen Tapisserie" statt. Und was dort zu sehen war, entsprach weitgehend der überlieferten Vorstellung vom schmückenden Wandbehang, wenn sich auch die Themen und Formen weit von den klassischen Wandteppichen entfernen und nur selten geschlossene Ornamente oder figürliche Darstellungen zeigen.

In Lausanne, wo noch bis zum September die „12. Internationale Biennale der Tapisserie" zu sehen ist, sind die Wände kaum vonnöten. Denn dort geht es um die „Textile Skulptur". Gebilde aus textilen Fasern, aber auch aus Plastikschnüren oder Stahlseilen, die als Plastiken auftreten. Hier herrscht vor, was in Hamburg am Rande unter „Grenzbereiche des Textilen" firmierte.

Diese Unterschiede rühren allerdings nicht daher, daß die deutschen und die ausländischen Textilkünstler grundsätzlich anderen Stilprinzipien folgen. Sie sind eher eine organisatorische Folge. Denn bei der Tapisserie-Biennale hatte man vor drei Jahren beschlossen, die Ausschreibung einzugrenzen. Für die 13. Biennale in zwei Jahren hofft man, „Die Textilkunst kehrt an die Wand zurück", die sie bei der 11. Biennale 1983 unter dem Motte „Faser und Raum" verlassen hatte, um sich in diesem Jahr als „Textile Skulptur" möglichst ganz von der Anlehnung zu „emanzipieren". In der Praxis ist der Unterschied allerdings nicht so eindeutig. Vieles, was vor zwei Jahren gezeigt wurde, hätte auch jetzt konkurrieren können, obwohl nur vier Künstlerinnen bei beiden Biennalen dabei waren: Bella Tabak Feldmann, Karen Hansen, Rebecca Medel und Lisa Rehsteiner. Der hängende Kubus aus grauen Netzen von Rebecca Medel, in dem sich innen, weil die Fasern partiell weiß gefärbt wurden, eine Kugel abzeichnet, entspricht in Form und Gestaltung ganz der Arbeit, mit der sie sich an der 11. Biennale beteiligte.

Während vor zwei Jahren kein Deutscher auf Wohlgefallen stieß, sind diesmal Regine von Chossy mit einer Säule aus Stahlspänen sowie Ritzi und Peter Jacobi mit einem „Textilen Relief" vertreten, das hier fast fremd wirkt, weil es trotz seiner zurückhaltend raumgreifenden Struktur noch wandgebunden ist und damit auf zeitgemäße Weise die traditionelle Form der Tapisserie variiert.

Manches, was in Lausanne zu sehen ist, wirkt eher kurios. Dazu gehören die auf Holzböcke gehängten elf zerfaserten Abformungen von Kühen auf grobem Stoff von Camrose Ducote oder die 2 Meter 30 hohen umgedrehten Bienenkörbe aus Wellpappe von Katsuhiro Fujimura. Manches erinnert an Fleißarbeiten eines Seemannes, wie die sauber aufgerollten Taue bei Eiko Katagiri oder – zusätzlich mit dreihundert kleinen Sandsäcken darum – bei Toshihiro Kuno.

Die Japaner stellen mit 15 Künstlern diesmal die stärkste Gruppe (gefolgt von 13 Amerikanern), aber unter ihren Werken sind auch noch am ehesten Beispiele zu finden, die einigermaßen materialgerecht sind. So wenn Eizo Nishio oder Naomi Kobayashi aus dem Spannungsverhältnis zwischen versteiften und weichen Fasern Wirkung gewinnen. Es bedarf allerdings einer besonderen Eingebung, um in Hideho Tanakas acht Meter langem viereckigem Stapel aus gebleichtem Sisal am Boden und dem durchhängenden zerfaserten Sisalseil darüber eine „Revolution" zu erkennen.

Nur schwer ist einzusehen, wieso eigentlich nicht auch die Beuysschen Filzplatten, Oldenbourgs Soft-Plastiken, Christos Verpackungsstücke, Sotos Nylonkonstruktionen oder Bernard Schultzes „Migofs" mit von der Partie sind. Denn sie unterscheiden sich weder im Material noch in ihrer Skulpturenähnlichkeit von vielen Werken in Lausanne.

Dieser Vergleich zeigt zugleich, daß die Textilkunst als Raumkunst auf einem Irrweg ist (wie ja auch der Hang der Maler, sich durch Objekte von der Wand – und den Konventionen ihrer Kunst – zu lösen, eher in ein Labyrinth als zu neuen Höhen führte). So bleibt nur die Hoffnung, daß die Rückkehr zur Wand bei der nächsten Biennale zu einer Rückbesinnung auf die Tugenden der Tapisserie führt. PETER DITTMAR

Bis 15. Sept.; Aalborg: 4. Okt.–5. Jan. 86; Moss: 8. Febr.–2. März; Stockholm: 11. April–25. Mai; Katalog 15 sfrs.



Naive Sentimentalität und deftige Komik: Andrzej Saciuk als Heiratsvermittler in der Eutiner Inszenierung der „Verkauften Braut" FOTO: DU VINAGE

Unter Carl Maria von Webers heimlichem Patronat – In Eutin finden die 35. Sommerfestspiele statt

Wenn Freischütz der verkauften Braut begegnet

Veranstalter von Open-air-Aufführungen tun gut daran, sich des himmlischen Wohlwollens zu versichern. Die der Eutiner Sommerspiele schienen mit Petrus ein Stillhalteabkommen geschlossen zu haben. Die Premiere des diesjährigen Opern-Festivals ging nach endlosen Regenschauern bei wolkenlosem Himmel und strahlender Sonne vonstatten.

Zum 35. Mal finden in diesem Jahr in der holsteinischen Pensionopolis die unter dem heimlichen Patronat Carl Maria von Weber stehenden Spiele im Schloßpark statt. Sein „Freischütz" verwandelt die grandiose Naturbühne alljährlich in die Wolfsschlucht. Auf nach hinten ansteigendem, von hohen Bäumen umsäumtem Rasen gießt Kaspar die Freikugeln, und das Publikum läßt sich vom allmählich ins abendliche Dunkel eintauchenden Wald verzaubern.

Zum Evergreen-Rückgrat der Sommerspiele gesellt sich diesmal als Wiederholung aus dem vorigen Jahr Carl Zellers „Vogelhändler" und – als Novität – Smetanas „Verkaufte Braut", Stücke also, die sich mit ihrem naiven Charme modischen Neu- und Umdeutungen versagen. Der Eutiner „Freischütz"-Wald ist einer aus dem Märchen, keine kriegsverwüsteten, abgasverseuchten sterbenden Baumstümpfe mahnen. Und im Zirkus der „Verkauften Braut" tummeln sich Artisten und keine sektiererischen Weltverbesserer.

In Eutin zielt die „Freischütz"-Interpretation direkt und unverstellt auf die Volkssage, nicht auf Adornos tiefsinnige Interpretation ihrer Substanz. Einzig Amüsement, nicht dessen geistreicher Kommentar ist gefragt. Wie gut, wie spannungsvoll das sein kann, zeigt Gerd Nienstedts saubere Inszenierung der „Verkauften Braut". In der Geschichte vom betrogenen Betrüger streift Smetanas Partitur die Pole naiver Sentimentalität und deftiger Komik. Nur zu leicht überschreitet die Regie die Grenzen von der Komödie zum platten Jux, von der zarten Romantik zum triefenden Schmalz.

Klug vermeidet Nienstedt sowohl gemütvolle als auch derbe Ausuferung – er läßt die Komik des Stücks ausspielen, ohne in Klamauk abzugleiten, von Liebesleid und -lust singen, ohne die Tränendrüsen zu strapazieren. Smetanas Geniestreich als witziges Kammerspiel voll von pointiertem Witz, aber ohne den geringsten Anflug sattsam bekannter Kalauermentalität: Rundum ein visuelles und akustisches Vergnügen.

Solisten, Chor und Orchester haben es nicht leicht, sich gegen die Widrigkeiten der Akustik in der freien Natur zu behaupten. Das kompakte Forte verfasert, jede falsche, unschöne Note von Stimmen und Instrumenten löst sich aus der Geborgenheit von Tutti und Ensemble und wird schmerzhaft ans Ohr des Zuhörers getragen. Die Hamburger Symphoniker unter Heribert Beissels vom Geist der Musik animierter, seine Musiker anfeuernder Leitung zeigen Präzision und Spielwitz.

Die tadellos singenden Chöre hat Erwin Jamrosy einstudiert, Bühnenbild (Michael Tietjens) und Kostüme (Brigitte Otto) machen sich mit Geschmack die Farben von Natur und Folklore dienstbar. Brillant und mit Verve integriert Jerzy Graczyks Choreographie geschmeidige Ballettbeine in die Aktion.

Für die solide Leistung des gesamten Solisten-Ensembles mögen die sicheren und schönen Stimmen von Andrea Trauboth (Marie) und Lidia Gattá (Esmeralda) stehen, für die Bühnenpräsenz der Akteure Hannes Brocks tölpelhafter Wenzel und Andrzej Saciuks vital-saftiger Kezal.

HANS-OTTO SPINGEL

Staatsanwalt fordert sechs Jahre Jugendstrafe

Im Verfahren gegen Psychiatersöhne Plädoyers gehalten

PETER SCHMALZ, München

Wie Michael und Stefan Wisuschil mit gesenkten Köpfen auf der Anklagebank sitzen und weit kindlicher wirken als ihr Alter von 19 und 20 Jahren erwarten ließe, schienen sie kaum als Hauptakteure in dem Drama geeignet, das ihr Verteidiger Rolf Bossi mit wehender Robe und theatralischer Gestik hinter ihnen beschwört: Eine „Familientragödie antiken Ausmaßes" sei abgelaufen, ein Tyrannenmord geschehen.

Staatsanwalt Peter Walter betrachtet das zur Verhandlung anstehende Tötungsdelikt wesentlich cooler und skizziert das Bild einer insgesamt nicht mehr ganz heilen Familie, deren Vater zwar manchmal „gesponnen" hat, aber dann wieder Wärme vermitteln konnte und nur deshalb sterben mußte, weil seine beiden ältesten Söhne in ganz alltägliche Dinge Hintergründe projeziert und sich in eine übermäßige Angst hineingesteigert hatten.

Die Schuldunfähigkeit, die zwei der drei Gutachter während der Hauptverhandlung nicht ausschließen wollten, wurde vom Staatsanwalt verneint: Dafür liege kein einziger Anhaltspunkt vor, auch die sogenannte Beziehungsfalle habe nicht existiert. Außer einigen Wutausbrüchen des Vaters im Laufe der Jahre vermochte der Anklagevertreter wenig auffallendes im Familienleben zu registrieren. Einmal habe Wolfgang Wisuschil wohl eine volle Colaflasche nach seinem Sohn Michael geworfen und ihm mit einem zerbrochenen Glas in der Hand gedroht: „Das hau ich dir an die Gurgel." Danach aber habe die Familie wieder gemeinsam die Scherben aufgeräumt. Die Mutter sei zwar auch blutig geschlagen worden, aber sie habe immer verziehen.

Verteidigung sprach von „Schwarzweiß-Bild"

Der Verteidigung erschien diese Darstellung „allzu einseitig" (Ufer) und zu sehr als „Schwarzweiß-Bild" (Bossi). Mit Taschenspielertricks habe der Staatsanwalt wichtige Fakten unterschlagen.

So sei die Mutter brutal mißhandelt worden und habe auch dann nicht zum Arzt gedurft, als ihr eine Rippe zerschlagen worden war. Der Vater, ein angesehener Psychiater, habe seine Familie in Isolation gehalten und sei schon in Rage geraten, wenn die Söhne mit ihrem Onkel sprachen. Bossi: „Mit einer unglaublichen Suggestivkraft versuchte er im Intimbereich alles unter eine Glasglocke zu pressen, damit es für ihn immer überschaubar war." Menschen behandelte er als Sachen, seine Freundin, mit der er nach seiner Scheidung lebte, benutzte er nach eigenen Aussagen gegenüber einem Kollegen „wie eine Kaffeemühle".

Dazu sei eine Eskalation der Todesdrohungen gekommen. Er werde alle erschießen, soll er einmal geäußert haben, und sich dafür gerne zehn Jahre ins Gefängnis setzen und Philosophie studieren. Die Söhne nahmen sie zunehmend ernster und sahen, so Ufer, keine andere Lösungsmöglichkeit mehr als den Vater zu töten. Das Urteil wird am Freitag verkündet.

Den unterschiedlichen Meinungen entsprach gestern vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts München II auch die Differenz in den Strafanträgen: Bossi und sein Kollege Steffen Ufer forderten Freispruch, da den beiden jungen Angeklagten subjektiv und objektiv kein anderer Weg mehr offen war, als der „chronischen Dauergefahr" durch die Tötung des Vaters zu entgehen. Es lag das Töten des Vaters in der Luft, formulierte Bossi und zitierte einen der beiden Angeklagten: „Wenn wir nichts tun, dann liegen bald wir im Grab."

Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt

Der Staatsanwalt dagegen forderte eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren, mochte den beiden angesichts der Familiensituation mildernde Umstände zubilligen, wertete aber die hohe Aggressivität aufgrund der 32 Messerstiche, bei denen eine 20 Zentimeter lange Klinge mehrfach bis zum Heft in den Körper gestoßen wurde, als erschwerend. Heimtückisch seien sie über ihr wehr- und argloses Opfer hergefallen: „Hier und heute war Standgericht."

In dreiwöchiger Arbeit erhält eine neue Boeing 747 in der Lufthansa-Werft ihre Innenausstattung

Die Sitze im Jumbo erinnern an Sportwagen

GISELA REINERS, Hamburg

Da steht er nun in der Hamburger Werfthalle, silberblank wie frisch poliert, aber namenlos und hohl: der 17. Jumbo-Jet der Deutschen Lufthansa, gerade eingetroffen aus Seattle vom Hersteller Boeing. Bis aus der B 747 ein richtiges Flugzeug geworden ist, das Fracht und Passagiere in die entfernteren Gegenden dieser Welt wie Japan und Australien transportiert, braucht sie allerdings noch Wesentliches: Sitze, Wandverkleidungen, Teppichboden, Küchen, eine Film- und Musikübertragungsanlage, und alle Einrichtungen, die nötig sind, um die verschiedenste Fracht an Bord zu nehmen.

Von amerikanischen Herstellern kauft die deutsche Fluggesellschaft Maschinen nur mit einer Mindestausstattung, während der Airbus möbliert bezogen wird. Die Inneneinrichtung aus den USA zu beziehen, wäre zu teuer. Auch hat die Lufthansa eigene Vorstellungen von Design, Komfort und Qualität. Hinzu kommt, daß sie deutsche Zulieferer bevorzugt.

Das fängt schon bei den Sitzen an, die von der Firma Recaro geliefert werden. „Das Beste, was es zur Zeit auf dem Markt gibt", sagt der Leiter der Ingenieur-Hauptabteilung, Jürgen Weber. Schließlich rühmen auch Porsche-Fahrer die Qualität dieser Sitze. Sie müssen dem Fluggast auf langen Strecken ein Optimum an Bequemlichkeit bieten; sie sollen ihm soviel Bewegungsfreiheit bieten wie möglich, dennoch nicht zu ausladend sein, um nicht zuviel wertvollen Platz wegzunehmen. Zu schwer dürfen sie auch nicht sein, denn Gewicht kostet Geld in Form von Kraftstoff.

21 Passagiere werden später in der 1. Klasse Platz finden, 85 in der Business- und 131 in der Economy-Klasse. Hinter den Fluggästen bleibt bei diesem Flugzeug-Typ, einer kombinierten Passagier-Frachtversion,



Kann in Zukunft, ohne die Triebwerke anzuwerfen, auf dem Flughafen rangieren: ein Jumbo der Lufthansa FOTO: BETHKE

noch Platz für sechs Paletten; im Untergeschoß können neben den Containern für das Gepäck noch drei weitere Paletten untergebracht werden. Für die Frachträume gibt es eine gesonderte Möglichkeit der Klimatisierung, denn Blumen oder lebende Tiere brauchen auf Luftreisen andere Temperaturen als etwa Maschinen und Post. Also wird in Hamburg auch die Klimaanlage eingebaut.

Ein wichtiges Zubehör sind die Küchen, die zum größten Teil von einer deutschen Firma, einer Buderus-Tochter in Herborn, zum Teil auch von einem Schweizer Hersteller geliefert werden. Die deutsche Fabrik hatte mit den Lufthansa-Küchen einen solchen Erfolg, daß sie inzwischen 60 Fluggesellschaften in aller Welt mit ihren Produkten beliefert. An die Küchen werden große Anforderungen gestellt. Sie müssen in der Nähe der Ausgänge liegen, um eine einfache Belieferung mit Lebensmitteln und Getränken zu gestatten. Der Service während des Fluges muß glatt und schnell ablaufen. Die Anordnung der Fächer, Schubladen und Schränke muß zweckmäßig und sicher sein. Es dürfen sich nicht plötzlich Türen und Schübe öffnen, aus denen heißes Essen oder Berge von Eiswürfeln herauspurzeln. Auf Arbeitssicherheit wird großer Wert gelegt, das Personal darf sich nicht an scharfen Kanten verletzen oder an den Öfen verbrennen. Trotz allem dürfen auch die Küchen nicht zuviel Platz wegnehmen, denn das würde weniger Sitze oder Frachtraum bedeuten, also weniger Einnahmen.

Sicherheitseinrichtungen wie Notrutschen, Tragen, Schlauchboote und doppelte Sauerstoffvorräte werden von der Lufthansa in den Jumbo gepackt. Letzere sind notwendig, da auf der Route Frankfurt–Peking der Himalaya überflogen wird, also Höhen, für die der normale Sauerstoffvorrat nicht ausreichen würde. Auch dem Umweltschutz wird Tribut gezollt. Als einzige Airline baut die Lufthansa in ihre Maschinen ein System ein, das erlaubt, sie auf dem Boden ohne laufende Triebwerke zu rangieren bei voller Manövrierfähigkeit und Beleuchtung. Das vermeidet Krach und Luftverschmutzung.

An einem Problem arbeiten Flugzeugingenieure nahezu weltweit – an den Toiletten. Sie gehören zur Festausstattung der Hersteller wie die Elektronik und die Black Box, der Flugschreiber, die in Wirklichkeit rot ist. Die feste Installation der Kabinen mit den Auslässen für die Entsorgung bereitet jedoch Ärger, weil eine flexible Ausstattung gewünscht wird, um sich der Nachfrage nach mehr Raum für Fracht oder Passagiere anpassen zu können. In der Planung ist nun ein System, das drei durch das ganze Flugzeug laufende Leitungen für Strom, Frisch- und Abwasser vorsieht. Frischwasser soll mit hohem Druck versprüht werden, Abwasser durch eine Vakuum-Leitung abgesogen und in einem Behälter mit einem Auslaß für die Entsorgung gesammelt werden. Das bringt große Hygiene-Vorteile, spart Wasser und macht den Jet am Boden bedienungsfreundlicher. Doch wird das Konzept erst 1989 oder 1990 verwirklicht werden können.

Drei Wochen Arbeit kostet es, bis aus der blanken Hülle ein vollausgestattetes Flugzeug geworden ist. 320 Millionen hat die Lufthansa an Boeing gezahlt und noch einmal 2,3 Millionen Mark hineingesteckt, 1,8 Millionen Material- und 0,5 Millionen Arbeitskosten. Der Jumbo wird mit dann 194 Tonnen Gewicht 22 Tonnen zugenommen haben. Ist er voll ausgelastet mit Passagieren, Fracht und Treibstoff, geht er mit 377 Tonnen in die Luft. Doch vorher muß er noch getauft werden. Einen Namen braucht schließlich jedes Kind, auch wenn es das 112. ist.

Kosmonauten und Astronauten treffen sich

w.w., New York

Wenn sich Kosmonauten und Astronauten am kommenden Dienstag in Washington treffen, wird nicht nur – eigentlicher Anlaß der Zusammenkunft – die zehnjährige Wiederkehr des Apollo-Sojus-Unternehmens begangen, dann werden die Raumfahrer aus Ost und West vor allem auch eine mögliche gemeinsame bemannte Mission zum Mars erörtern. Die Zehnjahresfeier wie auch die „Steps to Mars" genannte wissenschaftler-Konferenz ist vom American Institute of Aeronautics and Astronautics und von der amerikanischen Planetary Society organisiert worden. Prominentester Regierungsvertreter ist NASA-Generaldirektor James Beggs. Es ist möglich, daß die beiden sowjetischen Kosmonauten Alexeij Leonow und Valery Kubasow, die beiden Sojus-Flieger vom Juli 1975, ins Weiße Haus eingeladen werden. Die Reagan-Administration, so NASA-Kreise, sei an einer Wiederaufnahme eines wissenschaftlichen Gedankenaustausches mit der Sowjetunion interessiert. Die Kosten für eine Marsmission werden auf 40 Milliarden Dollar veranschlagt, weit mehr, als die sechs Mondlandungen der Amerikaner kosteten.

Mehr Feuerbestattungen

dpa, Köln

Fast jeder fünfte aller knapp 700 000 Gestorbenen wurde 1984 eingeäschert. Gegenüber 1983 ist der Anteil der Feuerbestattungen in der Bundesrepublik damit wieder um ein halbes Prozent gestiegen. Dies hat eine gestern in Köln veröffentlichte Umfrage des Deutschen Städtetags ergeben. Vor 25 Jahren wurde nur jeder zehnte Verstorbene in einer Urne beigesetzt. Besonders häufig ist die Einäscherung weiterhin in Oberfranken: In Selb machte sie 77,4 Prozent und in Coburg und Hof jeweils um 74 Prozent der Bestattungen aus. Nicht weit von hier, in Gotha, war 1878 das erste deutsche Krematorium errichtet worden. Auch in Kiel und Braunschweig werden sieben von zehn Toten verbrannt.

Meisterhafte Blüten

AFP, Washington

In Thailand ist ein Fälscher gefaßt worden, der nach Ansicht der US-Behörden die bisher qualitativ besten 100-Dollar-„Blüten" hergestellt hat. Wie die amerikanische Tageszeitung „The Washington Post" in ihrer gestrigen Ausgabe berichtete, konnte der 36jährige Ah Sin Lee, Kopf einer internationalen Fälscherbande, nach 18monatiger Fahndung der zuständigen Behörden in den USA, Thailand, Malaysia, Singapur und Hongkong in Bangkok dingfest gemacht werden. Er hat nach eigenen Angaben mehr als 2,5 Millionen falsche Dollar in vielen Teilen der Welt in Umlauf gebracht.

Betten für Ölscheichs

dpa, Hannover

Die Stadt Hannover will reiche Ölscheichs in ihre Krankenbetten lokken. Die Stadtverwaltung griff eine Idee der Lufthansa auf und wird nun zusammen mit ihr eine Werbekampagne in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens betreiben, die die optimale medizinische Versorgung in der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und in der neurochirurgischen Abteilung des Nordstadtkrankenhauses herausstellen soll. Wie der hannoversche Krankenhausdezernent Klaus Beste gestern erläuterte, betrachte die Stadt diese Maßnahme als Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Wenn Frauen töten

dpa, Köln

Wenn Frauen töten, dann sind zu 85 Prozent ihre Kinder, Ehemänner, Geliebten oder nahen Familienangehörigen die Opfer – mehr als doppelt so häufig wie bei Männern, bei denen es nur 39 Prozent sind. Der Entschluß zur Tat ist bei Frauen meist in jahrelangen Konfliktsituationen entstanden: Psychische Überbelastung ist die Ursache für 64 Prozent der Tötungsdelikte von Frauen, bei Männern ist sie nur bei 18 Prozent ausschlaggebend. Dies sind Ergebnisse einer jetzt fertiggestellten zweijährigen Studie der Kölner Professorin und Gutachterin Irmgard Rode.

Fehler der Bodenstation

Wie es zum Ausfall des Fernmeldesatelliten ECS 1 kam

DIETER THIERBACH, Bonn

„Die Rache des Samurai" verpuffte gnadenlos in den Tiefen des Alls. „Heiß und kalt" sollte es in der Sendung „Löwenzahn" werden. Wurde es auch. Es traf nur die falschen, nämlich die Techniker.

Der erste „European Communication Satellite", kurz ECS 1 genannt, seit dem 16. Juni 1983 per Ariane-Rakete im Orbit stationiert, war ins Rotieren gekommen. Für mehr als eine Million Zuschauer, die sich an „SAT 1" oder „3SAT" vergnügen wollten, blieb am Montag die Mattscheibe dunkel. Um 12.19 Uhr europäischer Sommerzeit hatte ECS 1, der die Programme ausstrahlt, sich mit den Solarzellen in seiner „Bahn- und Raumlage" in Richtung Sonne gedreht.

Als „nicht so wild" bezeichnete auf Anfrage der WELT Herbert Kellner von der Operationszentrale für den Satellitenbetrieb in Paris den Vorfall.

Eine erste Erklärung gab es gestern abend: Der Antennen-Bodenstation Redu in den belgischen Ardennen war ein Fehler unterlaufen. Dem Bodencomputer war ein falsches Kommando eingegeben worden. Ein Reservesensor des Satelliten verlor den Kontakt zur Erde, ESC 1 kam ins Trudeln. Ein erneuter Schaltversuch war schließlich erfolgreich.

Nachgeführt werden muß der 1045 Kilogrammm schwere Koloß in etwa 36 000 Kilometer Höhe ständig; kleinere Steuermanöver, die der Satellit aufgrund eigener Daten von Sonne- und Erdsensoren selbst vornimmt, sind die Regel. „Und wenn er mal völlig spinnt, dreht er sich, das ist ihm einprogrammiert, in eine festdefinierte Position. Und das ist nun mal, weil leicht auszumachen, die Sonne." Auf diese Weise ist auch die ECS 1-Energieversorgung zur Ausführung weiterer Manöver gesichert. Bei dieser „Überlebenskonfiguration" ist die Verbindung zur Erde unterbrochen.

Erst als der Satellit in den frühen Abendstunden nicht mehr der Sonne ausgesetzt war und in den Erdschatten eintauchte, konnten über Funksignale die Düsenaggregate aktiviert werden.

Kleine Gasstöße verhalfen ECS 1 zur Ausrichtung in seine Sendeposition. Alles das war, so Herbert Kellner, „technische Routine und Stand der Dinge". Um 21.59 Uhr ging's dann weiter im Programm.

Bei der Post war keine einzige Beschwerde von Zuschauerseite eingegangen. Niemand wollte wissen, was los war. Die Unkenntnis über die Premiere des Satellitenausfalles wurde durch den sich im Programm anschließenden Edelwestern wettgemacht. Ungestört lief ab 22.15 Uhr auf der „SAT1"- Welle als deutsche Erstaufführung die beziehungsreiche Schwarz-weiß-Ballade „Dieser Mann weiß zuviel".

LEUTE HEUTE

Christie's Ärger

Zum Skandal ist es beim renommierten New Yorker Auktionshaus Christie's gekommen. Die Affäre, die jetzt vor dem Obersten Gerichtshof in New York verhandelt wird, liegt bereits vier Jahre zurück. Der für Amerika und Großbritannien zuständige Christie's-Chef **David Bathurst** hatte damals fälschlich den Verkauf von zwei impressionistischen Gemälden gemeldet, für die es jedoch in Wahrheit keinen Käufer gab, der den geforderten Preis bezahlen wollte. Dem Anbieter habe er erklärt, einen Gauguin für 1,3 Millionen Dollar und einen Van Gogh für 2,1 Millionen Dollar losgeschlagen zu haben. Vor Gericht begründete Bathurst dies so: Der Weiterverkauf von Gemälden sei sehr schwierig, wenn diese bei öffentlichen Versteigerungen nicht den von den Verkäufern gesetzten Mindestpreis erzielten. Galeriebesitzer **Dimitri Jadido** aus Lausanne, der Klage wegen Betrugs und Vertragsbruchs erhoben hatte, forderte von Christie's Entschädigungen in Höhe von zehn Millionen Dollar.

Sammy's Amulette

Der amerikanische Entertainer **Sammy Davis jr.** ist überglücklich: Die Polizei in Atlantic City konnte ihm seine 75 Zentimeter lange Goldkette mit 26 goldenen Amuletten wiederbeschaffen, die ihm Mitte Juni aus seinem Hotelzimmer gestohlen worden war. Sammy Davis hat die 150 000 Mark teure Kette stets als Glücksbringer im Gepäck, wenn er auf Tournee ist. Die diamantenverzierten Amulette haben die Form eines Derby-Huts, einer Münze, eines Notenschlüssels und eines Davidsterns.

Borgs Heimkehr

Der ehemalige Tennis-Star **Björn Borg**, der vor dem schwedischen Fiskus ins Steuerparadies Monaco ge-



flüchtet war, will im Herbst in seine Heimat zurückkehren. „Mein Herz war immer in Schweden", beteuerte Borg bei einem Aufenthalt in Visby auf der Insel Gotland. Als Hauptgrund für die Heimkehr gab Borg kommende Vaterfreuden an. Seine Verlobte, **Jannicke Björling**, werde bald ein Kind bekommen, „und so kehren wir nach Schweden zurück". Zuvor wird er in den USA aber noch gegen **John McEnroe** antreten.

Betretenes Schweigen

Dritter Verhandlungstag im Prozeß gegen Hans-Otto Scholl

KNUT TESKE, Baden-Baden

Auch der dritte Verhandlungstag im Scholl-Prozeß brachte das übliche prozessuale Hickhack. Wieder stundenlange Beratungen über die jüngsten Befangenheitsanträge der Verteidigung; wieder Ablehnung durch das Gericht. Dann hat Hans-Otto Scholl seinen Auftritt. Der Angeklagte wirkt bleicher als am Freitag. Er muß Widersprüche und Ungereimtheiten vom letzten Verhandlungstag klären. Es geht um sein Alibi zur Tatzeit, Freitag den 28. 12. 84, 15.30 Uhr in Baden-Baden, wo er einen Juwelierladen ausgeraubt haben soll.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Reiner Haehling von Lanzenauer will wissen, warum Scholl bei der polizeilichen Vernehmung seine diversen Telefonate zur fraglichen Zeit nicht erwähnt habe. Unter anderem wolle er – Scholl – doch mit dem Büro seines Frankfurter Anwalts Geis gesprochen haben. Haehling: „Das hätte Sie doch entlasten können."

Scholl: „Die Ferngespräche hatten für mich damals überhaupt keine Bedeutung." Die Polizei habe ihm nämlich überhaupt nicht den Grund für ihre Vernehmung genannt. Sie habe ihn nur gefragt: „Was haben Sie mittags in Baden-Baden gemacht?" Und da seien für ihn die Einkäufe wichtig gewesen. Der Staatsanwalt nahm es „zur Kenntnis". Eine Sekunde war es still im Saal 118 des Landgerichts. Es war ein betretener, fast lastender Moment des Schweigens.

Dann wollte der Vorsitzende Richter wissen, warum sich Scholl am 29. 12. 84, einen Tag nach dem Überfall, den er begangen haben soll, die Haare habe kürzen und färben lassen. Es geschah offenbar, um „jugendlicher zu erscheinen". Scholl hatte damals ein für ihn wichtiges Gespräch mit jungen amerikanischen Unternehmern vor sich und da habe er „nicht zu ergraut" wirken wollen.

Bei dem Versuch, seine die Stirnglatze verdeckenden Strähnen abzusäbeln, will er sich leicht verletzt haben. Warum das denn nicht seine Friseuse getan habe, so die erstaunte Frage des Richters. Scholl lächelt, als nehme er das Gelächter im Saal vorweg: „Weil ich mich in dieser Frage bei ihr nicht habe durchsetzen können." Er sei es leid gewesen und habe deswegen ein fait accompli begangen. Er finde es sehe so besser aus. Eine Frage der Schönheit also.

Beiläufigkeiten, die offenbar im Konzept der Verteidigung im wahrsten Sinne des Wortes Alibifunktionen bekommen sollen. Der Mann, wird suggeriert, hat ein gutes Gewissen. Er hat für alles eine plausible Erklärung. Auch für das Verschwinden der Waffe, einer Smith & Wesson, Kaliber 38. Er kann sich nicht erinnern, wo er sie gelassen hat. Aus einer Waffe solchen Typs wurde der Schuß im Juwelierladen abgefeuert.

WETTER: Sommerlich warm

Wetterlage: Hinter dem nach Osten abziehenden Tiefausläufer folgt von Westen her Hochdruckeinfluß, der zunehmend für sonniges Wetter sorgen wird.

Vorhersage für Mittwoch: Im Südwesten sonnig und trocken, im übrigen Bereich anfangs noch meist wolkig, im Osten vereinzelt Schauer, später von Westen her Übergang zu sonnigem und trockenem Wetter. Höchsttemperaturen 20 bis 25 Grad. Tiefstwerte bis 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest bis West.

Weitere Aussichten: Sonnig, trocken und wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	30°
Bonn	14°	Kopenh.	17°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	21°
Frankfurt	18°	Madrid	25°
Hamburg	15°	Mailand	36°
List/Sylt	14°	Mallorca	33°
München	17°	Moskau	18°
Stuttgart	18°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	18°
Amsterdam	19°	Paris	22°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	30°	Rom	25°
Brüssel	21°	Stockholm	20°
Budapest	18°	Tel Aviv	27°
Bukarest	25°	Tunis	32°
Helsinki	17°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.18 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr; **Mondaufgang:** 1.07 Uhr, Untergang: 15.23 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein „Sommerbetrug" zur Rettung der Badesaison?

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Umweltliga hat angekündigt, daß sie im nächsten Jahr einen internationalen Feldzug gegen das verschmutzte Mittelmeer rund um Italiens Küsten führen will. Die Kampagne soll in Deutschland beginnen, dem Land, aus dem die meisten Italienbesucher kommen. Bisher handelt es sich mehr oder weniger um eine Drohung, der aber Aktionen dieser Organisation folgen könnten, wenn Italienurlauber aus aller Welt weiterhin gezwungen werden, in verschmutztem Meerwasser zu baden, weil Zentralregierung und Parlament in Rom sowie die örtlichen Behörden nichts dagegen unternehmen.

Tatsache ist, daß die Verunreinigung der italienischen Küsten ein Ausmaß erreicht hat, bei dem die Gesundheit der Badegäste bedroht ist. Aus wirtschaftlichem, vor allem touristischem Interesse wird der Ernst der Situation von offizieller Seite verschwiegen; werden Gesetze zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung auf die lange Bank geschoben, bleiben gesetzliche Vorschriften unbeachtet, erweist sich die Lobby der Umweltschutzgegner stärker als alles andere.

Das sogenannte Merli-Gesetz aus dem Jahre 1976, das die Industrieunternehmen zum Bau von Umweltschutz-Anlagen verpflichtet, ist bis heute nicht in Kraft getreten, weil das Parlament immer wieder Fristverlängerungen billigte. Den jüngsten Streich leisteten sich Italiens Volksvertreter mit einem Gesetz vom 19. Juni, mit dem das Inkrafttreten der EG-Normen über den Sauerstoffgehalt des Meerwassers um drei Jahre hinausgeschoben wird. Die große italienische Wochenzeitung „L'Espresso" spricht in diesem Zusammenhang von dem „großen Sommerbetrug", weil mit diesem Parlamentsbeschluß die Badesaison der vor allem von Deutschen besuchten Adria-Ferienorte wie Rimini, Riccione, Cervia, Cesenatico gerettet werden sollte.

Die italienische Adriaküste leidet seit einigen Jahren unter einer Übersättigung mit Phosphor und Nitraten, die vom Po ins Meer geschwemmt werden und zu einer abnormen Vermehrung der roten Algen geführt haben. Die Algeninvasion reduziert in wachsendem Maße den Sauerstoffgehalt des Meerwassers und das Habitat der Adriaküste. Die Ausbreitung der Algen ist der beste Indikator für den Grad der Verschmutzung. Doch die Verfärbung des Meerwassers durch Algen und der Sauerstoffschwund fast bis zum Nullpunkt wird bewußt in Kauf genommen. Das Gesetzesdekret vom 19. Juni, das die Zustimmung des Parlaments fand, verschiebt nicht nur das Inkrafttreten der EG-Normen um drei Jahre, sondern verändert auch die Kriterien für Badeverbote.

So sind an manchen Stränden just mit Beginn der Saison zahlreiche Badeverbotstafeln verschwunden, während die noch bestehenden kaum Beachtung finden. Vielfach werden von den örtlichen Behörden keine der vorgeschriebenen Wassermessungen vorgenommen. Das gilt auch für die Küsten Sardiniens mit dem berühmten Strand der Costa Smeralda. Wie das genannte Wochenblatt verrät, wird überdies dort, wo die Messungen vorschriftsmäßig erfolgen, vielfach mit einem Trick gearbeitet: Das Meerwasser wird nicht in der Hochsaison, sondern lange vorher, im April, einer Untersuchung unterzogen und dabei ein Sauberkeitsgrad festgestellt, der weit über dem von Juli und August liegt.

Neben dem Po ist vor allem der Tiber ein Verschmutzer ersten Ranges. Die durch ihn bei Fiumicino ins Tyrrhenische Meer geschwemmten Industriegifte und Abwässer sind schuld daran, daß die gesamte Küste nördlich von Ostia verunreinigt ist und daher von den Badenden gemieden werden sollte.

Was die genannten Umweltschutz-Anlagen betrifft, so sind diese zwar in erheblicher Zahl gebaut worden, mit Kosten von mehr als 50 Milliarden Mark. Nach einer Untersuchung des italienischen Instituts für Wasserforschung sind jedoch 80 Prozent dieser Anlagen außer Betrieb. Die Gründe: Konstruktionsfehler oder Mangel an technischem Personal. Manchmal fehlt auch schlicht und einfach der Stromanschluß.

In Neapel zum Beispiel wurde nach der Choleraepidemie von 1973 eine große Wasserreinigungsaktion beschlossen. Bisher arbeitet jedoch nur die Großreinigungsanlage von Cuma und auch nur mit zehn bis 20 Prozent ihrer Kapazität. Meist liegt es am chronischen Geldmangel der Kommunen, wenn die schönen Pläne auf dem Papier stehen bleiben und die Verschmutzung der Küsten weiter fortschreitet.

ZU GUTER LETZT

„Ponnelle zeigt, daß es in diesem Stück um jene ganz und gar unerklärlichen sexuellen Abhängigkeiten der Männer von der Frau geht." Es stand in der WELT.